Nr. 439

11. Dezember 1997

INTERIM

Wöchentliches Berlin Info

auswärts
3 DM

2,- DM

Liebe LeserInnen und Leser!

Euch war wohl ziemlich kalt letzte Woche, deswegen habt ihr erfreulicherweise sehr viel geschrieben. Vieles davon mußten wir leider auf nächste Woche verschieben.

Wir wissen leider nicht mehr genau, wer uns den Weihnachtsmann aus Schokolade zukommen ließ, euer Papier haben wir, glauben wir, aber trotzdem verschoben. Die Unglücklichen schreiben nur über Schokolade, schicken aber keine. Das wirkte sich sehr negativ aus.

Eine gute Idee war die Woche Nulltarif bei der BVG, die denen offensichtlich viel Ärger bereitet hat.

Erfreut sehen wir viel Bewegung in den bundesweiten Studistreiks. Leider ist die linke Hegemonie in der Uni ein wenig verlorengegangen, das Leistungsdenken hat sich breitgemacht. Die dagegen gesetzten Ansätze unterstützen natürlich auch wir, deshalb das Flugblatt aus Bremen hier im Heft. Es wäre wunderbar, wenn uns auch aus Berlin dazu einige Einschätzungen erreichten.

High Noon in der Brunnenstr., das finden wir auch. Ein baldiges Handeln halten auch wir für das beste, wir würden uns aber wünschen, daß die Öffentlichkeit regelmäßiger informiert wird. Zu den Auseinandersetzungen in der Brunnenstraße geben die in der radikal vom Juni 96 veröffentlichten Papiere über die Vorgänge in der Sprengelfabrik in Hannover viele Anregungen.

Den Aufruf der B-Null zur Luxemburg-Liebknecht-Demo haben wir schon jetzt reingenommen, damit ihr alle noch vor Weihnachten eure Kritik loswerden könnt.

Die Antifademo in Lingen ist jetzt schon fast ein Vierteljahr her, aber die Beschreibung, die Selbstreflexion und das Eingehen auf Kritik fanden wir gut. Davon wünschen wir uns mehr und rechtzeitiger.

Es gibt mal wieder ein Papier zu einer Aktion gegen Wiglaf Droste aus Münster. Das haben wir reingenommen, um auf seine dauernden widerlichen Veröffentlichungen u. a. in taz und jw hinzuweisen.

Ausdrücklich wollen wir noch auf die Einladung aus Paderborn hinweisen. Daran können sich andere Infoläden aus den Heimatorten der MetropolenbewohnerInnen ein Beispiel nehmen.

Focus hat das Papier der BockwurstesserInnen aus der Ex-DDR gelobt. Wo ist der Weg zwischen platten Würstchen und veganer Rigidität?

Wir haben ein Papier in den Ordner abgelegt, über dessen Veröffentlichung wir lange und kontrovers diskutiert haben. Im groben ist es ein Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion um Vergewaltigung, Schwarze Feder und die Sexualitätsdebatte, in dem die Autorin sich unter anderem Themen wie Spannung, Dominanz, Macht und Begierde widmet. Es hat bei einigen von uns aber den Eindruck hinterlassen, als wenn ihrer Ansicht nach Dominanz (manche würden es Herrschaft nennen) etwas eher neutrales, wenn nicht sogar notwendiges darstellte. Wir empfehlen euch dazu insbesondere mit Blick auf den im weiteren Textverlauf wahrscheinlich angesprochenen weiblichen Masochismus noch ein Kapitel aus Jessica Benjamins Analyse "Fesseln der Liebe" über eben diesen Masochismus.

Liebe Leute, hier nochmal der Aufruf an euch: Schreibt eure Texte doch bitte zwei- oder dreispaltig in einer nicht zu großen Schrift. Und nicht auf der Seite liegend, sondern ganz schön ordentlich im Hochformat. Dazu eine große Überschrift und am liebsten noch ein kurzer einleitender Absatz in fetter Schrift. Mit Computern ist das doch nicht so schwer!

Zum Schluß wollen wir euch mitteilen, daß die nächste Ausgabe bereits nächste Woche am 18. Dezember erscheint. Die darauffolgende wird erst drei Wochen später am 8. Januar erhältlich sein.

Inhalt

Ordner

Scratch Scratch
Bezahlbare Busse und Bahnen für alle
Redebeitrag zu palästinensischen Gefangenen
100 Tage Anasol-D Regierung
Es rettet uns kein höhr'res Wesen
Schleppnetzfahndung, Rasterfahndung und Datenabgleich
Thesen zur MRTA - welche Revolution?
Strukturen der Faschisten aufdecken und angreifen
Zeitungsartikel zur Antifa-Demo in Lingen

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag







Internationaler Block - gemeinsam kämpfen für die Rechte ALLER StudentInnen!

Gewollt unpolitisch

In fast ganz Deutschland ereignen sich seit einigen Wochen Massenproteste von StudentInnen - auch wir fahren nach Bonn, um an der Großdemonstration teilzunehmen. Diese größte StudentInnenbewegung seit langem genießt soviel Solidarität wie sonst kaum ein gesellschaftlicher Protest. Das Symbol dieser Bewegung ist das Giessener Wappen „LUCKY STREIK“. Es kennzeichnet den Protest als gewollt unpolitisch, aktionistisch und der Werbe- und Konsumindustrie gegenüber bejahend.

Die Masse der StudentInnen fordert lediglich bessere Studienbedingungen und mehr Geld für sich und ihre Fachbereiche, in einem Deutschland, das zu den reichsten Ländern dieser Erde gehört. Sie sind bereit, für den Erfolg ihrer Proteste alle Forderungen auszuschließen, die auf die gesellschaftliche Lage der StudentInnen, den sozialen und politischen Zustand der BRD und deren Vormachtstellung in der Welt verweisen könnten. Und sie werden dafür von der Presse und den PolitikerInnen gelobt: Sogar der direkt verantwortliche Bundesbildungminister Rüttgers erklärt schulterklopfend, die Forderungen der StudentInnen seien berechtigt, denn schließlich wollten sie „nicht die Weltrevolution, sondern bessere Studienbedingungen.“ Wie recht er hat.

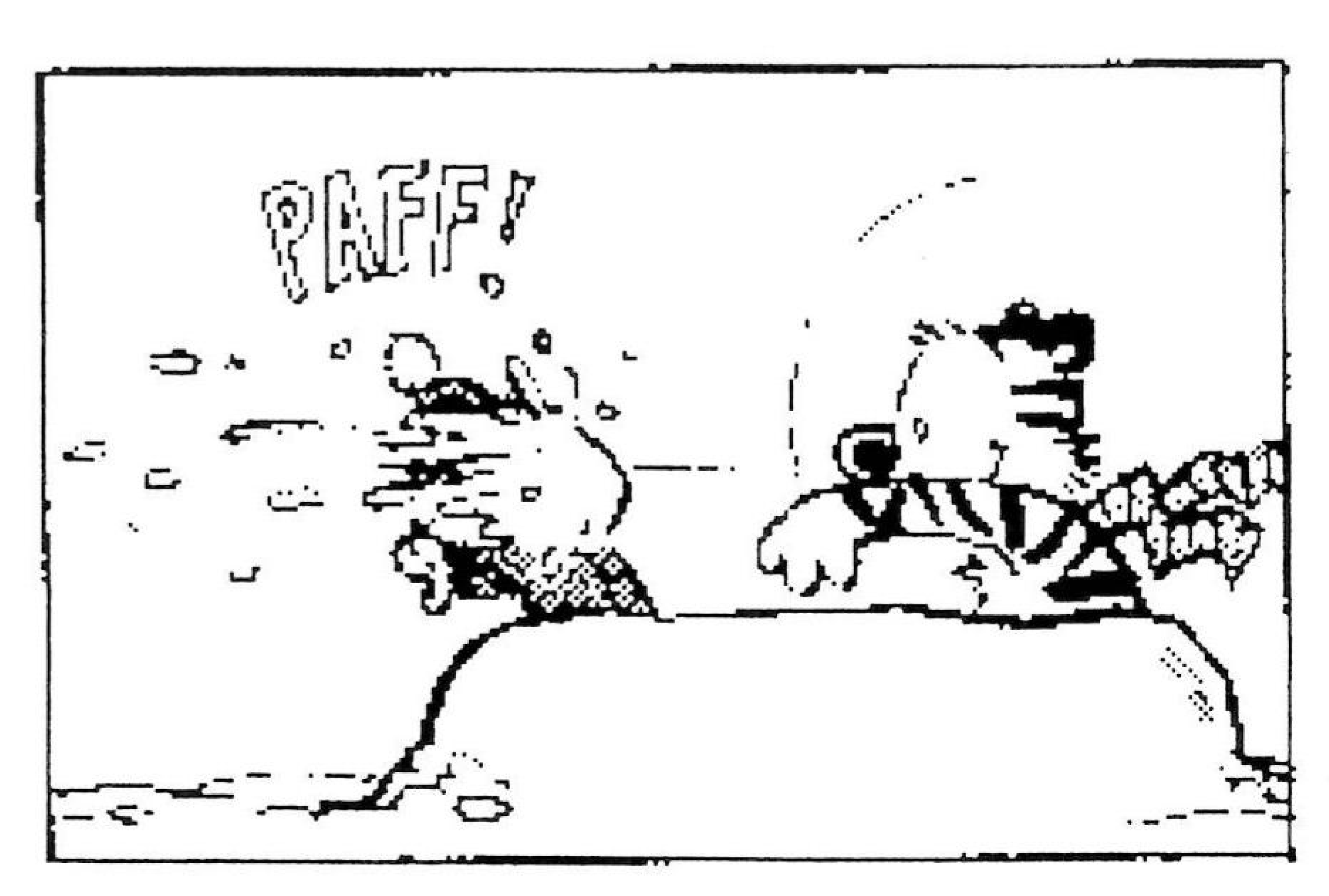
Allein schon die Tatsache, daß nur noch 15% aller Studierenden BAföG bekommen und 68% arbeiten müssen, wird fast gar nicht thematisiert. Daß ausländische Studierende überhaupt kein Recht auf BAföG oder ähnliche Sozialleistungen haben, und daß sie tagtäglich dem Rassismus der Behörden ausgesetzt sind, wird oft sogar bewußt verschwiegen. In einem Deutschland, in dem der Rassismus des Staatsapparates und der Bevölkerung ansteigt, argumentieren viele StudentInnen, es habe nichts mit ihren Streiks zu tun, gleiche Rechte auch nur für diejenigen StudentInnen zu fordern, die keinen deutschen Paß haben, geschweige denn sich mit denjenigen zu solidarisieren, die überhaupt nicht die Universitäten betreten dürfen, wie z.B. AsylberwerberInnen. Dabei ist es ein Fakt, daß der soziale Numerus Clausus für ausländische Studierende durch harte Sonderregelungen der Arbeitserlaubnis und strenge bürokratische Anforderungen durch die Ausländerbehörden schon längst eingeführt ist, und viele gar nicht erst anfangen dürfen zu studieren.

Die Erlaubnis zu studieren, erteilt hier die Ausländerbehörde, nicht die Hochschulverwaltung. Daß also ohne eine Abschaffung der AusländerInnengesetze, welche die Grundlage für das erniedrigende Handeln der Ausländerbehörden bilden, Gleichheit an der Uni gar nicht möglich ist, wollen viele deutsche StudentInnen nicht wahr haben - weil für sie der soziale Numeruns Clausus eher begünstigend wirkt.

Ungewollt politisch

Wir bekommen an den Universitäten beigebracht, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten. Dementsprechend tun viele StudentInnen alles, um von den Herrschenden „Gehör geschenkt zu bekommen“. Solidarisierung der ProfessorInnen und der führenden PolitikerInnen ist für





die meisten Streikenden eines der wichtigsten Ziele. So wichtig, daß sie lieber die Probleme und Forderungen der ausländischen Studierenden übergehen oder ausgrenzen, um eine Einigung mit den MachthaberInnen zu erreichen. Wie in der gesamten Gesellschaft Deutschlands tagtäglich erlebt werden kann, so sieht man auch an den Universitäten, daß die „Argumente" der extremen Rechten plötzlich wie von selbst aus den Mündern der Massen schallen. Der RCDS und die Republikaner-Hochschulgruppen argumentieren auf den Vollversammlungen, die Mittel und Forderungen der Bewegung müssten sich rein auf die Hochschulen, auf die Verbesserung der eigenen Lagen beschränken, um einen wirklichen demokratischen Konsens aller Studierender zu finden und die Bewegung zum Erfolg zu führen.

Aus diesem Konsens sind Frauen und ausländische Studierende von vornherein ausgeschlossen. Bei den meisten aktionswütigen StudentInnen findet diese Taktik der extremen Rechten ihren Widerhall, wenn sie z.B. zum Thema Abschaffung der AusländerInnengesetze erklären, man dürfe nicht gleich alles fordern, um die vielen StudentInnen nicht abzuschrecken, die nicht politisiert seien. Für sie ist es also wichtiger, eine Einigung mit den rechten StudentInnen und den politisch Machthabenden zu treffen, als eine Einigung mit den StudentInnen ohne deutschen Paß! Wie kann solch eine Bewegung auch nur eine kleinste Besserung der Lage an den Hochschulen erreichen???

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist eines der reichsten Länder dieser Erde. Während ihre Wirtschaft beständig wächst, steigt gleichzeitig die Armut: Sozialabbau und steigende Arbeitslosigkeit betreffen alle Teile der Gesellschaft. Viele Arbeitsplätze gehen verloren, weil die imperialistischen Konzerne Deutschlands lieber in den ausgebeuteten Ländern außerhalb Europas produzieren lassen: Dort finden sie viel mehr ArbeiterInnen für viel weniger Lohn - und gleichzeitig wird erzählt, wir müßten den „Wirtschaftsstandort" Deutschland verteidigen! Der sogenannte Standort Deutschland zieht seinen Reichtum aus der Ausbeutung großer Teile der Welt, an der fast alle Mitglieder dieser Gesellschaft teilhaben. Menschen aus den ausgebeuteten Ländern dürfen nicht nach Deutschland kommen, weder um hier zu arbeiten, noch um zu studieren. Mit den geplanten neuen Sondergesetzen für ausländische Studierende wird bestätigt, daß Menschen von außerhalb entweder gar nicht studieren sollen, oder aber als „Import akademischen Potentials" gesehen werden, das die Stellung Deutschlands in der Standortkonkurrenz verbessern helfen soll.

Ausländische Studierende müssen ihr Geld schon selber mitbringen, von diesem Land haben sie keinen Pfennig zu erwarten. Der einzige Maßstab, wonach ausländische Studierende gemessen werden, ist nur ihre Verwertbarkeit für die deutsche Wirtschaft.
Bundespräsident Roman Herzog verkündete noch vor kurzem, daß für das „rohstoffarme" Deutschland Bildung eine wichtige Ressource in der „Standortkonkurrenz" sei. Viele der Streikbewegten denken nicht anders: Man solle doch das Geld in die Hochschulbildung und nicht in abenteuerliche Projekte wie den Eurofighter investieren. Dabei denken sie nicht an die Menschen, über deren Köpfe der Eurofighter Bomben abwerfen wird. Kurdischen StudentInnen wurde z.B. auf der Großdemo in Wiesbaden nicht erlaubt, zu reden.

Der Charakter dieser Streikbewegung wird sich nicht ändern, wenn wir uns nicht einmischen.
Und unsere Lage in den Hochschulen und in der Gesellschaft wird sich nicht verbessern, wenn wir nicht unsere Stimmen erheben. Unser Kampf muß kontinuierlich sein und bundesweit, das hat uns die Streikbewegung gezeigt.
Denn Rechte werden uns nicht gegeben - wir müssen sie uns holen!

Weg mit allen AusländerInnengesetzen - Kampf dem Rassismus!
Kostenlose Bildung und finanzielle Unterstützung für ALLE!
Gleiche Rechte für Frauen - Schluß mit der sexistischen Diskriminierung in Hochschule und Gesellschaft!
Für ein allgemeinpolitisches Mandat!

Autonomer Internationaler Studierendenausschuß (AISA) ★ Arbeitskreis Anti-Rassismus des AStA ★ Arbeitsgruppe Kolonialismus

Bolzenschneider in Strausberg

Jugendzentrum Horte durchsucht

Pünktlich zur Fortsetzung der Verhandlungen mit der Stadt über die Zukunft des Horte durchsuchten Beamte des BKAs und des Brandenburger LKAs die Räume des Jugendzentrums. Sie waren auf der Suche nach Hakenkrallen für Bahnanschläge und Gerätschaften zu deren Herstellung. In der Werkstatt des Hauses fanden sich - welch ein Wunder - diverse Werkzeuge, die gleich beschlagnahmt wurden, unter anderem ein Bolzenschneider. Festgenommen wurde niemand. Die Verhandlungen gehen weiter.

Bundesadler geklaut

Nach Polizeiangaben stahlen unbekannte Diebe den massiven Bundesadler am neuen Bundestagsbürogebäude Unter den Linden. Sie entfernten den Vogel fachgerecht aus seiner Verankerung und verschwanden. Tag und Uhrzeit waren selbst der Polizei unbekannt. Nach einem leider kaum leserlichen BekennerInnenschreiben an die Interim richtete sich diese direkte Aktion gegen den im Gang befindlichen Hauptstadtumzug und die deutschen Großmachtpläne.

Proteste von Punks im ehemaligen Café Westphal

Sieben Jahre lang war das Café Westphal am Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg eine Institution. Seit September ist es geschlossen. Der Eigentümer wollte mehr Miete und der Betreiber nicht mehr so richtig kämpfen. Statt dessen komplettiert nun ein griechisches Restaurant das Yuppie-Touristen-Kneipen-Einerlei rund um den Platz. Zur Eröffnung des „Istoria" am Sonnabend, den 22. November, kam zunächst ungeladenes Publikum. Etwa 50 Punks waren dem Aufruf auf einem Flugblatt gefolgt und forderten lauthals Freibier. Statt dessen kam die Polizei.

Übrigens: Um die Jahreswende 89/90 kamen die „linksalternativen" BetreiberInnen des Café Westphal gerade noch rechtzeitig, um die Besetzung der Räume durch autonome und linksradikale DDR-BürgerInnen zu verhindern.

Über 1000 DemonstrantInnen auf Antifa-Demo

Zum Gedenken an den ermordeten von Neonazis ermordeten Silvio Meier Von Lichtenberg nach Friedrichshain zogen die meist sehr jungen DemonstrantInnen hinter dem Transparent „get up, stand up ... - Antifa heißt Angriff" mit dem bekannten B-Null-Emblem. Die Demo richtete sich unter anderem gegen den Tattooshop „Asgard", der Neonazis als eine wichtige Kommunikationsstelle dient.

Antifa-Demo in Frankfurt/Oder

60 Festnahmen wegen angeblichen Ladendiebstahls

800 Menschen demonstrierten am Sonnabend, den 6. Dezember, gegen die andauernden Naziübergriffe in der Stadt und gegen die sich verfestigenden Strukturen der dortigen „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Obwohl fast die gesamte geplante Route von der Polizei verboten wurde und massives Polizeispalier die DemonstrantInnen bedrängte, konnte die Demonstration auf den zugewiesenen Straßen ruhig stattfinden.

Eine abschließende Party in einem Jugendzentrum in einem rechts dominierten Stadtteil wurde von einem großen Polizeiaufgebot gestürmt. Der Vorwurf lautete „Plünderung", weil einige Personen bei Lidl ihre Einkäufe nicht bezahlt hätten. Diese Personen wären zu der Party gegangen, auf der sie Stunden später festgenommen wurden. Bilanz: 60 Festnahmen, 17 Verfahren wegen Landfriedensbruch, ein Berliner Antifaschist muß im Frankfurter Knast bleiben.

Razzia bei linker Zeitung

Kölner Büro von Kurtulus durchsucht

Am 25. 11. um 9.30 Uhr überfielen 30 Bullen mit einem Staatsanwalt das Informationszentrum für freie Völker e. V. in Köln. Unter rassistischen und sexistischen Beschimpfungen nahmen sie alle Computer, 700 Ausgaben der Zeitung Kurtulus (auf deutsch: Befreiung) und 6.000 DM mit. Grundlage der Durchsuchung ist die Beschuldigung, nach der Kurtulus ein Organ der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungsfront) sei, die wiederum Nachfolgeorganisation der seit 1983 in der BRD verbotenen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) sein soll. Bereits vor einem Vierteljahr wurden 300 Ausgaben beschlagnahmt, die in der Türkei noch legal vertrieben werden. Am 10. Dezember beginnt dort ein Prozeß gegen die Redaktionsleiterin dieser Zeitung, der vorgeworfen wird, diese Aufgabe von der DHKP-C zugewiesen bekommen zu haben.

Aufs Dach der EG-Botschaft

Anti-AKW-AktivistInnen in Moskau

Am 18. November bestiegen zwei DemonstrantInnen das Dach der Moskauer EG-Botschaft aus Protest gegen die Zuarbeit der EG für das russische Atomprogramm. Sie wendeten sich gegen Darlehen, die für den Weiterbau des AKWs Kalinin 3 bewilligt wurden. Kontakt über e-mail: a im Kreis glas.apc.org oder http://cci.glasnet.ru/Antinuclear.html. Tel.: 007-095-298-3087

Atomwaffen aus München?

Veranstaltung zum „Forschungsreaktor" Garching

Am Mittwoch, den 17. Dezember, findet eine Veranstaltung zum Garchinger Reaktor FRM-II statt, in dem mit atomwaffentauglichem Material gearbeitet werden soll. Warum besteht die BRD so hartnäckig auf der Verwendung von waffenfähigem Uran, so daß sie als einziger Staat neben Libyen und der VR China gegen die Vereinbarung zur Ächtung dieses Stoffes verstößt?

Vortrag und Diskussion mit Matthias Küntzel und der AG „FRM-II - Nie". Ort: München, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b, 17. 12., 20 Uhr

Kein ruhiges Hinterland

NPD-Wahlkongreß in Passau

Am 7. Februar will die NPD den „Tag des nationalen Widerstandes" in der Passauer Nibelungenhalle abhalten, wo sich sonst alljährlich schon die DVU trifft. Antifas wollen dies verhindern, während bürgerliche Parteien vornehme Zurückhaltung üben.

Aus diesem Anlaß wird eine bundesweite Mobilisierung angestrebt. Kontakt: Antifaschistische Aktion Passau, Große Metzgergasse 8, 94032 Passau, Scall: 01681/995 87 94

Bewaffnete Propaganda

Renato Curcio im Interview

Das Gründungsmitglied der Roten Brigaden Italiens hat in einem Interview, das nun auch als deutsches Buch erschienen ist, versucht, die Gründe des Scheiterns zu analysieren. Von der Erfolgen der bewaffneten Propaganda zur politisch-militärischen Auseinandersetzung. Renato Curcio: „Mit offenem Blick", ID-Verlag, Berlin 1997, 32 DM

Vorwort

Liebe Leser,
auch wir möchten unsere Hertha Mannschaft unterstützen und dafür sorgen, daß Sie ohne Probleme zu den Spielen hin und wieder zurück kommen. Um Ihnen den besten Service auch weiterhin bieten zu können, haben wir die Auflage des BVG-Plus um weitere 50.000 Exemplare erhöht.

Auf S. 21 der Oktober Ausgabe befindet sich ein Druckfehler. Die ehemalige Umweltkarte (jetzt Premium) kostet nicht 119,00 DM sondern 1190,00 DM pro Jahr im Abonnement. Also immer noch ausgesprochen günstig.

Achtung !
Für die erste Adventswoche bieten wir Ihnen eine besondere Information.

Ihr Redaktionsteam von BVG Plus



Impressum:

Herausgeber	Berliner Verkehrtbetriebe (BVG) Anstalt des veroffentlichten Rechts
Redaktion und Gestaltung	Zentralbereich Abklatschwirtschaft Angebotsinformation (FAW-MA 9) Irene Schnitt Telefon: 256 280 71 Telefax 256 280 72
Anschrift der Redaktion	BVG (FAW-MA 9, 43660) Potsdamer Str. 188, 10783 Berlin
Anzeigenvertrieb	VEB - Anzeigenwerbun Telefon 033201-2119 Telefax 033201-2118
Fotos	Jorg Schnell Bettina Steinwurf
Druck	Hart & Fest Blaubeerenstraße 156 12257 Berlin

Liebe Fahrgäste,

Diesmal wenden wir uns mit einem ganz besonderen Anliegen an Sie, welches in der Geschichte der BVG einmalig ist.

FAIRpreise

Für dieses Jahr haben wir aufgrund der unerwarteten Mehreinnahmen des Jahres 1997, sowie aus den zu erwartenden Einnahmen, von der im Frühling in Kraft tretenden Tarifreform, uns eine kleine Überraschung für die Weihnachtszeit einfallen lassen. Für unsere treuen Kunden, sowie für solche die es werden wollen wird ab **Mo., den 1.Dez** von Betriebsbeginn bis **So., den 7.Dez** bis Betriebsschluß das komplette Angebot der BVG sowie der Partner Betriebe **kostenlos** und in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Dies betrifft natürlich alle Busse genauso wie das gesamte U-und S-Bahnnetz sowie die Tram unseres Gebietes in allen drei Tarifbereichen.
Hiermit wollen wir Ihnen die Möglichkeit bieten unser Angebot zu testen und in aller Ruhe Ihre Weihnachtseinkäufe zu erledigen ohne unter dem hektischen Verkehrschaos der Weihnachtszeit zu leiden. Sie sparen also nicht nur Geld sondern auch Zeit.
An dieser Stelle möchten wir allen unseren Fahrgästen, den Mitarbeitern, sowie den ehemaligen Kollegen und Kolleginnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest wünschen!



Achtung, BVG-Fahrgäste

● Nicht wahr ist die Behauptung einer gefälschten „BVG-Plus"-Kundenzeitschrift, daß wegen „unerwarteter Mehreinnahmen vom 1. bis 7. Dezember auf allen Bussen und Bahnen der Null-Tarif gilt". Die BVG warnt: Wer beim Schwarzfahren erwischt wird, muß 60 Mark bezahlen. Die echte „BVG-Plus" erscheint in den nächsten Tagen.

BVG-Ärger: Fälscher laden Berliner zum Schwarzfahren ein

Tausende falsche Kundeninfos in Bussen und auf Bahnhöfen verteilt

VON KATRIN ZIMMERMANN UND LUTZ SCHNEDELBACH

Wenn das kein tolles Angebot ist: Eine Woche lang mit Bus und U-Bahn fahren, soviel man will. Zum Nulltarif. In der neuen Ausgabe der Kundenzeitschrift „BVG Plus" wird die Gratis-Woche als einmalig in der Geschichte der Berliner Verkehrsbetriebe angepriesen. Das mehrfarbig gedruckte Hochglanzblättchen mit dem freundlichen Werbetext hat nur einen Haken – es ist gefälscht. 50 000 solcher falscher Versprechungen sollen in den zurückliegenden Tagen unters Fahrgastvolk gebracht worden sein. Auf fast allen Bahnhöfen, in Zügen, Bussen und Straßenbahnen steckte das Blättchen, dessen Titelseite ein Graffiti-Sprayer ziert, in den BVG-Infoständern.

„Das erste Mal sind uns diese Faltblätter in Wedding aufgefallen", sagte BVG-Sprecher Klaus Wazlak der Berliner Zeitung. Inzwischen sind sie über die gesamte Stadt verteilt. BVG-Mitarbeiter sind rund um die Uhr unterwegs, um die Fälschungen einzusammeln. „Sie sind professionell gemacht", so Wazlak. In Sprache und Aufmachung sei das Plagiat kaum von der echten Kundenzeitung zu unterscheiden, die in der kommenden Woche mit einem Weihnachtsmann und Bus auf dem Titel erscheint. Sogar BVG-Mitarbeiter wurden stutzig und haben in der Zentrale nachgefragt, ob es stimmt. „Die gefälschten Blätter sehen zwar echt aus. Nur, was drin steht, stimmt eben nicht", so der BVG-Sprecher. „Wir lassen weder unsere Kunden vom 1. bis zum 7. Dezember kostenlos in Bussen und Bahnen mitfahren, noch stellen wir drei U-Bahn-Waggons für Graffiti-Sprühereien zur Verfügung, wie es in dem Blatt behauptet wird."

Zu erkennen ist die Fälschung, die nach Schätzungen mehrere tausend Mark gekostet haben dürfte, am Impressum. Als Herausgeber werden nicht die Berliner Verkehrsbetriebe sondern die „Berliner Verkehrtbetriebe" genannt und unter der Rubrik „Redaktion und Gestaltung" steht statt „Zentralbereich Absatzwirtschaft" „Zentralbereich Abklatschwirtschaft". Wer hinter den Fälschungen steckt, ist unklar. „Wir vermuten aber, daß die Fälscher aus der Graffiti-Szene kommen", so Wazlak. Die BVG hat bei der Polizei Anzeige erstattet.

Die Aktion richte sich laut Wazlak weniger gegen die BVG als vielmehr gegen die Fahrgäste. „Spätestens wenn am kommenden Montag ein Kontrolleur ein gültiges Ticket verlangt und der Fahrgast kopfschüttelnd auf das Info-Blatt verweist, wird das klar." Dann gibt es keine Entschuldigung – der Schwarzfahrer muß zahlen.

B V G - F Ä L S C H U N G

„Verkehrtbetriebe"

BVG Plus

BVG

Das Deckblatt der falschen BVG-Broschüren.

50 000 Exemplare sollen nach Fälscher-Angaben im Umlauf sein, die BVG schätzt, daß es mindestens mehrere tausend sind.

Die Fälschung ist am Impressum („Verkehrtbetriebe") erkennbar. Die echte Bröschüre hat 32 Seiten.

AKTION: "KUNST ODER VANDALISMUS"

Mit der Aktion: "Kunst oder Vandalismus" wollen wir ganz neue Wege im Umgang mit Graffiti gehen. In Zusammmenarbeit mit der BZ und dem Berliner Rundfunk 91,4 stellen wir drei U-Bahn Waggons zur Verfügung, welche mit den Motiven der Gewinner lackiert und in Betrieb genommen werden. Bisher war dies nur unseren finanzkräftigen Kunden behalten.

Und so funktioniert es: Sie schicken uns Ihre Entwürfe zu und eine hochkarätige Jury wählt unter diesen Einsendungen die drei Sieger aus, dessen Motive dann durch die Stadt fahren. Falls sich diese Aktion größerer Beliebtheit erfreut, würden wir uns freuen diese zu Wiederholen und somit die Kunst über den Vandalismus siegen zu lassen. Bitte schicken Sie Ihre Zeichnungen oder Kritik an:

BVG
-Stichwort "Graffiti"-
Potsdamer Str. 188
10783 Berlin

Gefälschtes BVG-Heft ruft zum Schwarzfahren

■ Die Berliner Verkehrsbetriebe entdeckten Fälsch gen ihrer Kundenzeitschrift „BVG Plus". Darin wird hauptet, die BVG stelle drei U-Bahn-Wagen für Graff Sprayer zur Verfügung und man dürfe vom 1. bis 7. D zember Busse und Bahnen kostenlos benutzen.
ec.

Gefälschte BVG-Broschüre im Umlauf

BERLIN - Haben Sie gestern oder vorgestern eine „BVG-Plus"-Broschüre aus dem Info-Korb auf dem Bahnsteig genommen? Dann nichts wie in den Papierkorb damit! Denn was da drin steht, ist alles gar nicht wahr. Es ist großer Schwindel.

Klaus Wazlak von der BVG: „Die Broschüre, ein geknicktes DIN-A4-Blatt, ist eine Fälschung. Sie kommt offensichtlich aus der Graffiti-Szene." Das Titelbild zeigt ein grau-beiges Graffito: ein Junge mit einer Farbspray-Dose. Angekündigt wird eine BVG-Aktion, bei der drei U-Bahn-Wagen für Sprayer zur Verfügung gestellt werden.

Und es kommt noch dicker: In dem angeblichen BVG-Blatt heißt es: „Wegen unerwarteter Mehreinnahmen dürfen Fahrgäste vom 1. bis 7. Dezember in Bussen und Bahnen gratis fahren." Doch Vorsicht: Wer auf diesen Schwindel reinfällt, ohne Ticket fährt und erwischt wird, zahlt satte 60 Mark.

Die ersten Fälschungen waren am Donnerstag von BVG-Mitarbeitern auf dem U-Bahnhof Osloer Straße entdeckt worden. Dann tauchten sie auf dem gesamten Streckennetz auf und gestern auch auf den S-Bahnhöfen. Klaus Wazlak: „Wir haben jetzt Strafantrag gegen Unbekannt gestellt."

Die echte „BVG-Plus"-Kundenbroschüre erscheint übrigens Anfang nächster Woche. Klaus Wazlak: „Titelbild ist ein Weihnachtsmarkt mit einem BVG-Bus."
ba

Liebe[1] "Unglückliche"[2], ich[3] glaube[4], ihr[5] habt[6] das[7] Kind[8] mit[9] dem[10] Bade[11] ausgeschüttet[12]![13]

Sven Glückspilz[14], 29.11.1997[15]

---

1 ...Auf der Ebene der unmittelbaren Bedeutung will ich damit sagen, daß ich euch - unbekannterweise - respektiere, erstens weil ich die Diskussion, zu der euer Text gehört, als eine kontroverse Diskussion zwischen fortschrittlichen Menschen betrachte, auch wenn die einen den anderen vorwerfen, unbewußt Teil eines "patriarchalen rollback auch in der Linken" zu sein, und die anderen den einen, "theoretisch immer schon falsch(e)" Politik zu betreiben. Zweitens weil ihr euch ernsthafte Gedanken um revolutionäre Politik macht und euch dabei bewußt auf konfliktgeladenes Terrain begebt. Den Respekt zolle ich übrigens auch denen, die euch widersprechen und die, wie ihr bemerken werdet, nicht in aller Seelenruhe aus der sicheren Position der "Diskurshegemonie" und "gepachteten Legitimität" (verkürzt aus Paul&Paula/P&P,Abs.36) locker eure Position vom Tisch fegen, sondern ebenso wie ihr im rauhen und launischen Wind der Diskurse stehen.
Auch wenn ich im folgenden euren Text kritisiere, möchte ich doch nicht versäumen zu erwähnen, daß ich darin auch vieles gut fand, etwa weitgehend eure Ausführungen zur Zensur, euren Kritikvorschlag an 'Zettelknechts' Text (P&P,Kap.8), eure scharfe formale Analyse des 'HH'-Textes, eure Analyse von BildText und deren Wirkung, euer Ansinnen, frischen Wind in den moralisierenden Stillstand der radikalen Linken zu tragen...
...Auf der Ebene sprachlicher Sinnzusammenhänge möchte ich hier betonen, daß auch ich mich in der Falle der Doppelmoral wiederfinde, wenn es um Sexualität geht (vgl. P&P,Abs.137ff). Ich habe einerseits eine ideelle Sex-Identität, die von politischen und moralischen Vorstellungen geprägt ist und eng gekoppelt ist an Begriffe wie *Liebe*, Intimität, Harmonie, Sanftheit; andererseits habe ich eine materielle (männliche) Sex-Identität, deren Lustgefühl z.B. von öffentlich verfügbaren Frauenkörpern angeregt wird und dabei überhaupt nicht 'p.c.' ist.
Ihr stellt zwei Sexualitäts-Konzepte antagonistisch gegeneinander, wobei ihr das eine von Absatz zu Absatz (P&P133-136) konstruiert und seines Kontextes entkleidet, so daß aus dem Ausgangspunkt, dem zum (Sexual-) Objekt degradierten öffentlich dargestellten nackten Frauenkörper (Zitat aus dem 'HH'-Papier) mirnichts dirnichts der "Sex nur der Lust wegen" wird, was nicht nur etwas ganz anderes ist, sondern auch von den 'HH' nicht gemeint und somit auch nicht angegriffen wurde (Daß ihr mittenrein in eure Argumentationslinie eine Kapitelüberschrift '5.1.2.' setzt, ändert am Zusammenhang nichts wesentliches). Sodann demontiert ihr das erstere der Konzepte - wohlgemerkt, ohne es ausdrücklich für falsch zu erklären, sondern durch rhetorische Abwertung -, woraus im Umkehrschluß zu folgern wäre, ihr würdet das letztere für richtig(er) halten. Wobei diese 'letztere' im Wortsinne der 'Sex der Lust wegen' ist, in den Zusammenhang gestellt aber zudem das, was die 'HH' in euren Augen verbieten wollen. Da ihr hier aber fatalerweise die oben beschriebene Gleichung aufgemacht habt, bleibt euch nichts übrig, als zu glauben, was ihr an anderer Stelle auch schreibt: Den 'HH' gehe es darum, daß Sex "weder in Wort noch Bild erfaßt werden soll (...), sondern nur im dunklen Hinterzimmer oder in der hintersten Hirnwindung stattfinden kann"; für sie gehöre Sex "nicht in das öffentliche saubere Leben": letztlich suggeriert ihr, sie würden gerne "verhindern, daß es weiterhin Sex in dieser Gesellschaft geben wird" (P&P,Abs.96/118). Umgekehrt wird ein Schuh draus: Ihr wollt euch sicher nicht gerne unterstellen lassen, ihr plädiertet *für* die öffentliche 'Degradierung der Frau zum Objekt', nicht wahr!? Drum spar ich mir diese Polemik.
Der Antagonismus in meinen eigenen Sex-Identitäten hat zumindest eine (hoffentlich) positive Folge: Da ich am eigenen Leib erlebe, wie wenig er sich durch *richtige Analyse* aufheben läßt, erlaube ich mir nicht so ohne weiteres, objektivierende Vergleiche heranzuziehen, wie ihr das z.B. in (P&P,Abs.97) tut. Dort tut ihr euch keinen Gefallen, wenn ihr schreibt, die Darstellung von Nazis in einem Antifa-Buch sei letztlich dasselbe (lies: harmlos) wie die Darstellung von beliebiger Sexualität im 'richtigen' Kontext. Da seid ihr aber Opfer des von der Arranca benannten 'sexualmoralischen Verdrängungszusammenhangs', denn wenn ihr an dieser Stelle weitergedacht hättet, wäret ihr darauf gekommen, daß auf die ebenso platte wie wahre Erkenntnis der Kontext-Bedeutung die Analyse ebenjenes Kontext folgen sollte, was im konkreten Fall bedeutet: Daß ein Bild, das faschistische Ästhetik transportiert, ein Antifa-Buch nicht zum Fascho-Buch macht, liegt eben am unterstellten Kontext, der beinhaltet, daß AntifaschistInnen hinreichend immun sind gegen faschistische Ästhetik. (Übrigens bemühen sich antifaschistische Bilder, die in den breiteren gesellschaftlichen Kontext getragen werden, oft darum, das Häßliche, Abstoßende der Faschisten zu betonen. Warum wohl?) Und wenn ein Bild objektorientierte Sexualität (im Patriarchat sind die Rollen dabei klar verteilt) darstellt, so macht es das Medium seiner Veröffentlichung genau dann zum nicht-sexistischen Medium, wenn seine KonsumentInnen nichts am Hut haben mit sexistischer Ästhetik. Und wo, bitteschön, kann das angenommen werden? Etwa in der linksradikalen Szene? Das werdet ihr wohl kaum behaupten wollen. Nun muß daraus nicht gleich der Schluß gezogen werden, die Arranca sei deswegen sexistisch. Es kann aber der Schluß gezogen werden, 'die Unglücklichen' hätten hier zugunsten eingängiger Rhetorik auf genaueres Nachdenken verzichtet, das sie zu den interessanten Punkten geführt hätte: Was unterscheidet den Kontext des 'Nazi-Bildes' vom Kontext des 'Sex-Bildes', und warum ist der reale Kontext des 'Nazi-Bildes' relativ einfach darstellbar, während der Kontext des 'Sex-Bildes' zu längeren Überlegungen, Verstrickungen auch emotionaler Art, Widersprüchen, Anfällen von Geständniszwang, Verdrängung und Katharsis etc. führt - jedenfalls bei mir!?

2 Ich bin ja vielleicht ein bißchen borniert. Aber 'Die Legende von Paul und Paula'... worum ging es da eigentlich? Ich kenne nur den Filmtitel und vermute, das es sich (auch) um Probleme im Geschlechterverhältnis dreht dabei. Was übrigens m.E. dem Thema eures Textes viel mehr entspräche als die Unterzeile "autonome Politikunfähigkeit". Anmerkung: Mal ganz davon abgesehen (Obacht! die Text- und Sprachanalyse reitet wieder!), daß ihr im Text nicht 'Unfähigkeit' angreift, sondern ein eurer Meinung nach falsches Politik-Konzept, dem ihr gleichwohl durchaus eine 'fähige' Umsetzung nachsagt (immerhin hat es euch zufolge 'Diskurshegemonie' in 'unserer Szene' erlangt und blickt auf eine Tradition zurück, die sich bis zur Politik der kommunistischen Parteien fortschreiben läßt). Ihr erlaubt euch hier einen kleinen rhetorischen Trick: 'Wer es nicht so macht, wie ich es sage, macht gar nichts'. Immer wieder zu beobachten, gerade im linken 'Diskurs', besonders abends, wenn der Nebel aus den Wiesen steigt. Anmerkung Ende.
Wenn ihr euch 'die Unglücklichen' nennt, so verstehe ich das - wie gesagt, vorbehaltlich eines Bezuges auf 'Die Legende von...', den ich nicht kenne - als Verortung von euch selbst im Szene-Diskurs. Ihr nehmt dabei eine Opfer-Haltung ein, die mich angesichts eures scharfen sprachlichen Schwertes etwas verwundert. Ja, stimmt schon, ich bin auch unglücklich über vieles - nicht nur die Ärgernisse der 'großen Gesellschaft' ringsrum, sondern auch vieles in der Szene macht mich unglücklich. Nicht zuletzt ihr rigoroser Moralismus, den ihr zurecht ankreidet. Doch da ist er schon wieder, der Kontext: Von feministischer Zensur gequälte Kreaturen schreien mir aus eurer Namensgebung flehend entgegen... hui, wie polemisch. Ich habe mich auch schon danebenbenommen und wurde als dies und das gebrandmarkt und habe mich drüber geärgert und habe gemerkt, daß der Geruch von Selbstmitleid da rein gar nichts verbessert, im Gegenteil. Im Kontext des Geschlechterverhältnisses schafft er mir darüberhinaus ungebetene Freunde, denn von Männern kommt nach der Aggression gegen Frauen meistens Selbstmitleid, und darin sind sie gern solidarisch. Ist ein schwieriges Terrain, denn aus Angst vor Beifall von der falschen Seite soll ja auch niemand die Klappe halten müssen...

3 Was will ich eigentlich damit sagen? Spreche ich nur für mich oder auch für andere? Welches Medium wähle ich zur Vermittlung - was repräsentiert die 'Interim', sowohl auf SchreiberInnen- wie auf LeserInnen-Seite? Warum eigentlich hat euch das so fürchterlich gewurmt, daß euer Text nicht gleich in die Interim kam (die 'epische Länge' fand ich ein hinreichendes Argument für eine Verschiebung)? Also, die Veröffentlichungspraxis der Interim finde ich schon auch recht merkwürdig, z.B. die Tatsache, daß sie in der Nr.435 (30.10.97) fünf Seiten Platz hatte für nette, doch eher zeitlos aktuelle Plaudereien (in Zeitungen auch mal 'Essays' genannt), aber keinen für einen Text zur Einstellung der 'radikal'-Verfahren... es folgen die Beispiele 'Interim-Zensur X-Y' in Gedanken, kann jede/jeder selbst was einsetzen, für mich sagt das nicht mehr und nicht weniger aus als: die Interim-Redaktion(en) sind überfordert mit der Auswahl und Bearbeitung der Beiträge, was keine politische Haltung ausdrückt, die als solche anzugreifen wäre (etwa: die Interim ist... für Zensur, für 'Identitätspolitik', gegen andere linksradikale Zeitungen...), sondern 'nur' die Tatsache, daß sie dem Druck aus häufiger Erscheinungsweise, politischer Verantwortung, technischer Umsetzung und Repression nicht (mehr) gewachsen sind, sich aber nicht trauen, das zuzugeben (oder nicht über Strukturen verfügen, die das artikulieren können).
Daß ich die Gefahr sehe, daß das *Konzept Interim* auf die Dauer die negativen Seiten des 'Dekonstruktivismus' fördert, habe ich an anderer Stelle und in anderen Worten schon einmal gesagt (keine Ahnung, was Dekonstruktivismus wirklich ist): Der Talk-Show-Effekt droht.

Ihr 'Unglücklichen' meßt offenbar der Interim große Bedeutung zu, sonst hättet ihr nicht so empfindlich reagiert auf ihre '(Selbst-)Zensur' (denn als solche habt ihr die Nichtveröffentlichung ja wohl empfunden!?). Und, um zu eurem Ausgangspunkt zu kommen, ihr meßt der szene-internen Öffentlichkeit via Infoläden offenbar auch große Bedeutung zu, worin ihr euch einig seid mit den 'HH', die ihr angreift. Ketzerische Frage: Könnte das auch eine von eurer Identität als Info-Laden-Leute geprägte Überbewertung sein?
Überhaupt, die Identitäten der AutorInnen geben mir zu denken, aber anders, als es in eurer Antwort auf Kermit u.a. in der Interim 438 (27.11.97) zu lesen steht (seine ungenauen Attacken habt ihr überzeugend pariert). Was mir auffiel bei eurem P&P-Text war die Konstruktion eines (Sprach-)Duells zwischen euch und den 'HH', die nicht explizit, aber doch unterschwellig einfloß. So habt ihr euch bemüht, die GegnerInnen größer zu machen, indem ihr mehr als einmal betont, welch würdiger Gegner die 'HH' auf eurem Terrain der Textanalyse sind (P&P,Fußnote11,Abs.39,62,178,246; Text in der Interim 438,Abs.20). Manchmal schimmert die 'Angst des dekonstruktivistischen Torwarts beim identitären Elfmeter' durch, will sagen: die 'Identitäts-Politik'-Position wird bedrohlich durch "Vetopower", "Hegemonie", "Gralshüterinnen", "Machtpolitik".
Ich will hier euren Begriff der Hegemonie angreifen. Allzu glatt konstatiert ihr die "(Hegemonie) identitätspolitische(r) Positionen von FrauenLesbengruppen (...) in Diskursen über Sexismus, Patriarchat, Geschlechterverhältnis, Gen- & Reproduktionstechnologien und im Gesundheitsdiskurs" (P&P,Abs.36). Es ist richtig, daß die 'veröffentlichte Meinung' der radikalen Linken diesbezüglich klar dominiert wird von Positionen aus dem *feministischen* Diskurs - übrigens sowohl identitär als auch dekonstruktivistisch, nur ist letzteres noch nicht so verbreitet, weil jünger -, und es ist auch richtig, daß es innerhalb der linksradikalen Öffentlichkeit einen sehr geringen Spielraum für abweichende Positionen gibt. Genauso richtig aber ist, und das ignoriert ihr leider, daß nirgends sonst in der linksradikalen Szene die Doppelmoral so gefestigt ist. Der Spagat zwischen offizieller Meinung und persönlicher (privater) Realität ist oft so groß, daß lieber geschwiegen wird. Die Gründe dafür sind nicht nur Furcht vor Strafe, sondern auch wesentlich Hilflosigkeit gegenüber der erkannten Widersprüchlichkeit, Angst vor dem Nicht-Erfüllen autonomer Leistungsnormen ('Wir sind die neuen Menschen'...), Bequemlichkeit, oder auch die Sorge, mißverstanden zu werden - oder auch *nicht* mißverstanden, sondern ganz *richtig* verstanden zu werden, wenn mann (oder auch mal frau?) meint, logisch-revolutionär zu argumentieren und sich plötzlich im Verein mit patriarchalen Standardpositionen wiederfindet (etwa "Nicht alle Frauen fühlen sich durch diese Bilder verletzt"... eure Kapitelüberschrift 5.2).
So kommt es, daß ihr recht habt, aber auch die Gegenposition (z.B. von Ida F.) richtig ist. Was lernen wir daraus? 'Diskurshegemonie' ist schön und gut, aber sie sagt nicht notwendig etwas aus über reale Machtverhältnisse (wie auch Kermit in der Interim 437 treffend bemerkte). Nur weil jeder Szene-Mann sofort Anti-Pat-Forderungen unterschreiben kann, ist er für (Szene-)Frauen noch lange kein verläßlicher Partner im täglichen Kampf gegen patriarchale Rollenzuweisungen. Die Frauen in der autonomen Szene befinden sich in einem unveränderten Kampf gegen den Druck dieser Rollen; er mag mal stärker, mal schwächer, mal bewußter, mal weniger sein, aber das Kampfverhältnis bleibt bei aller 'Diskurshegemonie' bestehen, und es liegt bestimmt nicht an uns Szene-Männern, daß das Patriarchat überhaupt ein linksradikales Kampf-Terrain ist.

4 Glauben kann ich in der Kirche! Dieser Satz, bevorzugt von KommunistInnen ausgestoßen, ärgert mich schon seit langem. Ich hab es bestimmt nicht mit Religionen, Gott bewahre! Aber die Idee der 'objektiven Wahrheit', die gelernt und verkündet wird, ist ein an sich hermetisches Weltbild, d.h. sie ist nicht kritisierbar und folglich auch wieder eine Glaubensfrage. Insofern stehe ich dem Konzept der kritischen Textanalyse, wie es der Text von P&P verfolgt, durchaus kritisch gegenüber. Ich finde schon, daß ein Text an Glaubwürdigkeit gewinnt, wenn er anhand von Quellen ausführlich etwas darlegt, anstatt zu schreiben 'irgendwie ist doch klar, daß...'. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, daß auch ein gründlicher Text von einer These ausgeht, eine (oder mehrere) Meinung(en) vetritt (nicht: Objektivitäten) und letztlich 'wissenschaftliche Objektivität' auch eine rhetorische Waffe ist, um andere mundtot, lächerlich etc. zu machen. Was mir an P&P gefallen hat, war, daß ich die Kritik am Papier aus Hamburg *glaubwürdig* fand, also: ich glaube euch, wo ihr die 'HH' des falschen Zitierens, Unterstellens etc. überführt, auch ohne das fragliche Papier der 'HH' dagegenzuhalten. Aber mein Vertrauen endet da, wo ich *glaube*, daß ihr diesen Konflikt funktionalisiert für den größeren, politischen.
Und dann das Lamentieren über die "szenetypische Intellektuellenfeindlichkeit" (P&P,Abs.248), also nee... da haben 'die mutlosen' in der Interim 438 schon etwas zu gesagt, ich möchte hinzufügen: die Szene ist m.E. von Intellektuellen *dominiert*, sowohl personell als auch diskursiv, und Intellektuelle sind leider auch sich selbst feind, weil sie die Sprache als Konkurrenz-Terrain für soziale Statuskämpfe ausgemacht haben. Das Problem ist nicht die mangelnde oder nicht mangelnde Intellektualität der autonomen Menschen, sondern die Unbeweglichkeit in den Köpfen, die wenig oder nix damit zu tun hat, wieviele Fußnoten und Quellenverweise jemand anzubieten hat. Gerade die Form, in der ihr argumentiert, bietet wieder schön viel Gelegenheit, sich da gegenseitig zu übertrumpfen (ich bekenne: ich habe bei Judith Butlers 'Unbehagen der Geschlechter' nach zwanzig Seiten aufgehört - zu viele Fremdworte).

5 siehe Fußnote 3.

6 Haben oder Sein, olle Erich Fromm. Was meinst du wohl, Kermit, wer mir zuerst begeistert von Erich Fromm erzählt hat? Ein 'Nationalrevolutionär', sprich ein Nazi. Tja, so kanns gehen, er konnte sich nicht mehr wehren dagegen.
Und: Haben oder nicht haben. Der Besitz von Informationen ist schon ein zentraler Punkt in der heutigen Gesellschaft, und in der autonomen Szene erst recht. Informationshierarchien sind von großer Bedeutung für den sozialen Status bei uns - wen wunderts, materielle Statussymbole gibt es ja kaum, höchstens eine umfangreiche Buch- oder Textsammlung, so als Zwischending zwischen materiellem und informationellem Besitz. Klingt schlecht? Wird schlechter, denn die materiellen Besitztümer erfreuen sich ja auch nach und nach wieder größerer Beliebtheit.
Insofern muß ich meine ketzerische Frage aus Fußnote 3 bezüglich der Überbewertung von Info-Medien bzw. -Läden in der Szene relativieren. Die Information droht zu einem Fetisch zu werden, und das heißt auch (schlagt mich mit Kapital-Bänden), daß sie ihres Gehalts entkleidet nur noch Wert repräsentiert, während ihr Inhalt nicht mehr so wichtig ist. Es ist darum nur folgerichtig, daß wichtige, emotionsgeladene und folgenreiche Kämpfe in der Szene um das Haben oder Nicht-haben von Informationen gehen. Das Unterdrücken von Informationen, schon früher (im Konzept der 'Gegenöffentlichkeit') als Gewaltverhältnis erkannt, ist also ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor auch innerhalb unserer Szene, und insofern finde ich eure Sensibilität zum Thema Zensur sehr erfreulich und den Umgang der 'HH' mit dem Thema Zensur - soweit er sich mir aus dem P&P-Text erschließt - kritisierbar. Ich würde jedoch sagen: Entweder das Vorgehen der HamburgerInnen im Falle Arranca war entgegen ihrer eigenen Meinung kein eindeutiger Fall von Zensur, oder aber 'Zensur' ist kein unteilbarer Begriff von stets gleicher (auch ethisch-moralischer) Bedeutung in der Praxis, sondern kann verschieden bewertet werden. Das Nicht-Verkaufen einer Zeitschrift an einem Ort ist in meinen Augen eine vertretbare Entscheidung je nach Kontext des Ortes, brisant wird das erst durch den Aufruf zur allgemeinen Unterdrückung der Zeitschrift.

7 Gegenstand: Sächlich. Der Ton macht die Musik. Ein scheinbar neutrales Wort kann durch Betonung den ganzen Satz-Sinn verändern.
Ida F. wirft euch vor, zwar von 'Sachlichkeit' zu reden, aber ganz und gar nicht sachlich zu *sein*. Sie belegt das nur an zwei Beispielen. Zu wenig? Mit der Sachlichkeit ist das auch so eine Sache. Denn dem Gegenüber 'Unsachlichkeit' vorzuwerfen und selbst für sich 'Sachlichkeit' in Anspruch zu nehmen ist nun mal auch gute rhetorische Haus*manns*kost. Und ein langer Text bietet genug Gelegenheit, die eigenen 'unsachlichen' Aspekte unterzubringen, ohne daß sie sogleich zitierbar werden. Doch mir ging es spontan so, als ich eure Fußnote41 "Polemik on" las: Jetzt lassen sie mal raus, was sie wirklich denken! Und vor diesem Hintergrund wurde für mich auch sehr viel verständlicher, warum ihr so gründlich mit dem Text der 'HH' ins Gericht geht: weil ihr euch sehr betroffen fühltet (in eurer Identität?). Ist ja auch in Ordnung. Ich unterstelle nicht, wie Ida F. (Interim 437), es gehe darum, "alle Grenzen" zu überschreiten und endlich wieder ungestört "ChauviSprüche" sagen zu können. Ich unterstelle vielmehr, daß die 'Sachlichkeit' euch den Blick darauf versperrt, wo ihr euch persönlich angegriffen fühlt von dem Hamburger Text, als Infoladen-Leute, als Szene-Menschen, als Männer, als Frauen. Mir zum Beispiel geht es so: wenn ich die Text-Zitate aus dem 'HH'-Text lese, fällt mir spontan nicht Identitätspolitik oder Feminismus ein, von denen ich mich bedroht fühlen könnte, sondern 'nur' ungenaue linke Sprachkultur und fehlende Mechanismen sozialer Konfliktlösung.

8 Das Kind, das ist selbstverständlich der Feminismus. Ihr habt euch da im eigenen Sprachgestrüpp verfangen. Ihr betont mehrfach, daß es euch *nicht* darum gehe, Frauenbewegung bzw. Feminismus für die von euch angegriffene 'Politikunfähigkeit' (= Identitätspolitik) haftbar zu machen (so in P&P,Abs.20,28,168; Text in Interim 438,Abs.28), doch anderswo schreibt ihr: "Wir denken, daß die moralische Unnachgiebigkeit, mit [der] sich unsere Szene in Fragen des Geschlechterkampfes schmückt, ein wichtiger Grund ist, weswegen sich immer mehr Leute aus den Zusammenhängen abseilen." (P&P,Abs.29); "Die HH (...) wollen alles 'gemischt-geschlechtliche' aus ihrem Freiraum verbannen und es durch die 'eigene Lust' ersetzen (...).(...) [D]er besagte Freiraum, der ihrer eigenen

Lesart nach die ganze autonome Szene umfaßt, gilt nur noch für FrauenLesben." (P&P,Abs.146);"(...) Machtpolitik [der HH] mit der Absicht, die Hegemonie (= Vormachtstellung) des Identitätsfeminismus zu sichern"(P&P,Abs.175) (Im Zusammenhang gelesen ist eindeutig Hegemonie in der autonomen Szene, nicht im feministischen Diskurs gemeint); "(...) [D]ie HH und mit ihnen immer noch ein Teil der Szene-Feministinnen [ruinieren] seit geraumer Zeit jegliche Versuche der Szene, sich aus dem Schlamm von Perspektivlosigkeit und selbstgerechtem Gehabe zu befreien." (P&P,Abs.176); "7.6.2. Der Identitätsfeminismus ist schuld" (P&P,Abs.247); darüberhinaus verwendet ihr die Begriffe 'Identitätsfeminismus' und 'Identitätspolitik' oft so durcheinander, daß sie synonym (= gleichbedeutend) wirken. Überdies ist die Diskussion über Identität und Dekonstruktion meines Wissens nach bislang wesentlich eine im feministischen Kontext, aus dem auch ihr sie nicht heraushebt. Ihr braucht euch also weder zu wundern noch zu beklagen, wenn bei LeserInnen der Eindruck ensteht, eure Kritik am Identitätsfeminismus sei mehr als bloß beispielhaft (auch wenn Kermit in Interim 437 euch das nicht nachwies bzw. nachweisen konnte und ihr entsprechend leicht parieren konntet).

9 Mitdenken - mir stößt da eine Argumentationslinie von euch auf, die ihr mehr als einmal verfolgt und die mir nicht recht einleuchtet, euch aber stark zu beschäftigen scheint. Es geht darum, daß die einen von den anderen erwarten, eine Kritik der einen (oder dritter) am Text der anderen im Text der anderen selbst bereits vorweggenommen zu sehen. Bißchen kompliziert, aber so gelesen in P&P,Abs.181,197;Text in der Interim 438,Abs.3. Ihr seht dies als ein besonders gemeines rhetorisches Mittel an. Nun ist es aber so, daß jede sprachliche Auseinandersetzung in einem bestimmten Kontext steht, der idealerweise gleiche Kenntnisse und Erfahrungen bei allen Beteiligten voraussetzt, was nie der Fall ist, so daß jeder analytische Text versuchen muß, ein Fundament vorstellbarer gemeinsamer Bedingungen vorauszusetzen. Wo die Ansichten über diese Voraussetzungen auseinandergehen, gibt es Streit um Form, Begriffsverwendung etc. Die von euch gescholtene Kritik der 'HH' läßt sich mit bösem Willen so interpretieren, wie ihr es tut, sie läßt sich aber ebenso als eine Kritik am Bedingungshintergrund des kritisierten Textes lesen. Vielleicht wird es an einem holzschnittartigen Beispiel deutlicher: Wenn in einem linksradikalen Text stets männliche Endungen und das Wort 'man' auftauchen, werden wohl auch 'die Unglücklichen' die kritische Frage nicht ganz abwegig finden, wieso denn der/die AutorIn sich nicht dazu äußert und den 'üblichen' Kontext linksradikaler Textsprache so einfach (rückwärts) verläßt. Diese Frage ist erlaubt, weil sie von einem unterstellten gemeinsamen Hintergrund Linksradikaler ausgeht, der die Sprache als mögliches patriarchales Herrschaftsmittel einordnet. Und genauso ist es erlaubt, wenn die 'HH' die Arranca sinngemäß fragen: Ja, wieso habt ihr denn diese und jene mögliche Fragestellung nicht beachtet? Zugegeben, auch der Ton macht die Musik, und die 'HH' sind da nicht sehr entgegenkommend. Aber im Kern äußern sie eine Kritik, die nicht per se als unzulässig zurückgewiesen werden kann, wie ihr es versucht, und die wie jede andere Kritik auch bedacht und beantwortet werden kann.

Wenn ich es für *grundsätzlich* unfair erkläre, von Menschen zu erwarten, daß sie bestimmte mögliche Gegenstandpunkte zu ihrer Meinung unaufgefordert mitbedenken, tue ich ihrer Lern- und Diskussionsfähigkeit keinen Gefallen. Das gleiche gilt selbstmurmelnd für das Gegenteil, also für das *grundsätzliche* Erwarten solchen Mitbedenkens.

Und was ihr logisch findet, müssen andere noch lange nicht logisch finden. Wenn ihr z.B. meint, es sei logisch, daß ihr bei einer Kritik von Identitätskonzepten eure eigenen Identitäten nicht zum Gegenstand von Selbstkritik macht (Text in Interim 438,Abs.3), so finde ich, daß das gerade *unlogisch* ist. Ich finde es hingegen *logisch*, daß ich eine Kritik an Identitäskonzepten gerade bei meiner eigenen Identität beginne (wie es im Gegensatz zu euch der feministische Diskurs versucht).

10 Vom Dativ komme ich zwanglos zum Motiv. Ihr befaßt euch ausführlich (P&P,Kap.3,4,5) mit Bildern und deren Kontext und Wirkung. Aber warum ihr das überhaupt tut, hat eine etwas kuriose Herleitung. Ihr schreibt, für die 'HH' seien die Bilder der "Hauptgrund für die Zensur" (P&P,Abs.90), gleichzeitig aber äußerten sie sich (ihr vermutet: bewußt) nicht genauer dazu, also sei es notwendig, selbst eine genaue Bildanalyse vorzunehmen. Eure Ausgangsthese vom "Hauptgrund für die Zensur" wollt ihr per Zitat belegen ("'(...) Mehrere sexistische Fotos waren der Auslöser für uns, die Zeitung erstmal nicht zu vertreiben, sondern zunächst die Texte zu lesen und besprechen zu wollen.(...)'" P&P,Abs.91), jedoch: sie wird durch dieses Zitat nicht belegt. Belegt wird dann nur, daß die Bilder Ausgangspunkt für die kritische Auseinandersetzung der 'HH' mit der Arranca waren. Das ist insofern keine Haarspalterei, als ihr den 'HH' einen Manipulationsversuch unterstellt, indem sie nämlich an entscheidender Stelle durch 'auffälliges Schweigen' (P&P,Abs.63) und 'willkürliche Begriffsverwendung' ein 'Definitionsmonopol konstruieren' (P&P,Abs.92); hier vermutet ihr bewußte Machtpolitik, der ihr in den Kapiteln 3 und 4 entgegentretet. Wenn die 'HH' nun aber nicht aus manipulativen Gründen zu den Bildern weitgehend schweigen, sondern aus anderen Gründen, macht ihr euch möglicherweise eines ähnlichen Vergehens schuldig, wie ihr es zurecht anderen in der 'p.c.'-Debatte ankreidet: Einen Pappkameraden (Pappkameradin!?) namens 'Bildschuldthese' aufzubauen, um ihn dann mit viel Getöse effektvoll umzuhauen (P&P,Abs.213).

Seid ihr wirklich der Meinung, es bedürfe innerhalb des linken Diskurses einer ausdrücklichen Erwähnung, daß die Klassifizierung eines Bildes als "pornographisch" bzw. "sexistisch" impliziert (= einschließt), daß Frauen sich von dem Bild verletzt fühlen? Ich unterstelle eher, daß die 'HH' in ihrem Text von einem Bedingungshintergrund (vgl. meine Fußnote 9) ausgehen, der die feministische Diskussion um Pornographie und deren aktuelle gesellschaftliche Bedeutung beinhaltet. Und was den Bild-Kontext angeht, so verweise ich auf den letzten Teil meiner Fußnote 1.

Ich sage nicht, daß mir eure Interpretation widerlegt oder ganz abwegig erscheint, doch sie ist nur eine mögliche, und andere sind einfacher und brauchen weniger Verschwörungstheorie.

Weiter schreibt ihr "5.2. Nicht alle Frauen fühlen sich durch diese Bilder verletzt" (gemeint sind die Bilder in der Arranca)... Ihr seid klug genug, um zu wissen, daß dieser Satz provokativ ist, weil er an sich eines der banalsten Standardargumente gegen *jeden* Versuch ist, Rollenverhältnisse anzugreifen. Nicht alle Arbeiter fühlen sich ausgebeutet, nicht alle Schwarzen leiden unter Rassismus (Roberto Blanco!), und so weiter. Wenn es um Geschlechterverhältnisse geht, ist dies auch in der Szene ein penetrantes Rechtfertigungsargument von Männern. Das hättet ihr (vgl. Fußnote 9) mitbedenken sollen. Oder *habt* ihr es mitbedacht?

11 Oh wie wohl ist mir im dekonstruktivistischen Bade... nun, hier tun euch die Kritiken unrecht. Insbesondere Kermit (Interim 437) hat euch da (absichtlich?) mißverstanden; eher gespannt bin ich auf eure Antwort auf die Texte der 'mutlosen' und von 'M.O.M.B.A.K.' in der Interim 438 (27.11.97), denen ich mich hiermit anschließe und so weitere längere Ausführungen, die diese Texte eh nicht toppen könnten, vermeide.

12 Warum habe ich überhaupt etwas geschrieben? Zuerst dachte ich, naja, Karawanen ziehen bellend vorbei, die Hunde bleiben sitzen, und die Interim und der Sack Reis in China... aber irgendwie hat es dann doch weitergelöckt und mir keine Ruhe gelassen, und plötzlich huschten die Finger wie von selbst über die Tasten. Ist dies Streitkultur? Ich hoffe es.

13 Vgl. Umberto Eco, "Wie man einen Ausstellungskatalog bevorwortet", v.a.S.23ff., in: ders., "Wie man mit einem Lachs verreist und andere nützliche Ratschläge", München 1993.

14 *Ist* das ne Identität, was!? Weißer Mann in Metropole, Kühlschrank voll, kann schwierige Texte lesen und lange Texte schreiben oder auch andersrum, politisch-moralisch auf der irgendwie richtigen Seite: That's how lucky I am...

15 Ha, gefoppt!

High Noon

Die Konflikte im ehemals besetzten Komplex Brunnenstraße 6/7 haben sich in letzter Zeit so zugespitzt, daß wir uns gezwungen sehen zu handeln, sprich die BewohnerInnen eines Hauses rauszuschmeißen !
Uns ist es wichtig, unsere Situation einer interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln, besonders da die Gerüchteküche schon heiß kocht.

In der Brunnenstraße zu leben, bedeutet momentan folgendes:
Du mußt zu jeder Zeit damit rechnen, daß du aus dem Schlaf, dem Frühstück, -kurz, aus allem was du so zu tun hast, gerissen wirst, um zu einem Spontanplenum oder einer sofort nötigen Unterstützungsaktion zu rasen.

Was ist los? Wie ist die aktuelle Situation?

Seit ca. 2 Jahren wohnen in diesem Flügel (im weiteren Text X-Haus genannt) Leute, insbesondere Männer, die den Großteil der KomplexbewohnerInnen scheiße finden, und das durch ein klares Antiverhalten und ständige Provokationen zum Ausdruck bringen. "Die Zecken sind nicht mehr pc! Hier weht jetzt ein anderer Wind!" Dieser Spruch bringt für uns ihre Haltung ziemlich genau auf den Punkt.
Die BewohnerInnen haben in den letzten zwei Jahren zum großen Teil gewechselt. Neu eingezogene Männer und Frauen standen uns jedoch nicht unvoreingenommen gegenüber, die Haltung des X-Hauses zum Komplex wurde weitertradiert. Es gab dort zwar immer BewohnerInnen, die sich nicht an Provokationen beteiligten, sich aber auch nicht kritisch dazu verhielten, oder in der Gesamtgruppe nicht durchsetzten konnten.

Erstmals eskalierte die Situation im Januar 96, als während einer Party vor dem X-Haus das benachbarte Haus mit einer Pyro beschossen und mit Gesang zur Melodie des Deutschlandliedes begröhlt wurde. Als die erwartete Reaktion nicht ausblieb, und BewohnerInnen des Restkomplexes sich beschwerten, wurden sie mit Flaschen und Stöcken angegriffen. Zu Hilfe eilenden Frauen und Männern bot sich ein Bild von dermaßen durchgeknalltem Vollsuffgröhlmackerposing seitens der X-Haus-Bewohner, wie sie es selten erlebt haben. Während versucht wurde die Situation zu beruhigen, kam es zu massiven Beschimpfungen bis hin zu Vergewaltigungsandrohungen.
Es würde den Rahmen dieses Papiers sprengen alle Ereignisse dieser Nacht wiederzugeben. Wir erwähnen den Vorfall an dieser Stelle, weil für viele hier erstmals die Grenzen soweit überschritten wurden, daß ein weiteres Zusammenleben nicht mehr vorstellbar war. In den folgenden Wochen kam es zu mehreren großen Plena, an denen sich auch Leute außerhalb des Komplexes beteiligten. Die BewohnerInnen des X-Hauses beschrieben dort ihr Verhalten als Ausrutscher, gleichzeitig rechtfertigten sie es als Reaktion auf ihre Unterdrückung durch die pc-Autonomen und ihrer Logik zufolge durch ihre Opferrolle in der Gesellschaft.
Schon damals gab es die Forderung von vielen KomplexbewohnerInnen, daß die vier Hauptakteure dieses Abends ausziehen sollten. Passiert ist gar nichts, z.T. auch wegen der Unschlüssigkeit, die Forderung durchzusetzen.

In den folgenden anderthalb Jahren gab es verschiedene Bemühungen mit den X-Haus-BewohnerInnen in Kontakt zu kommen, um die Situation auf diesem Weg zu verändern und die existierenden Vorurteile abzubauen. Dies hatte aber allenfalls zur Folge, daß einzelne von uns freundlich gegrüßt wurden, während hinter anderen weiter ausgespuckt wurde.

Im Sommer 97 verschärfte sich die Situation durch die Anwesenheit von ca. 20 Gästen mit ihren Hunden im X-Haus. Der Zugang zu unseren jeweiligen Häusern führte tagtäglich mitten durch eine große Gruppe im Hof alkender Menschen, die je nach Lust und Laune Provokationen und Angriffe starteten, so daß einige Menschen sich sogar gezwungen fühlten, andere Ein- und Ausgänge zu benutzen. Oftmals hatten wir einfach keine Lust mehr nach Hause zu kommen, weil wir dort nicht mehr das tun konnten, was wir wollten, sondern unser Leben von Zwangsreaktionen auf die Situation im Hof bestimmt war.

Einzelne Beispiele, die in ihrer Auflistung zwar teilweise lächerlich klingen, in ihrer Gesamtheit aber ein Bild abgeben, das das Leben in der Brunnenstraße Stück für Stück kaputt macht:

- Musikterror zu jeder möglichen Uhrzeit (mit teilweise bewußt sexistischen und faschistoiden Texten)
- Nazisymbole auf Häuserwänden (um zu provozieren)
- eingeworfene Fenster, Pyros, die auf Fenster geschossen worden sind, fliegende Flaschen, Militärfetischismus,
- sexistisches Verhalten und Anmache (z.B. Sprüche wie "du alte Schlampe und "Fotze" usw., und Beate Uhse
- Gummi- Puppe an der Fassade)
- Individualterror und Drohungen gegen Projekte und Personen (z.B. 'Unsere Hunde sind wie unsere Kinder und wenn unseren Hunden was passiert, bringen wir eure Kinder um", Zitat einer Person)
- Manche ausländische BesucherInnen trauten sich nicht durch den Hof
- Müll und Hundescheiße
- Hofpisserei

Uns ist klar, daß wir solch einen Sommer nicht noch einmal durchstehen würden!

Es ergab sich, daß viele X-Hausbewohner nach und nach auszogen. Männer und Frauen, die im Sommer zu Gast waren, sind in die leerstehenden Zimmer nachgerückt. Unter ihnen sind einige Männer, die sich innerhalb kürzester Zeit als völlig beschissene Macker herausgestellt haben und ihre ständigen Bedrohungen momentan typischerweise gegen einzelne Frauen richten, wenn sie diese außerhalb des Komplexes treffen.
Wir haben den jetzigen BewohnerInnen des X-Hauses auf verschiedenen Plena erklärt, warum wir wollen, daß sie ausziehen, warum es für uns keinen neuen Versuch des Zusammenlebens geben kann. Nach den Dingen die vorgefallen sind, gibt es keinerlei Vertrauen auf irgendeine gemeinsame Minimalbasis. Unsere Auszugsforderung trifft auch diejenigen, die sich nicht aktiv an Angriffen beteiligen. Grund dafür ist, daß wir glauben, daß die RestbewohnerInnen (des X-Hauses) dann nicht verhindern könnten oder wollten, daß die anderen zurückkommen, und wir uns eine grundsätzliche Änderung der Situation nur durch eine völlig neue Gruppe, zu der wir Vertrauen haben, vorstellen können. Die Leute aus dem X-Haus erklärten, daß sie das Haus auf keinen Fall freiwillig verlassen würden und drohten mit Racheaktionen. Einer ihrer Freunde kündigte lautstark an, die hinteren Häuser eigenhändig anzuzünden, falls jemand aus dem X-Haus geworfen würde. Ein X-Haus-Bewohner tönte (sinngemäß): "Wenn sie Krieg wollen, dann bekommen sie Krieg", "mit mir kann man ja noch reden, aber ich habe Kumpels und die haben Wummen"

Wir sind keine homogene Gruppe. Unser „wir" ist zusammengewürfelt aus Frauen und Männern, die im Zusammenleben oft nur recht wenig Kontakt oder auch diverse Vorbehalte untereinander haben. Wir sind außerdem auch nicht der gesamte Komplex. Es gibt in einer WG Gegenpositionen zu unserer Entscheidung. In der Vergangenheit haben einige von uns ihre Entscheidung sehr lange hinausgezögert, um eine handlungsfähige Basis unter allen BewohnerInnen zu erreichen. Dies scheint nicht möglich zu sein.
Trotz unserer Unterschiede haben wir uns als Großteil des Komplexes nach zähem hin und her zu einer Gruppe zusammengefunden, die bereit ist, den Auszug des X-Hauses nicht nur zu fordern, sondern notfalls auch als Rausschmiß umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist ein von uns am 30.10. gestelltes Ultimatum, das Haus bis zum 13.11. freiwillig zu verlassen, von den BewohnerInnen des X-Hauses ignoriert worden.
Die Entscheidung, die Leute rauszuschmeißen, ist uns nicht leichtgefallen. Gerade zu Zeiten von Schönbohm's Meister Propper Politik (Weg mit allen besetzten Häusern, allen unkommerziellen Treffpunkten, den öffentlichen Raum den Geldsäcken!...) fällt es schwer 10 Leute auf die Straße zu setzen, die auf dem Wohnungsmarkt sicherlich kaum Chancen haben und auf Projekte wie unseres angewiesen sind, weil sie hier billig (in ihrem Fall lassen sie ganz selbstbestimmt uns ihre Miete bezahlen) leben können. Dazu kommt, daß es Winter ist, kalt,...

Trotzdem...
In den letzten Tagen wurde nachts ans FrauenLesbenHaus 'Fotzen' gesprüht und morgens um 6.00 Uhr das Fenster einer Frau vom X-Haus aus mit Pyros beschossen. Heute morgen wurde eine Person von einem X-HausBewohner angeböbelt und mit einem Messer bedroht.
Jeden Tag ist mit weiteren Angriffen dieser Art zu rechnen. Das ist eine Situation, in der wir nicht auf das Ende des Winters warten können.

Enough is enough!!!

der Großteil der BewohnerInnen der Brunnenstraße 6/7 Berlin 21.November 97

Einschätzung der Antifaschistischen Aktion Berlin zum Verbot der Antifademonstration in Saalfeld/Thüringen



Wie alles anfing...

Für Samstag den 11. Oktober war in Saalfeld/Thüringen eine bundesweite Antifademonstration angekündigt. Motto: „Den rechten Konsens durchbrechen", getragen von einen breiten Bündnis aus GewerkschafterInnen (ÖTV, DGB, IGM,..), Parteien (PDS, Grüne) und autonomen Antifas.

Bereits Monate im Vorfeld beginnt die Hetze gegen die Demonstration.

• Die NPD meldet eine Gegendemonstration „Aktionstag gegen linken Terror in Thüringen" an. Als Anmelder des rechten Aufmarschs fungiert der Thüringer NPD-Chef Frank Golokowski. Zwar wird die Anmeldung zurückgezogen, aber die JN ist unter der Regie von Anti-Antifa-Kader Tino Brandt bereits mit einer Demo-Anmeldung in Rudolstadt eingesprungen.

• Regionale Medien wettern seit Bekanntwerden der bundesweiten Mobilisierung gegen „die anreisenden Chaoten, die Saalfeld in Schutt und Asche legen" und damit gegen die gesamte Bündnisdemo gleich mit. Der Anmelder der Demonstration wird in der Ostthüringen Zeitung als „geistiger Brandstifter" bezeichnet. Kurze Zeit später folgten anonyme Morddrohungen.

• Für die Kritik des antifaschistischen Bündnisses zeigt die Stadt kein Verständnis. Die von der Antifa Saalfeld initiierte Bündnisdemonstration gegen Faschismus hätte „keinerlei Sinn", erklärte der Bürgermeister. Weder in Saalfeld noch in der Umgebung bestehe ein Problem mit Nazis. „Probleme mit Gewalt" kämen in der Region samt und sonders „aus der linken Ecke", so der Saalfelder Polizeichef. Interessensüberschneidungen mit den Nazis werden deutlich. Die Stadtverwaltung fordert die Rücknahme der Anmeldung der Antifademo wegen „des bleibenden ökonomischen Schaden", der Saalfeld durch den Ruf einer braunen Stadt entstehen würde. Geschäftsleute organisieren sich Spanplatten für ihre Geschäfte. Die Demonstration der NPD wird nicht erwähnt.

Der angegriffene, rechte Konsens hat sich formiert.

15 Jahre sind vergangen seit der liberal-konservativen Wende in der BRD. Seit Einverleibung der DDR durch die BRD 1989 tritt das „große und mächtige Deutschland" wieder öffentlich auf den Plan. Heute prägt ein rechter Zeitgeist das gesellschaftliches Klima. „Tugenden" wie Ordnung, Sauberkeit, Nationalismus, Chauvinismus oder deutsches Herrenmenschentum stehen – vorallem für Jugendliche hoch im Kurs – und das nicht nur bei den Nazis.

Chaostage in Saalfeld?!

Das entstandene Klima bildete den Hintergrund für das Verbot der Demonstration durch das Saalfelder Landratsamt. Erst wurde ein Teil der Demostrecke durch die Innenstadt untersagt, 2 Tage vorher die ganze Route. Gültig war das Versammlungsverbot gleich für den ganzen Landkreis, miteingeschlossen auch die Nazidemo in Rudolstadt. Von staatlicher Seite werden die antifaschistische Demo und der Aufmarsch der Nazis unter dem Begriff „Extremismus" kurzerhand geichgesetzt. Begründung: „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit steht fest, daß bei der Durchführung der Demo die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet ist" und zwar durch die „anreisende Chaoten aus Berlin, Hamburg und Göttingen".

Was sich wie ein Bericht des Verfassungsschutzes liest und erst als voreiliger Schluß eines Verwaltungsbeamten wirkt, fand einen Tag vor der Demo Unterstützung vom Thüringer Innenministerium. Innenminister Dewes – SPD – nützt die Gelegenheit, die SPD als Partei der Inneren Sicherheit zu profilieren. Er will: „die Chaostage in Saalfeld" auf jeden Fall verhindern. Mit dabei: Ordnungshüter aus dem gesamten Bundesgebiet. Der größte Polizeieinsatz in der ehem. DDR seit '89 wurde gegen AntifaschistInnen durchgeführt.

Mit der Einmischung des Thüringer Innenministeriums hatte sich die Dimension der Entscheidung verändert. Zwar ist das Verbot von Antifademos nicht neu. Schon in den 90er Jahren wurden wegen der anstehenden Rudolf-Hess-Gedenkmärsche der Faschisten Versammlungsverbote für ganze Regionen mit ähnlicher Begründung verboten. Neu ist hier:

1) Die Demo war getragen von einem sehr breiten Bündnis bis hin zu Teilen der PDS und Grünen. Angemeldet durch DGB-Kreise. Antifaschismus ist momentan bündnisfähigstes und gleichzeitig eines der mobilisierungsstärksten Themen der Linken, bei dem die radikalen Linken noch eine wahrnehmbare Rolle spielen. Mit der Verbotsbegründung, in der die Antifas als „gewalttätige Chaoten" diffamiert werden, wird versucht das Bündnis an der sogenannten Gewaltfrage zu spalten. Das geht einher mit der Kriminalisierung der radikalen Teile des Bündnisses. Eine Vorgehensweise wie sie bereits mehrmals in der Geschichte der BRD gegen so zusammengesetzte Bewegungen angewandt wurde, als sie gesellschaftlich an Einfluß gewannen (Wackersdorf, Startbahn West, Friedensbewegung).

2) Die Verbote waren in der Vergangenheit immer unmittelbar verknüpft mit Aktivitäten der Nazis. In Saalfeld war die Antifademo die erstangemeldete, die

Nazidemo die Reaktion. Damit ist die Gleichsetzung von linkem Widerstand und Naziaktivitäten, d.h. gleiches Vorgehen des Staates gegen alle „Extremisten" auch auf der Straße durchgesetzt. Erleichtert wird dieses Vorgehen durch den Ausbau polizeilicher Ermächtigungen in den letzten Jahren und die zunehmende repressive Auslegung der Gesetze. Ohne großes Aufsehen werden Rechte eingeengt, die grundlegend für außerparlamentarischen Widerstand sind. Inzwischen ist es rechtlich zulässig, öffentlichkeitswirksamen politischen Protest mit dem Verweis auf die „öffentliche Ordnung und Sicherheit" zu unterbinden. Dieses gegen Nazis z.B. anläßlich der „Heß-Aufmärsche" angewandte polizeistaatliche Vorgehen, soll nun endgültig als übliche Begründung zur Unterbindung linken Widerstand durchgesetzt werden. In Zeiten, in denen soziale Polarisierung zunimmt, soll so politischer Protest und Widerstand mit polizeistaalichen Mitteln unmöglich gemacht werden.

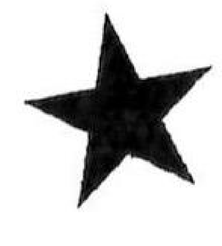
Antifaschismus läßt sich nicht verbieten

Am 11. Oktober '97 waren bundesweit ca. 3000 Antifas auf den Beinen, um in Saalfeld eine starke antifaschistische Demonstration durchzuführen. Die Bilanz des Antifawiderstandes trozt Demoverbot und Behinderungen durch die Polizei: Spontane Demos in Dessau, Jena, Erfurt und Leipzig mit insgesamt 1400 TeilnehmerInnen und eine (erzwungene) Autobahnblockade über mehrere Stunden, an der sich ca. 400 Personen beteiligten. Und der Preis: über 500 Festnahmen, für viele Gefangenen bis zu 35 Stunden Haft im Knast in Unterwellenborn, Beleidigungen und Mißhandlungen durch die Polizei, Anzeigen und Schnellverfahren, d.h. demonstrierter Machtbeweis des Staates und Einschüchterung der angereisten Antifas.
Das Ziel der Demo, nämlich die Situation in der Thüringer Kleinstadt Saalfeld, den faschistischen Terror und den rechten Konsens zu thematisieren und über die Stadtgrenzen hinaus ins Gespräch zu bringen ist jedoch trotzalledem erreicht worden.
Es hat sich bei der Vorbereitung der Demonstration und vorallem bei dem Versuch die Dimension des Verbotes und des Polizeieinsatzes gezeigt, daß es zunehmend schwieriger ist, eine noch vor einigen Jahren zu mobilisierende linksliberale Öffentlichkeit zu erreichen.
Dennoch ist als Ergebnis eine 2monatige öffentliche Diskussion in Thüringen, die Positionierung vieler Linker zur Kriminalisierung des Antifawiderstandes in Form einer breit getragenen Protesterklärung, eine parlamentarische Diskussion auf Landesebene, und ausgiebige Berichterstattung vor allem in linken Medien festzuhalten.

Get up, stand up!

Für die Zukunft gilt es mit allen Linken, die ihren Protest gegen die herrschenden Verhältnisse auf die Straße tragen wollen, dieses Recht gemeinsam zu verteidigen. Effektive Zusammenzuarbeit, wie sie im Saalfelder Demobündnis stattfand, ist der 1. Schritt. Es ist trotz des heftigen Drucks schon im Vorfeld der Demo nicht zerbrochen. Koordination und tr agfähige Strukturen, in die möglichst viele Menschen miteingebunden werden können, sind eine Vorraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit.
Bei zukünftigen Demonstrationen müssen zwar Alternativkonzepte bei eventuellen Verboten und deren Druchsetzung mitgeplant werden. Die Reaktion kann allerdings nicht vorrauseilender Gehorsam, Rückzug oder die Rücknahme außerparlamentarischer Aktionsformen sein. Die der Linken bleibenden Spielräume müssen auch weiterhin erhalten und auf allen Ebenen verteidigt werden –juristisch, parlamentarisch und vorallem außermarlamentarisch. Erfolg gibt es nur in der Offensive.
Deshalb mobilisieren wir im März erneut zu einer antifaschistischen Bündnisdemonstration nach Saalfeld (siehe dazu Terminankündigung)

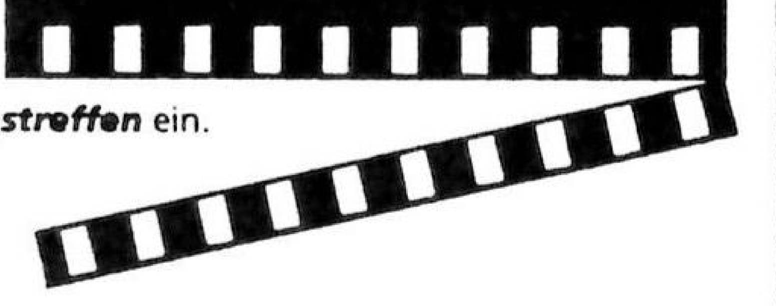
Antifa heißt Angriff!
Organisiert den antifaschistischen Widerstand!



Die Reaktion auf das Demonstrationsverbot in Saalfeld kann nicht Rückzug oder die Rücknahme außerparlamentarischer Aktionsformen sein.
Antifaschimus läßt sich nicht verbieten.
Weiterhin gilt: Den rechten Konsens durchbrechen.
Deshalb wollen wir im März erneut zu einer bundesweiten antifaschistischen Bündnisdemonstration nach Saalfeld mobilisieren und laden alle Interessierten zum ***bundesweiten Vorbereitungstreffen*** ein.

So, 21.12.97, 12 Uhr, Leipzig, Conne Island, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel 0341/3013038, Fax 0341/3026503

Saalfeld die 2.



Soliparty für die* angeklagten Antifas!

Sub (Brunnenstr. 7)

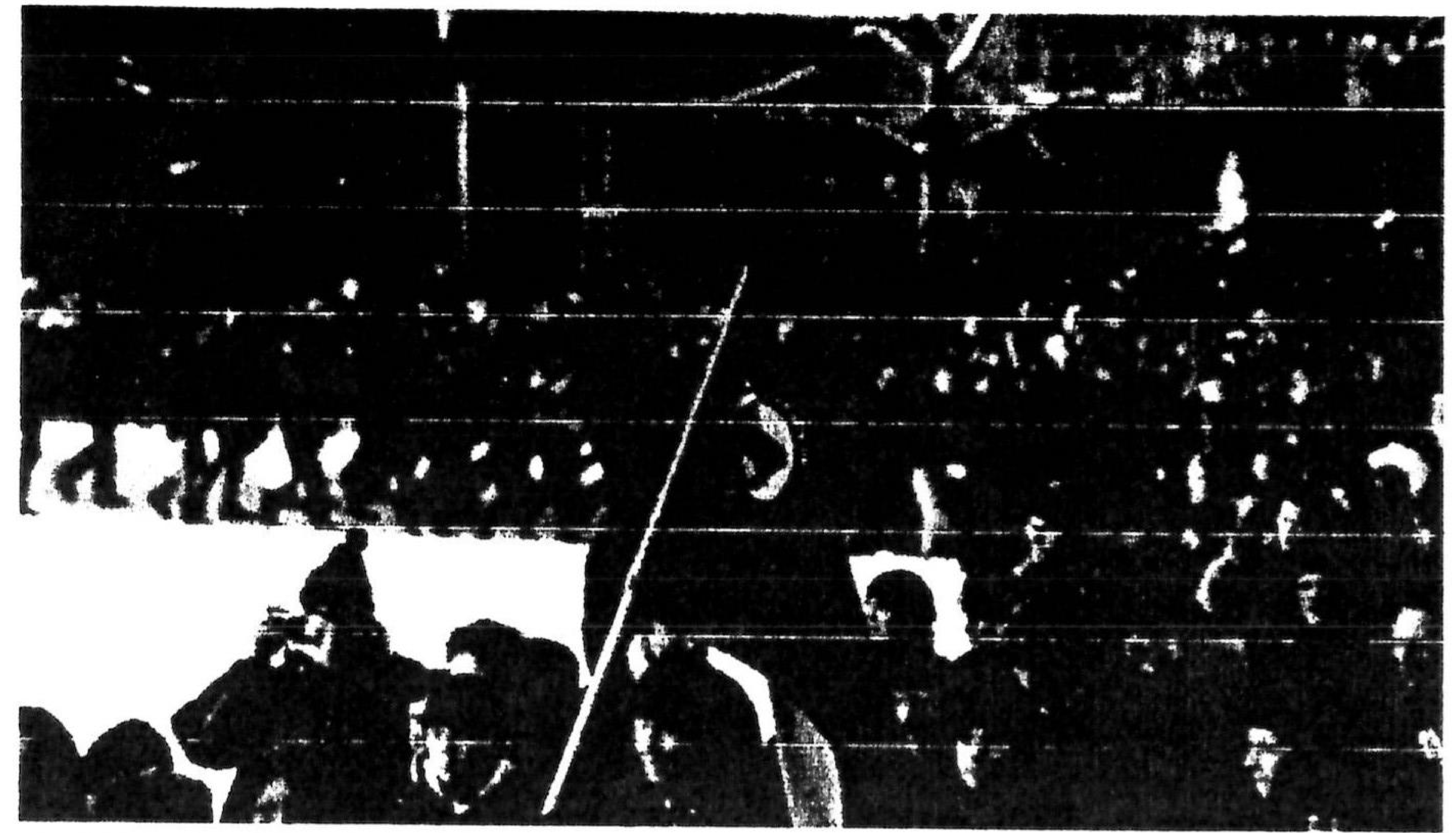
Samstag, 13.12.1997, 21.⁰⁰h

* von SEITE 17

Heraus zum revolutionären

antifablock

auf der demonstration zum gedenken an die ermordung von karl liebknecht und rosa luxemburg



Antifablock auf der Gedenkdemo 1997

Trotz alledem! Zusammen kämpfen!

Am Sonntag, den 11. Januar findet in Berlin die alljährliche Demonstration zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt.

Als 1996 erstmalig zum revolutionären antifaschistischen Block auf der Demo aufgerufen wurde, war er Ziel von massiven Übergriffen der Polizei. Diese endeten in der Räumung des Platzes vor der Gedenkstätte; dutzende Menschen wurden verletzt.

Die Antwort auf diesen Kriminalisierungsversuch war die Mobilisierung im folgenden Jahr. 10000 Menschen kamen zur bundesweiten Demo, davon sammelten sich allein 3000 im revolutionären Antifablock.

Die Bündnisdemonstration ist zum Sammelpunkt geworden für alle linken Spektren von sozialistischen Organisationen und Parteien bis hin zu autonomen Antifas. Sie ist damit praktischer Ausdruck unseres Anliegens, mit allen Linken, die eine Alternative zum Kapitalismus erkämpfen wollen, gemeinsam dafür zu arbeiten. Die Gedenkveranstaltung ist heute die größte regelmäßig stattfindende Kundgebung der bundesdeutschen Linken.

Es gibt kein Ende der Geschichte!

Radikale linke Politik muß Bezüge zur Geschichte herstellen. Linke Geschichte läßt sich nur in ihrer Gesamtheit verteidigen, denn mit all ihren Stärken und Schwächen beinhaltet sie notwendige Erfahrungen, Ansätze und Inhalte, die wir verwerten und weiterentwickeln müssen. Selbstbestimmung, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen, der Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, gegen Kapitalismus und Militarismus - offensichtlich haben diese Ziele noch immer Gültigkeit und Orientierungswert. Es war richtig, daß die historische Linke für diese Ziele gekämpft hat und es ist richtig, daß wir die heutigen Verhältnisse verändern wollen - diese Botschaft muß als geschichtlicher Anknüpfungspunkt im Vordergrund stehen.

Auf diese Linken, wie es im konkreten Fall Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren, beziehen wir uns, und setzen dabei an für alle Linken relevanten Punkte an. Rosa Luxemburg bietet hierfür viele Anknüpfungspunkte : als Revolutionärin, als Frau, die sich innerhalb der Linken durchsetzen mußte, als Internationalistin, als Vorkämpferin gegen den Militarismus.

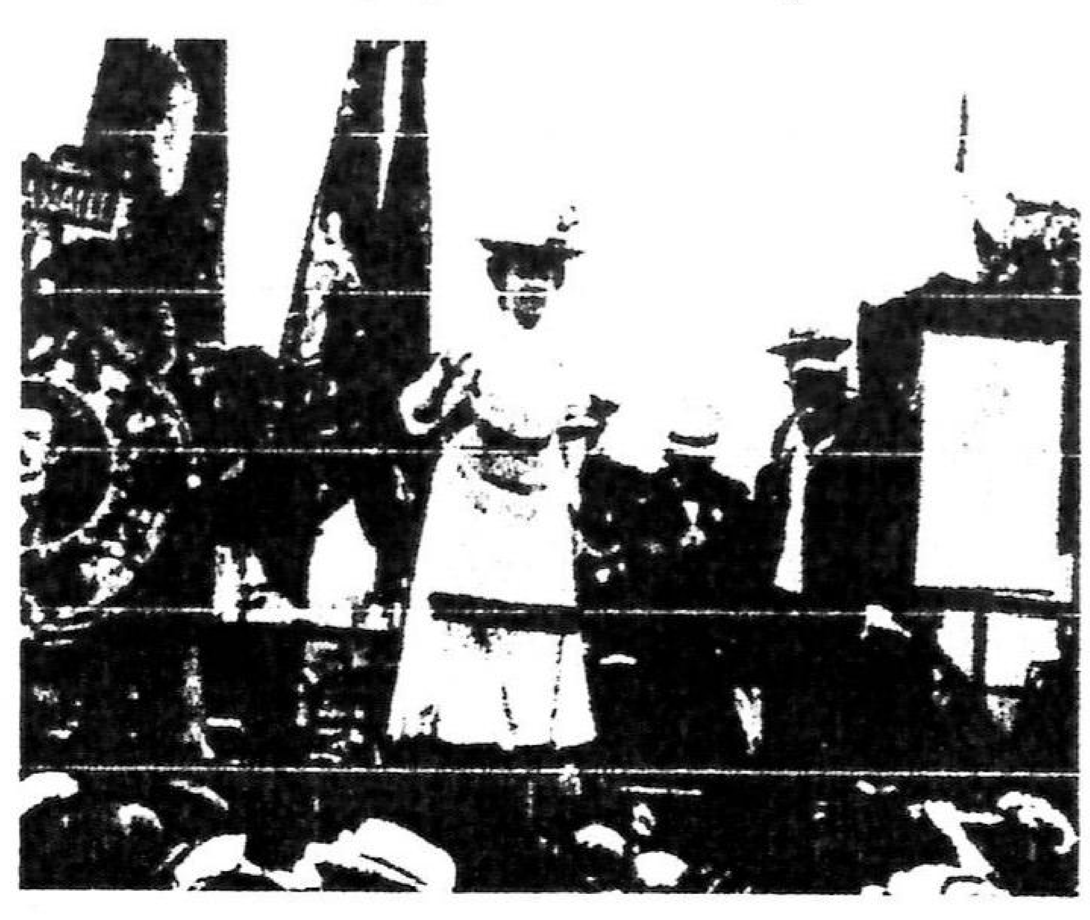
Der Kampf geht weiter!

Diese linke Großveranstaltung macht die Kontinuität von Widerstand und das Fortbestehen sozialistischer Ideen deutlich. Nicht nur, daß die Gedenkveranstaltung so zahlreich besucht wird, macht die Brisanz des Tages aus. Erst in der Verbindung des Gedenkens mit den aktuellen politischen Inhalten der Demonstration, auf der seit zwei Jahren wirklich alle linken Spektren vertreten sind, besteht die Ausstrahlungskraft dieses Tages! Mit der gemeinsamen Ablehnung des Bestehenden wollen wir in Zeiten der Individualisierung und der absoluten Orientierung auf den Kapitalismus als der Weisheit letzten Schluß einen erfahrbaren sozialen Gegenpol schaffen.

Die weltweite Schwächung der Linken und der allgemeine Rechtsruck in der Gesellschaft machen den gemeinsamen Kampf zur notwendigen Grundvorraussetzung. Deshalb organisieren wir uns und versuchen mit allen, die eine linke Alternative zum Kapitalismus erkämpfen wollen zusammenzuarbeiten. Dieser sammelnde Organisationsansatz drückt sich in der Zusammenarbeit mit sozialistischen Gruppen (DKP, SDAJ, KPF,...) und älteren Genossen (VVN, BdA, PDS...) in der Demovorbereitung und im gemeinsamen Auftreten als Bündnis aus.

Es ist wichtig, radikale linke Positionen an die Öffentlichkeit zu bringen und der Zersplitterung der Linken durch konti-

Rosa Luxemburg bei einer Rede auf dem Sozialistenkongreß 1907 in Stuttgart



nuierliche Bündnisarbeit entgegenzuwirken. Dazu ist es nötig, offen zu sein für andere Ansätze und Erfahrungen. Verbindend bleibt hier für alle der antikapitalistische Grundkonsens.

Organisiert den revolutionären Widerstand! Antifaschistisch kämpfen!

Auch 1998 wird es wieder einen revolutionären antifaschistischen Block auf der Demonstration geben, zu dem die Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation und andere Gruppen aus dem autonomen Antifaspektrum aufrufen.

Wenn wir als Antifas uns an der Demostration zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligen, tun wir dies nicht als stilles Gedenken, sondern weil wir Bezug zu den damaligen revolutionären Kämpfen herstellen und die Veranstaltung als politische Kundgebung nutzen wollen.

Deshalb treten wir als geschlossener Antifablock mit eigenen politischen Inhalten öffentlich wahrnehmbar auf. Verliert dieser Tag die deutliche Verbindung mit linken Inhalten, die über ein bloßes Gedenken hinausgehen, ist er harmlos geworden!

Denn: Der Hauptfeind steht immer noch im eigenen Land!

Ihre „Innere Sicherheit" erschüttern!

Heute wie damals gilt es gegen den deutschen Imperialismus vorzugehen, gegen seine aggressive Politik nach Außen und gegen die repressive nach Innen.

Mit dem Ruf nach "Innerer Sicherheit" wird für die Bekämpfung einer konstruierten Kriminalität der immer stärkere Abbau von Grundrechten und der Ausbau von Polizei und Staatsschutz als Allheilmittel propagiert. Dabei sind immer größere Möglichkeiten der Überwachung für Polizei und Geheimdienst, erst Lauschangriff, jetzt auch noch Spähangriff, für die Öffentlichkeit kaum noch eine Diskussion wert. Die Beschwörungen vielseitiger Bedrohungsszenarien von Politikern und Staatsschützern fallen hier auf fruchtbaren Boden. Zurückgegriffen wird dabei auf eine in breiten Teilen der Bevölkerung bestehende rassistische Einstellung (in der BRD gibt es einen weitreichenden Konsens, wer die Ursache für die ansteigende Arbeitslosigkeit, Kriminalität usw. sein soll...).

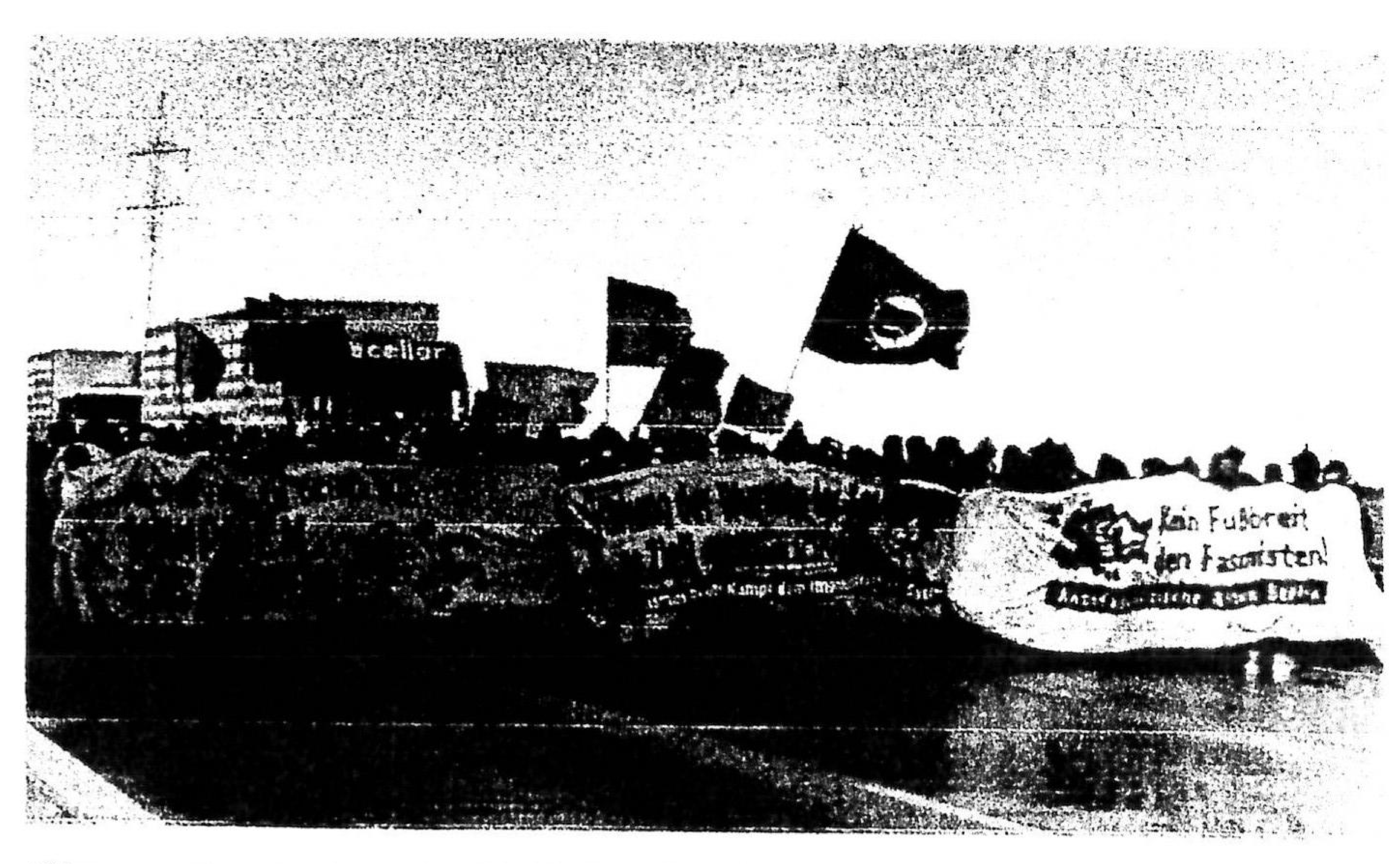
Nationalismus, Rassismus und Militarismus setzen sich hierbei immer unangefochtener als Leitideologien und vermeintliche Lösungsansätze durch. Pogrome gegen Flüchtlinge oder Migranten und Anschläge gegen Linke sind dabei keine Zufälle, sondern logische Folge dieser stärker werdenden Entwicklung nach rechts.

Die neue Kampagne der Polizeistrategen nimmt sich New York zum Vorbild, gegen die angeblich ausufernde Kriminalität soll die Vorgehensweise der "zero-tolerance" oder die "Senkung der Schwelle des Eingreifens" (Innenminister Manfred Kanther) helfen.Schwerpunkt hierbei: die "Säuberung der Innenstädte", Nichtdeutsche, Bettler, Obdachlose, Drogensüchtige, Schwarzfahrer und "Jugendbanden" heißen die neuen Feindbilder der "Verbrechensbekämpfung".

Dabei werden die tatsächlich existierenden Interessenskonflikte und systembedingten Ursachen bewußt verschleiert.

Politischer Widerstand soll mit Polizeistaatlichen Mitteln zahnlos und unmöglich gemacht werden. Sicherheit für den "Standort Deutschland" soll geschaffen werden, auch in Zeiten, in denen die soziale Polarisierung zunimmt. Alles, was als Bedrohung für die bestehenden Verhältnisse erscheint, nämlich die Proteste gegen die immer deutlicher werdenden sozialen und politischen Konflikte, wird zu "Verbrechen" erklärt, um diesen Widerstand somit legitimiert bekämpfen zu können.

Die Lösungen für die Probleme sind eben nicht vom Kapitalismus zu trennen, sie liegen nicht in diesem System! Deshalb muß konsequenter Antifaschismus eine revolutionäre Ausrichtung haben und die Kapitallogik als Ganzes in Frage stellen.Das ist unser politisches Anliegen, was wir an diesem Tag auf die Staße tragen.



Abbau von Grundrechten: Am 11.10.97 wird auf Anordnung von Innenminister Dewes (SPD) wird mit polizeistaatlichen Mitteln das Verbot einer Antifa-Bündnisdemonstration in Saalfeld durchgesetzt. Ein Konvoi von 400 Antifas wird auf der Autobahn von der Polizei gestoppt und für 32 Stunden in Gewahrsam genommen.

Karl Liebknecht bei einer Rede im Berliner Tiergarten gegen die Gewährung der Kriegskredite durch die SPD .



Antifaschismus ist der Kampf ums Ganze!

Zusammen gehört uns die Zukunft!

Kommt zur Demo:
Sonntag · 11. Januar 1998 · 10 Uhr
Berlin · Leninplatz (Platz der Vereinten Nationen)

Antifaschistische Aktion Berlin
Waldemarstraße 36, 10999 Berlin
Tel 030/6157329, Fax 030/6153860



Fehlgeschlagene Anwerbung

AB:...laß uns ´n Lied, ´n Gedicht, oder sonst irgendwas da....piiieeep!

Hallo hier ist Engelhard
Guten Tag
Es ist nett sie zu hören,
ich wollte sie jedoch nicht stören.
Ich schreibe an einer Studie über den Castortransport,
und würde sie gerne besuchen an ihrem Ort.
Bitte rufen Sie mich unter Nummer 0172/2108055 mal an,
vielleicht können wir etwas plaudern dann.

Dieses reizende Gedicht, das offensichtlich an * gerichtet war,fand *´s Mutter am 9. 9. auf dem AB.Herr "Engelhard" rief am selben Tag nochmal an,und erzählte *´s Mutter,er sei Politologe und arbeite an einer Studie über AtomkraftgegnerInnen,ob * nicht Interesse hätte, daran teilzunehmen.*´s Mutter sagte,daß * nicht zuhause sei und erzählte * am selben Abend davon.* hatte kein Interesse.

Er rief am gleichen Abend nochmal an und erzählte *´s Mutter auf Nachfrage,er arbeite im Innenministerium und hätte daher auch die Informationen über * (* hatte leider Pech und wurde beim zweiten Castortransport von den Bullen festgenommen) .Für 600.- im Monat ("und die Jugendlichen brauchen ja immer Geld") sollte * sich 2mal die Woche mit ihm treffen und "ein bißchen plaudern"-und zwar über einen Zeitraum von 5 Jahren.

Er war inzwischen soweit,daß er alle Register zog,und versuchte es mit einerEinladung zum Essen in einem Cafe *´s Wahl(die Jugendlichen brauchen ja nicht nur Geld,sie haben auch immer Hunger!)Leider traf er auf Ablehnung(wie schade).Er könne ja auch zu * nach Hause kommen und 3 Pizzas mitbringen.Wieder eine Ablehnung!Aber er habe doch morgen Geburtstag!!Als ihm abermals eine Ablehnung beschieden wurde,sagte er,er sei doch nur an diesem Tag in Berlin,und würde sooo gerne mit * feiern(wie nett).Doch auch mit diesem dringenden Anliegen traf er nicht auf offene Ohren.

Es ist ja wohl ziemlich klar,daß er vom VS ist,allein schon seine Hartnäckigkeit ist auffällig(er rief 6 Tage später nochmal an um sich zu vergewissern,ob * auch wirklich kein Interesse hätte).

Die Tatsache, daß * in Steglitz wohnt, also wahrscheinlich seiner Vermutung nach nicht in irgendwelchen Kiezstrukturen ist ;daß * relativ jung und polizeilich eher "unbelastet" ist,hat ihn wohl zu der Annahme verleitet,daß sein Anwerbeversuch erfolgreich verlaufen könnte.PECH GEHABT!!

Seid vorsichtig! Wenn euch irgendetwas merkwürdig vorkommt,redet mit FreundInnen oder dem EA darüber - laßt euch nicht isolieren,denn das ist genau das worauf sie hoffen und was ihnen nützt.

Laßt euch nicht einschüchtern,es ist nicht euer "Fehler",daß ihr angesprochen wurdet.MACHT DEN ANWERBEVERSUCH ÖFFENTLICH!

Geht nicht aus Neugier oder mit dem Vorsatz hin,denen "sowieso nur Scheiß zu erzählen".Diese Leute sind dafür geschult,andere einzuwickeln und Informationen aus ihnen herauszulocken.Und:was nicht auf dich zutrifft ,kann auf andere zutreffen!

ANNA & ARTHUR HALTEN NACH WIE VOR DAS MAUL!
KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT BULLEN,VS UND STAATSSCHUTZ!!!
HALTET AUGEN UND OHREN OFFEN UND LAßT EUCH AUF NICHTS EIN!!!

kommando redenistsilberschweigenistgold

durch den Verfassungsschutz




Verdeckter Ermittler in Hamburg

Dieser Mann nennt sich "Stefan". Dieser Mann ist Polizist.

"Stefan" begann vor etwa zwei Jahren, in der Glasmoorgruppe mitzuarbeiten. Er arbeitete, soweit wir wissen, danach auch in weiteren Zusammenhängen mit: in der Prozessgruppe zum Prozess gegen Safran Eid sowie in einer Schicht im Cafe Exil. Er beteiligte sich an den Diskussionen um die IZI Besetzung der Flora und an der Plakatgruppe.

Er sagte, dass er davon lebt, in einem Malergeschäft von Verwandten Material auszufahren. Diese Arbeit sei unregelmässig.

Er gab eine Telefonnummer an, unter der er erreichbar war: 202600. Diese Telefonnummer gehört zu einem Anschluß in der Maxstrasse 16, Hamburg, auf den Namen S. Oberth. "Stefan" selbst gab seinen Nachnamen bei einer Gelegenheit mit Matthies an. Wir wissen nicht, wie "Stefan" heisst.
Ende Oktober hinterliess "Stefan" eine Nachricht. Er habe einen Vorstellungstermin bei einer Firma bei Basel. Seitdem hat ihn in Hamburg niemand mehr gesehen.

Zu dieser Zeit besuchte ein Mensch aus unserer Gruppe einFest an einem Ort ausserhalb Hamburgs. Auf diesem Fest traf er zufällig "STefan". "Stefan" verhielt sich so auffällig, dass Umstehende aufmerksam wurden und unser Gruppenmitglied fragten: Woher kennst denn ausgerechnet Du den, der ist doch Polizist. Es stellte sich heraus: in dieser Umgebung und an diesem Ort ist "Stefan" nur in seinem Beruf als Polizist bekannt. Er führt dort seit langem ein Leben, dass mit seinem Auftreten in Hamburg nichts gemeinsam hat.

Die Möglichkeit einer Verwechslung oder eines Missverständnisses wurde geprüft und wird von uns ausgeschlossen.
"Stefan" arbeitete also als verdeckter Ermittler in Hamburg. Damit er diese Arbeit weder hier noch anderswo fortsetzen kann, gibt es dieses Flugblatt.

Wir halten auch hier den Hinweis für richtig: Spekulationen über an dieser Sache beteiligte Personen oder weitere Details gefährden die beteiligten GeossInnen.

Für die Veröffentlichung übernehmen wir als Gruppe die Verantwortung

13.11.97 Gruppe Blauer Montag



Neu erschienen:

DER RECHTE RAND - Sonderheft Nr.2

„Der deutsche Ritt nach Osten“

Daß Deutschland größer sei als die Bundesrepublik und daß es insbesondere in Osteuropa einiges an Territorium anzugliedern gäbe, darin besteht zwischen Teilen der Unionsfraktion, den Vertriebenenverbänden und militanten Neonazis Einigkeit.

Doch was die einzelnen Vertreter am rechten Rand trennt, sind Motivationen, Strategien und konkrete kurz- und langfristige Ziele, die dem bereits begonnenen Ostritt zugrundeliegen.

Ist die Politik der Vertriebenenverbände für die bundesdeutsche Außenpolitik bedeutungslos oder ist sie ein wesentlicher Bestandteil?

Wie erklärt sich, daß hochrangige Vertriebenenfunktionäre die deutsche Regierung für den Verhandlungsverlauf des EU- und NATO-Beitritts von Polen und Tschechien kritisieren?

Wer bezahlt eigentlich den Drang nach Großdeutschland?

Spielen militante Neonazis derzeit im Geschäft um Osteuropa eine untergeordnete Rolle?

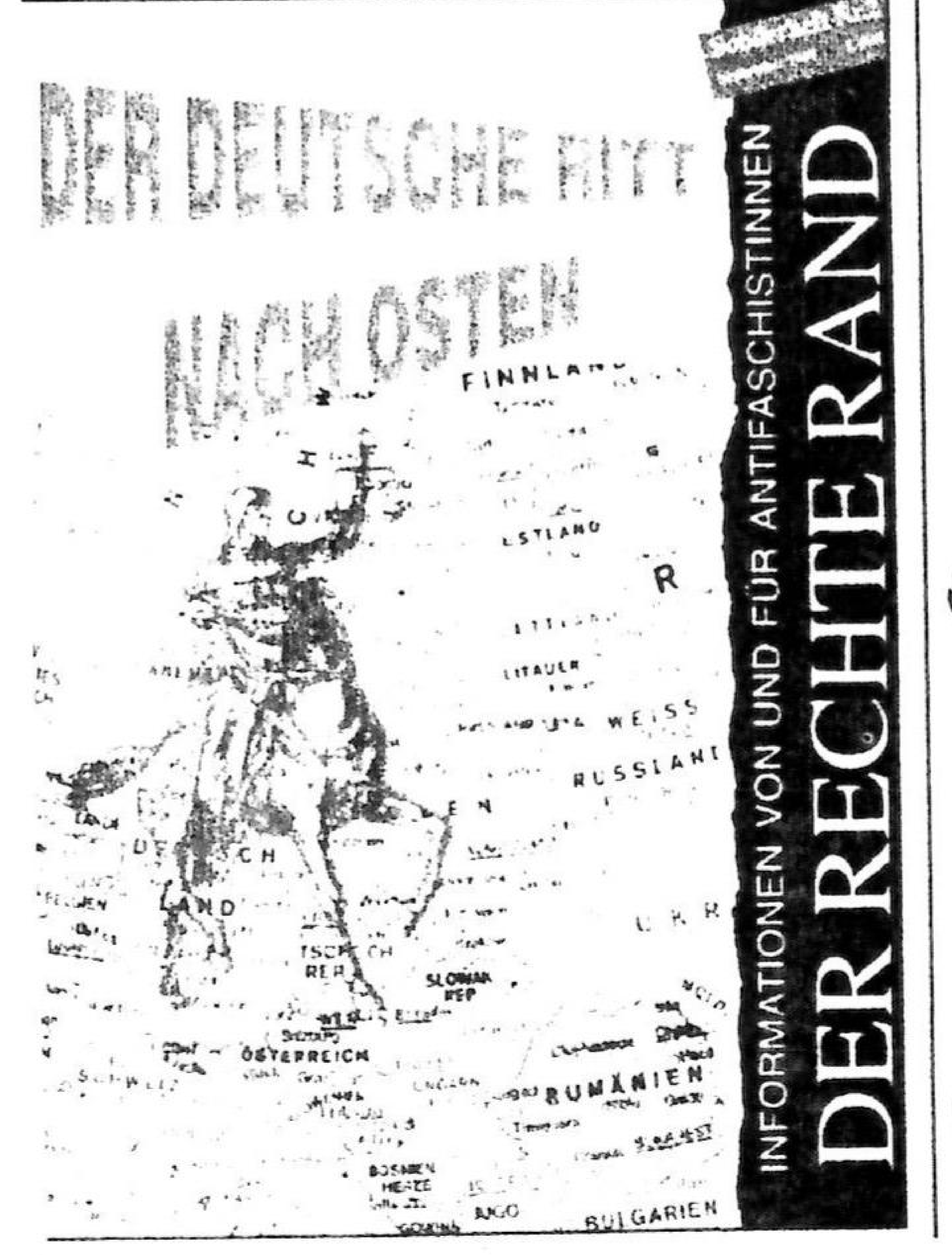
Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen und welche fällt der NATO zu?

Das Sonderheft Nr.2 der antifaschistischen Zeitschrift DER RECHTE RAND versucht, auf zahlreiche Fragen zur Strategie der „deutschen Heimholung des Ostens“ Antworten zu geben.

Wir beleuchten die verschiedenen Akteure und Organisationen mit ihren jeweiligen, durchaus divergierenden, Interessen.

Der antifaschistische Blick soll geschärft werden für die Vielfalt und Bandbreite rechter Wühlarbeit auf dem DEUTSCHEN RITT NACH OSTEN.

Einen Beitrag dazu haben wir versucht, mit diesem Sonderheft zu leisten.



Mit Beiträgen von:
Jörg Detjen, Joß Fritz, Olaf Goebel, Gudrun Hentges, Raimund Hethey, Axel Hoffmann, Ulla Jelpke, Ralf Jürgens, Volker Külow, Holger Kuhr, Felix Krebs, Samuel Salzborn, Sebastian Schwarz, Alexandra Stolze, Bernhard Wagner

DER RECHTE RAND Sonderheft Nr.2 - „Der deutsche Ritt nach Osten“. 40 Seiten, 5,- DM + 1,50 DM Porto. Buchläden erhalten die üblichen Rabatte. Bezug über die Redaktionsanschrift: DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover.

Wichtig für AbonnentInnen!
Das Sonderheft ist nicht Bestandteil des Abonnements der Zeitschrift DER RECHTE RAND, sondern muß auch von den AbonnentInnen unserer Zeitschrift extra angefordert oder in Infoläden, im Buchhandel, etc. erworben werden!

Der Traum von einer Sache

Politische Musik vom Protestsong zum Punk von Ernst Busch zu den Goldenen Zitronen vom Bauernkrieg bis heute

Drei Cassetten und ein Buch (im Schuber) kosten:
für Erwerbslose DM 45,–
für Verdienende DM 60,–

Alle Überschüsse werden direkt zur Unterstützung von Flüchtlingen verwandt.

Bestellung über:
IG Geschichte
c/o Infoladen UJZ Korn
Kornstr. 28 – 30
D - 30167 Hannover

Bezahlung nur gegen Vorkasse!

Gegen die Gerüchteküche

Laut Bullen und Presse kam es am 15. November am S-Bhf. Wartenberg zu einer Konfrontation zwischen „Anhängern der autonomen Szene“ und Mitgliedern der JN.

Laut Bullen griffen ca. 40 Autonome etwa 10 JN-Mitglieder an, von denen 4 verletzt wurden. Aus dem Internet der Neonazis ging hervor, daß einer der Verletzten Andreas Storr sei, dieser ist seit einigen Jahren Organisator und Anmelder mehrerer Nazidemonstrationen.

Die JN'ler befanden sich gerade auf dem Weg zu einem Konzert, das erste legale seit einem Jahr in Berlin. Angeblich wurde dieses von etwa mehreren hundert Neonazis aus ganz Deutschland besucht.

Einige Zeit nach den Auseinandersetzung kam es zu drei Festnahmen angeblich Beteiligter. Eine Person wurde bei der Festnahme von einem Zivi-Auto gerammt. Den drei Festgenommenen wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Bei ihren Wohnadressen wurden noch am selben Abend Razzien durchgeführt, bei denen aber nichts Belastendes gefunden wurde.

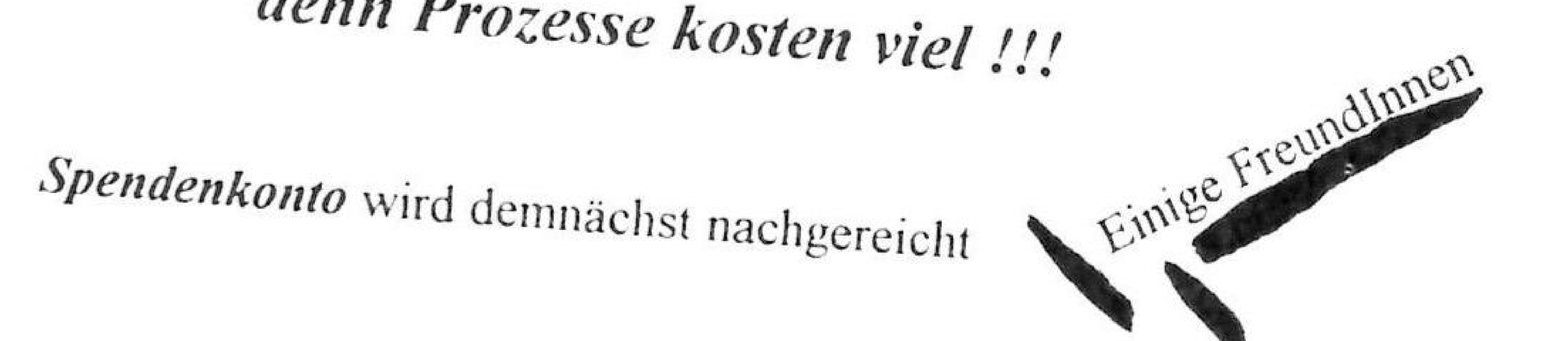
Am Sonntag, den 16. November wurden die Festgenommenen dem Haftrichter vorgeführt und wegen angeblicher Fluchtgefahr in U-Haft gesteckt. Zwei kamen nach Moabit, einer, weil er erst zwanzig ist, nach Plötzensee in den Jugendknast.

Am Freitag, den 21. November gab es spontane Knastkundgebungen, an denen etwa 50 Leute teilnahmen, um den Gefangenen Kraft zu geben.

Am Dienstag, den 25. November gab es Haftprüfungen für eine Person aus der JVA Moabit, bei der sich der Richter 2 Tage Zeit für die Entscheidung nahm, und der Person aus Plötzensee, diese wurde mit der Auflage, sich 4-mal die Woche bei den Bullen zu melden, freigelassen.

Am Donnerstag, den 27. November war die Haftprüfung für die zweite, in Moabit sitzende Person. Daraufhin wurden beide gegen jeweils 5000.- Kaution, und der Auflage sich 2- bzw. 3-mal die Woche bei den Bullen zu melden, freigelassen.

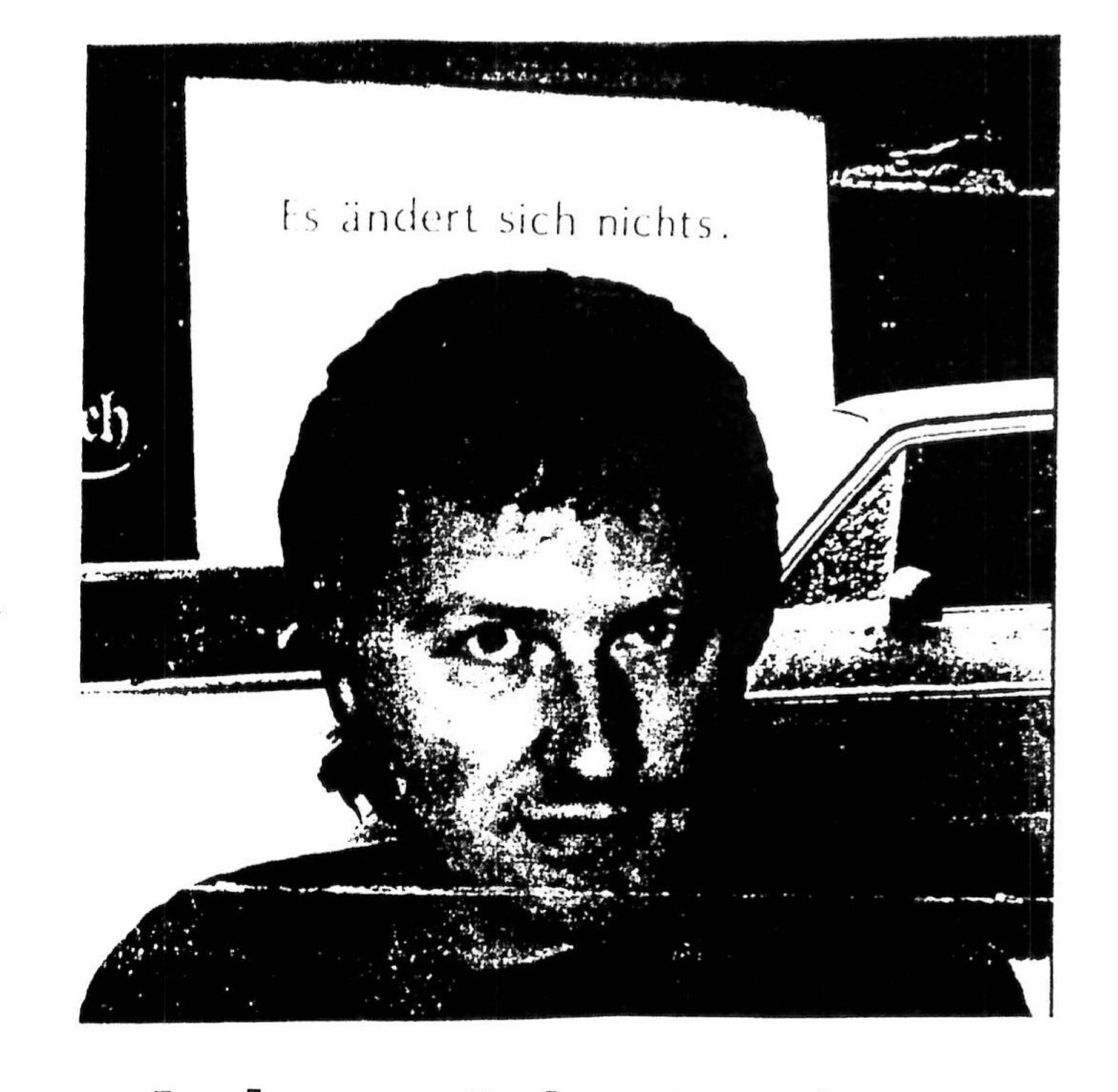
Allerdings besteht gegen alle drei immer noch der Vorwurf des schweren Landfriedensbruch, ob und wann es zu Prozessen kommt ist unklar, aber zu erwarten, deshalb; spendet reichlich ,





ACHTUNG !

Dieser Mann hat mehrere Kinder und Jugendliche sexuell mißbraucht!



Andreas Robert Kuhrt

- Päderast, **36 Jahre** alt, geb. 16.3.61
- Er nennt sich **Pipo**, Ping-Pong, Pong, Paschai oder Corleone.
- Wohnt in der **Gormannstr. 18** (Berlin-Mitte), Klingelschild: Corleone.

Er mißbraucht seit ca. 15 Jahren Jungen **im Alter** von ca. **9 bis 16.**

Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als Pipo zu veröffentlichen und *alle* aufzufordern, ihn aus sämtlichen (linken) Zusammenhängen auszugrenzen. Wenn Ihr mitbekommt, daß er versucht, woanders Fuß zu fassen, warnt die Leute !

> **Päderast / Päderastie:** .. (...) *Knabenliebe, liebende und geschlechtliche Zuwendung einer Person männlichen Geschlechts zu Knaben im Alter von meist 12 - 18 Jahren (nicht zu verwechseln mit Pädophilie)."*
> [Psychrembel: Klinisches Wörterbuch, 256. Auflage (Berlin: Walter de Gruyter, 1990)]

Pipo kann dieser Definition entsprechend als **Päderast** bezeichnet werden. Allerdings zeichnet sich ab, daß er auch noch jüngere Jungs mißbraucht. Pipo ist nicht schwul. Es handelt sich um ein typisches päderastes Tarnargument. Päderasten/Pädophile entwickeln Muster mit denen sie an neue Jungs herankommen: vom Mißbrauch sich prostituierender Jungs über den Beruf als Lehrer, Sozialpädagoge etc. bis zu Wohn- und Lebensgemeinschaften und sowohl subkulturellen als auch politischen Gruppen ('Indianerkommune').

Verantwortung:

1) Wir haben allen uns bekannten Menschen, die etwas mit der Geschichte zu tun haben, zweimal die Möglichkeit zur Auseinandersetzung zu der anstehenden Veröffentlichung gegeben.

2) Pipo ist im Vorfeld dieser Veröffentlichung nochmals mehrmals aufgefordert worden, sich einer überprüfbaren Auseinandersetzung zu stellen. Er hat sich dem verweigert.

3) Er ist darauf hingewiesen worden, daß er den Prozeß der Öffentlichmachung jederzeit unterbrechen kann, wenn er bereit ist, sich einer solchen Auseinandersetzung zu stellen und sexuelle Kontakte zu Kindern und Jugendlichen zu unterlassen.

4) Pipo hat in der Vergangenheit mehrfach Suiziddrohungen als Druckmittel eingesetzt, sei es, wenn ihn jemand verlassen wollte, sei es in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Nur Pipo trägt die Verantwortung für alles was er tut

Pipo hat in Berlin (und möglicherweise in Leipzig) mehrere linke Jugendgruppen aufgebaut. Er hatte mit zahlreichen männlichen Jugendlichen zwischen 11 und 16 Jahren aus diesen Gruppen sexuelle Kontakte/Beziehungen. Mehrere Jugendliche bezeichnen diese sexuellen Kontakte/Beziehungen im nachhinein als sexuelle Übergriffe, bzw. sexuellen Mißbrauch, bzw. die Struktur als Mißbrauchsstruktur!
Pipo hat sich bisher allen Aufforderungen, sein Verhalten zu ändern und sexuelle Kontakte mit Jugendlichen zu unterlassen, entzogen!
Andreas Robert Kuhrt, genannt **Pipo**, ehemals **Ping-Pong**, **Pong**, oder **Paschai**, ist der Päderast **XY** um den 1995/96 in der *Interim* eine Debatte geführt wurde.
Wir haben uns jetzt entschlossen, ihn öffentlich zu machen und wollen im folgenden anfangen, seine Geschichte und die Geschichte der Auseinandersetzung nachzuzeichnen. Wir wollen damit versuchen der Frage nachzugehen, wie er jahrelang verhältnismäßig unbehelligt in der Szene agieren und seine Mißbrauchsstrukturen aufbauen konnte. Weiterhin wollen wir den Prozeß aufzeigen, der zu dieser Veröffentlichung geführt hat.
„Wir", das sind mehrere Männer, die an verschiedenen Punkten, in verschiedenen Gruppen und in unterschiedlichem Maße in den letzten Jahren an der Auseinandersetzung beteiligt waren.
Dieses Papier wird subjektiv sein und kann nur eine Zwischenbilanz in Richtung einer umfassenden Aufarbeitung sein. Von daher würden wir uns über Stellungnahmen von anderen freuen.
Wenn im folgenden an einigen Punkten einiges unkonkret wirken mag, so bitten wir zu bedenken, daß der *Schutz* ***der von der Veröffentlichung Betroffenen*** manche scheinbar unkonkrete Formulierung erfordert.

Pipos Geschichte bis 1989

Pipo hat eine lange Karriere in der linken Szene hinter sich. Mit ca. 20 Jahren kam er gegen Ende des Westberliner Häuserkampfes Anfang der 80er in die Szene. Er engagierte sich im Bereich Internationalismus und im antifaschistischen Kampf. Aus dieser Zeit ist er als Paschai bekannt.
Er hatte anfangs Beziehungen mit etwa gleichaltrigen, nur „geringfügig jüngeren" Jugendlichen. Im Nachhinein wurden auch aus dieser Zeit die ersten sexuellen Übergriffe bekannt. Auch unternahm er im Rauchhaus-Umfeld erste Versuche zur Gründung von Jugendlichen-Gruppen.
In den folgenden Jahren, bis zum heutigen Tag ist das Alter seiner „Sexual- und Beziehungspartner" gleich geblieben, d.h. zwischen 11 und 16 Jahren, mit gelegentlichen Abweichungen um ein oder zwei Jahre nach oben oder unten - während er selber älter wurde. Die Altersdifferenz zu den Jungs beträgt heute nicht mehr drei oder vier, sondern um die zwanzig Jahre.
Pipo wohnte fast die ganzen Jahre mit Jugendlichen zusammen. Über viele Jahre hatte er kein regelmäßiges Einkommen und lebte zum Teil auch von dem Geld, das die Jugendlichen ranschleppten oder das sie gemeinsam, zum Teil durch Handverkauf von Zeitungen, angeblich zugunsten politischer Projekte, verdienten.
Mitte der 80er initiierte er dann seine erste uns klar bekannte „linke Jugendgruppe".

Schuld?
Schuld-gefühle und sexueller Mißbrauch sind Dinge, die eng miteinander verwoben sind. Meist fühlen sich die *„Opfer"* schuldig. Dies ist direkte Folge der Strategien der TäterInnen ihren Opfern Verantwortung für den Mißbrauch zu suggerieren. Im Fall von Pipo gibt es ein wesentliches Schuld-moment, welches nicht übersehen werden kann.
Voraussetzung einer konstruktiven Auseinandersetzung mit „Schuld" ist zuallererst die Erkenntnis, daß „Schuld" eine Kategorie ist, die Auseinandersetzung verhindert; keine, die Raum schafft, Verantwortung zu übernehmen:
Die linksradikal-autonome Szene hat 15 Jahre lang eine (mehrere) Mißbrauchsstruktur(en) mitgetragen und geschützt. Dies zu verstehen, fällt nicht leicht. Wir wollen uns als Beispiel nehmen: Wir haben Pipo erst angreifen können, als wir teilweise begonnen hatten, uns mit unseren eigenen Mißbrauchsgeschichten auseinanderzusetzen. Dies wurde erst im Rahmen der fortschreitenden gesellschaftlichen Wahrnehmung von sexuellem Mißbrauch möglich. Sexueller Mißbrauch an Jungen ist erst seit ein paar Jahren überhaupt in der Diskussion. Kein Wunder also, daß Pipos Mißbrauchsstrukturen nicht erkannt wurden. Schuld behindert den Prozeß der Aufarbeitung! Wer jetzt allerdings noch Pipo verteidigt, kann sich mit nichts 'rausreden und ist aktiver Täterschützer!
Es reicht !!!

Es gelang ihm, über diese Gruppe und die teilweise damit vermischten Wohnzusammenhänge zahlreiche Jugendliche an sich zu binden. Mit vielen hatte er auch „sexuelle Beziehungen".

Wurden diese Jugendlichen zu alt für ihn, fingen sie an, sich für gleichaltrige Mädchen oder andere Jungs zu interessieren, oder beendeten sie von sich aus die Beziehung zu ihm, folgten andere Kids aus der Jugendgruppe oder der WG. Dabei verliefen diese Loslösungsversuche der Jugendlichen keineswegs problemlos.
Vielmehr wurden einige von Pipo oftmals ganz massiv z.B. mit *Suiziddrohungen oder demonstrativem Leiden* unter Druck gesetzt. Diese Verhaltensweise tauchte die ganzen Jahre über immer wieder auf.
Ein zweites Muster zog sich auch die ganzen Jahre durch. Pipo testete die Jugendlichen aus: Er sprach sie oft schon beim ersten Kennenlernen an, er sei schwul, ob sie was dagegen hätten. Darüber hinaus suchte er sehr schnell körperlichen Kontakt. An der Reaktion der Jugendlichen konnte er ablesen, bei wem es sich für ihn lohnte, weiterzumachen. Oft kam dann am zweiten Abend die Frage, ob sie nicht bei ihm schlafen wollten. Jugendlichen, die sich bis hierher nicht klar von ihm abgegrenzt hatten, fiel es später oft schwer, sich zu wehren, wenn Pipo Initiativen startete, die ihnen unangenehm waren und die als sexuelle Übergriffe, bzw. sexueller Mißbrauch bezeichnet werden müssen.
Er hat eine Situation und Struktur geschaffen, in der ein „Nein" für die von ihm angebaggerten Jugendlichen oft nur schwer zu artikulieren war. So konnte er es sich leisten, wenn es doch zu einem sehr klaren „Nein" kam, das zu „respektieren". Allerdings mußten die Jugendlichen danach mit Mißachtung und Gruppendruck rechnen. Kritische Jugendliche, die Pipo als Mittelpunkt in Frage stellten, wurden durch ihn rausgeekelt. Um die anderen, die ihn anerkannt haben, hat er sich gekümmert, egal ob er sie anbaggern konnte oder nicht.
Mitte der 80er änderte Pipo seinen Namen von Paschai in Ping-Pong, woraus dann später Pong und Pipo wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurde unseres Wissens sein Verhalten erstmalig in Teilen der politischen Zusammenhänge, in denen er sich bewegte, hinterfragt. Damals schrieb er ein internes Papier, in dem er seine eigene Mißbrauchserfahrung offenlegte.
Er argumentierte, daß er seitdem Angst vor „Erwachsenen-Sexualität" habe und deshalb seine Sexualität mit Jugendlichen lebe. Aufgrund des selber erlebten Mißbrauchs habe er die Erfahrung und das Wissen um seine Sexualität mit Jugendlichen so zu leben, daß er sie nicht mißbrauche. Er wisse natürlich, daß das sehr schwierig und problematisch sei. Damals tauchte auch der Argumentationsstrang auf, daß er ja selber eine Altersuntergrenze ziehen würde. Unseres Wissens zog er sie damals bei zwölf oder vierzehn. (Beide Altersgrenzen hat er nicht eingehalten.) Die öffentliche Auseinandersetzung um sexuellen Mißbrauch war damals nicht sonderlich weit entwickelt und so kam Pipo mit diesen Aussagen davon.

Es blieb bei den DiskutantInnen das Bild, Pipo sei im Grunde als Jugendlicher stehengeblieben und er müsse natürlich mal anfangen, erwachsen zu werden, aber alles in Ruhe und ohne Streß. Im Moment passiere ja nichts schlimmes.

Die Zeit von 1989 - 1995

Nach der Annexion der DDR zog Pipo nach Ostberlin und lebte in mehreren besetzten Häusern. 1991 ist er aus einem besetzten Haus in Friedrichshain rausgeflogen. Ein Teil der dort lebenden Leute hatte erfahren, daß er ein Pädophiler/Päderast war und wollte deshalb nicht mit ihm zusammen wohnen.
Einige Jugendliche brachen mit Pipo, andere solidarisierten sich. Die Verteidiger sahen in Pipo in erster Linie ein Opfer (sowohl der Verhältnisse unter denen er aufwuchs, als auch des in ihren Augen ungerechtfertigten Rausschmisses). Sie versicherten, Pipo sei sich der Problematik seiner Beziehungen bewußt, bereit zur Reflexion, und habe zugesagt, keine Beziehungen mehr zu unter 16jährigen aufzunehmen (mittlerweile ist er mit 9jährigen unterwegs). Als Beispiel wurde die Auseinandersetzung mit der damaligen Jugendgruppe genannt, um Pipos Führungsposition und sein abwertendes Verhältnis zu Mädchen. Einige Ältere aus der Jugendgruppe erklärten, sie würden an ihm dranbleiben und mit ihm eine Auseinandersetzung führen. Pipo selber setzte sich nach dem Rausschmiß für ein halbes Jahr nach Leipzig ab.
Leider war das „Dranbleiben" eine Selbstüberschätzung und eine Ruhigstellung der KritikerInnen von Pipo. So konnte er relativ ungestört weitermachen. Deshalb begannen einige Menschen aus Berlin-Friedrichshain 1993/1994 eine Diskussion um Päderastie und Pipo in der *Interim*. Er wurde nicht namentlich genannt, sondern lief unter den Kürzeln „M" und vor allem „XY". Diese Debatte wurde von den Jugendlichen um Pipo als persönlicher Angriff gewertet. Dementsprechend vehement warfen sich einige von ihnen für Pipo in die Bresche. Die Erwachsenen, die mit Pipo zu tun hatten, erleichterten sich die Diskussion, indem sie die Kritik an Pipos Mißbrauchsstruktur zu einem politischen Angriff umdefinierten. Darüber hinaus waren sie der Ansicht, Pipo setze sich *kritisch* mit den Vorwürfen auseinander und wenn jemand in der Lage wäre, gleichberechtigte sexuelle Beziehungen zu Jugendlichen zu leben, dann sei es Pipo. Diese Reaktionen tauchten auch in der Diskussion - zwei Jahre später - wieder auf. Pipo selber äußerte sich nicht öffentlich und konnte diese Debatte wiederum aussitzen.

1995 - heute

1995 erfuhren einige Männer, die teils aufgrund eigener Erfahrungen angefangen hatten sich mit dem Thema sexueller Mißbrauch auseinanderzusetzen, von Pipo. Nach langen Diskussionen eröffneten sie als „Fraktion gegen Nebenwidersprüche" eine neue Auseinandersetzung in der *Interim*. Ihnen waren zu diesem Zeitpunkt mehrere Berichte von Jugendlichen/ehemaligen Jugendlichen bekannt, die mit Pipo sexuelle Kontakte gehabt hatten. Diese Berichte gehörten in die Kategorie Sexueller Übergriff, bzw. sexueller Mißbrauch. Die Betroffenen hatten zum Teil aber Schwierigkeiten, selbst den Begriff „sexueller Mißbrauch" zu benutzen und wollten nicht öffentlich genannt werden. Die „Fraktion gegen Nebenwidersprüche" versuchte deshalb, die Struktur des Mißbrauchs in den Mittelpunkt zu stellen. Sie wollten damit vermeiden, daß bei einzelnen Jugendlichen das Gefühl entsteht, andere würden bestimmen, was sie zu fühlen hätten. Der Päderast ist derjenige, der andere, die ihm, u.a. wegen des Alters, an Erfahrung und Macht unterlegen sind, manipuliert, belügt, anbaggert, ausnutzt und letztlich mißbraucht. Er schafft sich eine Struktur aufgrund derer es angemessen ist, im Bezug auf sein Handeln, von sexuellem Mißbrauch zu reden.
Wir wissen inzwischen, daß die meisten Jugendlichen aus Pipos engerem Umfeld die Papiere nicht (oder nicht vollständig) gelesen haben, und ohne genauer nachzufragen die Unterschriftenlisten zu seiner Verteidigung unterschrieben haben. Die Öffentlichmachung von Pipo, auch in der anonymisierten Form als XY, stellte einen solchen Angriff dar, daß es so schien als würde die inhaltliche Auseinandersetzung fast unter den Tisch fallen. So entstand genau das Gefühl, was die „Fraktion gegen Nebenwidersprüche" eigentlich vermeiden wollte: *„Da kommen welche von außen und maßen sich an, zu sagen, was ich zu fühlen habe"*.
Diese Stimmung wurde von Pipo (natürlich) geschürt. Die Atmosphäre war die einer Festung, in der sich alle gemeinsam gegen die Angriffe von außen verteidigen. Für Zwischentöne und Bauchschmerzen war da kein Platz. Für die Erwachsenen in Pipos Umfeld stand nach ihren Aussagen an oberster Stelle die Loyalität zu den Jugendlichen. So lange diese zu Pipo stünden, würden auch sie ihn verteidigen.
Lediglich ein „Opfer", das bereit gewesen wäre, sich als mißbraucht zu outen, hätte dies wohl erschüttern können. **Die Erwachsenen übergaben so ihre Verantwortung an die Jugendlichen.**
Dennoch verlief diese Diskussion trotz aller Polemik und Verhärtung positiver als die zwei Jahre zuvor: Sie erreichte eine wesentlich größere Breite und im Bewußtsein zu sexuellem Mißbrauch hatte sich einiges verändert. Es faselte niemand mehr von

einvernehmlicher Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen.
Pipo sah sich gezwungen zu dementieren, daß er sich selber noch vor wenigen Jahren offen als pädophil bekannt hatte. Er argumentierte intern vielmehr, daß ihn die Vorwürfe betroffen machten. Er könne sich nicht vorstellen, daß sie aus jüngerer Zeit wären. Früher wären ihm vielleicht mal Übergriffe passiert, heute habe er mehr Erfahrung und würde so etwas vermeiden (!). Er wüßte gerne, um wen es geht, damit er sich damit auseinandersetzen könne. Was folgte, war eine vergebliche Suche einiger VerteidigerInnen und Pipos nach denjenigen, die offensichtlich irgendwas erzählt hatten, wobei mehrere zu Unrecht verdächtigt wurden. Daß sich niemand finden ließ, wurde dann als Beweis gesehen, daß alles aus der Luft gegriffen war.
Nach außen hin wurde wieder mal von Pipos VerteidigerInnen mit von Pipo angeblich eingehaltenen Altersgrenzen, seiner Veränderungsbereitschaft und ihrer „sozialen Kontrolle" argumentiert.
Nach einer Veranstaltung im EX im Februar '96 schlief die öffentliche Diskussion endgültig ein. Es schien alles gesagt und die Fronten schienen unverrückbar verhärtet. Zum Glück ging es aber hinter den Kulissen weiter.
Einige Jugendliche fingen vorsichtig an, sich auszutauschen und Pipos Verhalten kritischer zu beleuchten. Es entstand im Herbst 1996 ein internes Papier, mit dem sie gegen Pipos Verhalten Position bezogen und es zum ersten Mal als Mißbrauch bezeichneten. Sie wandten sich damit vor allem an die 'anderen' Jugendlichen und an die Erwachsenen aus Pipos Umfeld. Mit der Hilfe der Erwachsenen wurde Pipo gezwungen aus der gemeinsamen Wohnung auszuziehen. Er verließ die Jugendgruppe und räumte sein Büro in den politischen Strukturen, in denen er sich bisher bewegt hatte.
Innerhalb der Jugendgruppe kam es (nicht nur wegen Pipo) zu schweren Auseinandersetzungen. Es gibt nach wie vor Jugendliche, die Pipo verteidigen und mit ihm zu tun haben. Ihre Argumentationen sind nach wie vor die alten.
Einige aus dem erwachsenen Umfeld von Pipo versuchten, an ihm dranzubleiben und mit ihm eine Auseinandersetzung mit dem Ziel zu führen, daß er sich ändert. Eine der wenigen konkreten Sachen, die dabei rumgekommen ist, ist daß Pipo einen Taxischein gemacht hat, um ein regelmäßigeres Einkommen zu haben. Die mit ihm Diskutierenden mußten aber die Erfahrung machen, daß er zwar bereit war nett rumzulabern, in dem Moment, wo es aber konkreter um Veränderungen ging, die Auseinandersetzung verweigerte und nach Strich und Faden log. Als sie ihm dies vorhielten, brach er den Kontakt mit ihnen ab.

Die Mißbrauchs*struktur*

Die Jugendlichen, die Pipo letztendlich aus der Szene hinausgeworfen haben, machen das Mißbräuliche, Ausbeuterische an der von Pipo für seine Interessen konstruierten Gesamtstruktur fest. Wie immer bei sexuellen Mißbrauch sind nicht allein die sexuellen Handlungen der Mißbrauch.
Wir zitieren aus den Papieren der Jugendlichen:

„XY hatte in den letzten Jahren nur Beziehungen zu 'Schwächeren'.
Es ist eine Fixierung auf eine bestimmte 'Art' von Jugendlichen. Diese Fixierung und die Kontinuität der Beziehungen ist Mißbrauch! Die ständigen und fast nahtlos-in-einander-übergehenden Beziehungen liefen und laufen meist nach dem gleichen oder einem ähnlichen Muster ab.
Sie sind somit nicht individuelle Liebesbeziehungen, wie bei anderen Pärchen. Gerade die 'Gleichheit' der Beziehungen steht für uns für (sexuellen) Mißbrauch."

„Wir können sicher nicht beurteilen, wie oft sich jemand wie schnell in jemanden verliebt, wenn wir aber sehen, daß in einem Zeitraum von mehreren Jahren, jedes halbe Jahr ein neues eingerahmtes Foto und ein neues selbstgeschriebenes Buch ein altes ersetzt, dann kommen wir ins zweifeln, ob es alles nur gespielt, sondern erstunken und erlogen ist!"

„Die Jugendlichen sind dann oft in einem Alter, in dem sie auf der Suche nach neuen Wegen sind und sich neu orientieren wollen. Hier springt Pipo ein und füllt klar die Lücken, die die Jugendlichen haben. Einige Lücken schafft er noch zusätzlich, damit er sie füllen kann, indem er z.B. Ärger mit den Eltern provoziert und anschließend die Trennung vom Elternhaus als die einzige Lösung aufzeigt."

„Die Stellung von Pipo in der alten Gruppe war immer klar: offiziell ist er ein Mitglied, real war er der Chef."

„Ein gutes Beispiel ist die neu gegründete Gruppe 'x'. (...) Daß Pipo nie von selbst mit uns und in der alten Gruppe über diese Dinge (und vor allem über die Interim-Vorwürfe) gesprochen hat, ist nur eine Bestätigung dafür, daß die 'x-Jungen' nur den Pipo, der sich um alles kümmert und sie jeden Tag auf dem Schulhof besucht, kennen."

„Ganz offen sah es zum Teil so aus, daß er mit Selbstmord drohte. Die Ankündigungen zum Selbstmord sorgten dafür, daß die Jugendlichen bei XY blieben."

„Als wir jedoch erfuhren, daß sich Mädchen von XY schlechter behandelt fühlen, weil sie das falsche Geschlecht haben, wurde uns einiges klar."

„Zum Teil ruhte er sich auf seinem "Opferstatus", als jemand der selbst mißbraucht wurde, aus, und sagte, daß er ja niemanden mißbrauchen könne, weil er selbst weiß, wie scheiße das ist."

sinngemäß: Nach einer eventuellen Anzeige von Eltern gegen Pipo sagte er *„daß es Freunde gäbe, die dann die Eltern mal besuchen würden".*

„In letzter Zeit hat Pipo Kontakt zu Jungen, die sicher nicht älter als 9 Jahre alt sind. Auf die Frage, ob der Umgang nicht doch etwas jung sei, antwortete Pipo: "ich geh ja nicht mit ihm ins Bett". Daran haben selbst wir nicht geglaubt."

Der gegenwärtige Stand (soweit uns bekannt)

Pipo bewegt sich heute kaum noch in der linksradikalen/autonomen Szene.
Er hat seit seinem Rausschmiß aus der „Szene" verschiedene Versuche gemacht, an neue Jugendliche 'ranzukommen:

⇒ er hat sich bei der katholischen (!) Jugend als Leiter von Jugendgruppenreisen in der Altersgruppe von 8-15 Jahren beworben (siehe letzte Seite).
⇒ er hatte die neue „x"-Jugendgruppe gegründet, die er mittlerweile wieder verlassen hat
⇒ er wollte (wieder) eine Jugendzeitung machen
⇒ er wurde auf Punkkonzerten gesehen und versucht dort und am Alex Kids anzubaggern.

⇒ er fälscht Aufkleber der Jugendgruppe aus der er rausgeschmissen wurde, um diese politisch zu diffamieren.
⇒ er pöbelt auf der Straße Jugendliche an, die sich gegen ihn gestellt haben.
⇒ er hat das Buch „Eine Reise durch die Ackerstraße" veröffentlicht und versucht darüber an Teile der Grünen 'ranzukommen. Wahrscheinlich ist ihm die pädofreundliche Geschichte der Partei nur allzu bekannt. Für dieses Buch hat per Straßenaushang nach Interviewpartner gesucht - Altersgruppe: 8-14.
⇒ er hat vor ein weiteres Buch über die Brunnenstraße zu schreiben. In einem Brief zur Vorstellung des Buchprojekts wird seine Adresse (Gormannstraße 18) als offizielle Anlaufstelle genannt.

Dies ist seine Visitenkarte:



Die Tatsache, daß Pipo aus der Szene rausgeflogen ist und seine Öffentlichmachung lösen nicht das Problem, daß er Päderast ist. Solange er sein Verhalten nicht ändert, muß es unsere Aufgabe sein, zu verhindern, daß er Kinder und Jugendliche sexuell mißbraucht.
Nach Pipos Angaben kennt er noch mehr Pädos in der Linken: *„aber die trauen sich nicht, das offen zu sagen - und ich kriege den Ärger ab".*

Wenn Pipo irgendwo auftaucht, warnt die Leute. Laßt euch nicht von seinem Geschwätz einwickeln! Es könnte gut sein, daß er aus Berlin verschwindet, um woanders Kinder und Jugendliche zu mißbrauchen.

Kein Raum für sexuellen Mißbrauch und sexuelle Ausbeutung! Wer schweigt stimmt zu!

Kontakt über Tauwetter

„Fraktion gegen Nebenwidersprüche" u.a.

Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin

Auf der Flucht ...

Der Roman „Friß und stirb trotzdem" von Raul Zelik, angelehnt an die Kaindl-Aktion, hinterläßt zwiespältige Gefühle: gut und spannend erzählt, trotzdem bleiben die ProtagonistInnen und der Hintergrund blaß

Flucht und Exil sind im deutschsprachigen Raum meist anderswo verortet. Entweder historisch, als Flucht vor den Nazis und Auswandern nach Amerika. Oder in anderen Ländern, zum Beispiel Türkei/Kurdistan, als Flucht hierher. Doch auch hier ist ab und zu jemand gezwungen, überhastet seine Zahnbürste einzupacken und zu flüchten, weil er/sie von den Repressionsorganen des Staates gesucht wird. Erinnert sei nur an die drei - wegen der versuchten Sprengung des Abschiebeknastes in Berlin-Grünau - nun seit über zwei Jahren Gesuchten. Oder an die Menschen, die im November 1993 plötzlich wegen „Mord" an dem Faschisten Kaindl auf der Fahndungsliste standen.

Eine dieser Fluchtgeschichten erzählt der Roman „Friß und stirb trotzdem", der den Tod des Faschisten Kaindl zum Ausgangspunkt hat. Im April 1992 überfallen AntifaschistInnen ein Restaurant in Berlin-Neukölln, in dem ein Essen von lokalen Nazi-Funktionären stattfindet. Dabei wird der Nazi Kaindl erstochen. In der Folge setzt eine beispiellose Hetzjagd des Staatsschutzes auf die vermuteten TäterInnen ein. Erst eineinhalb Jahre nach der Tat hat der Staatsschutz durch die Aussagen von zwei beteiligten Jugendlichen genügend „Beweise", um gegen fast ein Dutzend weitere Personen Haftbefehle wegen „Mord" in die Hand zu bekommen. Ein Teil der nun Gesuchten kann sich der Verhaftung erfolgreich durch Flucht entziehen.

Soweit der Handlungsrahmen: konkret erzählt der Roman die Geschichte des Ich-Erzählers, der mit in die Aktion hineingestolpert, ansonsten zwischen Rumhängen, gelegentlichen Jobs, Basketballspielen und hier und da mal eine politische Unterstützungsaktion relativ perspektivlos in Kreuzberg vor sich hinlebt. Bis ihm auf einmal von einer Freundin klar gemacht wird, daß nun auch gegen ihn wegen der Kaindl-Sache ein Haftbefehl besteht. So beginnt seine unfreiwillige Flucht quer durch Europa. Sie endet mit dem Abflug aus Amsterdam und der Hoffnung, an seinem vorbereiteten Exilort in einem Trikont-Land ein neues Leben aufbauen und „etwas Sinnvolles tun" zu können.

Die Storie ist gut und spannend erzählt. Besonders im zweiten Teil gelingt es Raul Zelik, einen die Dynamik der Flucht und die ständige Angst vor dem Entdeckt- und Verhaftet-Werden, spüren zu lassen. Er erzählt von den Problemen, neue Papiere zu beschaffen, und dem Vertrauen, das von einem gegenüber völlig fremden Leuten aufgebracht werden muß. Und von der Hilfe, die er wie selbstverständlich von diesen erfährt. Es überrascht ihn, daß die Lebensperspektive der Flucht für Zehntausende von LateinamerikanerInnen seit 30 Jahren „normal" ist. Dazu kommt der ständige Druck der Fahnungsapperate, die die kleinsten Nebensächlichkeiten benutzen können, um dem Ich-Erzähler auf den Fersen zu bleiben. Am Ende entkommt er ihnen knapp.

Trotzdem läßt einen das Buch auch verärgert zurück. Dies beginnt bei der Sprachform. Das dauernde Passiv, besonders im ersten Kapitel, daß alles als von Außen auf den Ich-Erzähler hereinbrechende Ereignisse darstellt, als wäre er kein eigenverantwortlicher Mensch. „Der Anfang hat mit mir herzlich wenig zu tun" lautet der erste Satz und konstruiert die entsprechende Athmosphäre. Ist er nun mitgegangen beim Überfall auf das Restaurant oder nicht, möchte man sofort einwenden. Diese Form der Beschreibung läßt keine aktive Subjektivität entstehen und entpolitisiert. Hier wird die Sprachform zum Inhalt: nicht Passiv, Aktiv wäre „die Wahrheit". Auch sonst, die nur eine Subszene in der Subkultur betreffenden Beschreibungen, als ob das alles wäre. Waren denn bei der Kaindl-Aktion nicht noch ein paar mehr Leute, aus unterschiedlichen „Szenen", dabei? Warum muß das Gegenteil eines - zum Glück nicht geschriebenen antifaschistischen Heldenromans - das subjektlose Umherstolpern einer Randfigur sein? War Kaindl nicht der Höhepunkt einer bestimmten antifaschistischen Politik, die bewußt betrieben wurde? Müssen denn - aus Angst, zuviel aus dem Innern der Szene zu verraten - die Personen so oberflächlich, blaß und ohne Tiefgang bleiben? Gab es in dieser Szene nie Fragen und Zweifel an sich selbst? Wäre es nicht besser gewesen - immer gesetzt, man will einen Roman über die Kaindl-Geschichte schreiben - den Weg von drei unterschiedlichen Personen parallel und gegeneinandermontiert durch die Ereignisse zu verfolgen?

Der Klappentext des Buches legt nahe, „daß der Autor von den Ereignissen erzählt, die als Kaindl-Fall bekannt geworden sind". Wer dies in dem Buch sucht, wird es nicht finden. Doch ist dies die Intention von Raul Zelik? Will er etwas über ein „geschichtliches" Ereignis oder „seine" Geschichte erzählen?

Was kann man als Meßlatte an Literatur anlegen, die politische Ereignisse zumindest zum Hintergrund haben will? Ist ein Buch, sobald es als Literatur daherkommt, jenseits aller Kritik? Reicht „gut und spannend erzählt" wirklich aus? Kann man nicht erwarten, daß Literatur es schafft, in irgendeiner Weise eine etwas allgemeingültigere Interpretation der Ereignisse sprachlich auszudrücken? Zeigen uns nicht „literarische Handwerker" wie Stefan Heym oder Klaus Kordon, daß es sehr wohl möglich ist, politische Themen literarisch zu behandeln?

Raul Zeliks Roman-Debüt ist nur ein Mosaiksteinchen in einer viel größeren und widersprüchlicheren Geschichte. Und so ist sein Buch leider auch eine verpaßte Chance. Trotzdem: über die autonome und andere politisch-widerspenstige Subkulturen gibt es kaum Literatur. Die wenigen Romane und Erzählungen, die es gibt, sind daher schon des Versuches wegen zu loben, auch wenn sie einen mit vielen Fragen zurücklassen.

Benjamin Kaminski

Raul Zelik
Friss und stirb trotzdem
Roman, Edition Nautilus, Hamburg 1997
28.-Mark, ISBN 3 89401 279 X

Kontrollgesellschaft online!

Online ist das Zauberwort der 90er Jahre. Kaum eine Technologie hat – ohne daß wir es noch recht merken – unseren Alltag so verändert wie die neuen High-TechKommunikationsmittel. Regionale, landesweite und internationale Netzwerke tauschen in Sekunden Daten aus und machen so das Leben leichter, aber auch gefährlicher. Das gilt für internationale Fahndungs- und Kontrollsysteme wie das »Schengen Informationssystem« (SIS) und Europol, aber auch für inländische Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Polizeinetzwerke.

Die neuen Kommunikationstechniken verbinden Menschen über Grenzen und Kontinente hinweg, aber sie grenzt auch aus, und sie eröffnet Möglichkeiten der Kontrolle, wie sie bis dato noch unvorstellbar waren. Wo immer wir uns in der Welt der elektronischen Kommunikation bewegen, hinterlassen wir unsere Spuren.

Auf diese Schattenseiten der Informationsgesellschaft weist der Schweizer Publizist und Jurist Beat Leuthardt in seinem Buch: »Leben online« hin. Er redet dabei keineswegs einer grundsätzlichen Technikfeindlichkeit das Wort, sondern setzt sich für einen kritischen Umgang mit den neuen Möglichkeiten ein.

Wenn wir ein Kaufhaus oder einen Supermarkt betreten, sind Videokameras auf uns gerichtet, schließlich sind wir ja eine potentielle Diebin bzw. Dieb. Natürlich überwachen die Kameras auch das Personal. Aber daran haben wir uns wohl schon gewöhnt. Ständig werden unsere Daten gesammelt, oft ohne daß wir davon wissen. Dies muß nicht aus Gründen der Überwachung geschehen. Doch die Übergänge sind fließend. Etwa bei der Autobahnmaut, die ökologisch gesehen ja durchaus sinnvoll erscheint. Aber was ist mit dem Datenschutz?

Die Autobahnmaut gibt es in Österreich seit Anfang dieses Jahres. Fürs erste wurde die in Bezug auf Datenschutz unbedenkliche Vignettenlösung gewählt. Doch die Rufe nach einem elektronischen Road Pricing werden immer lauter. Dies bedeutet: Im dichten Verkehrsfluß muß jedes einzelne Motorfahrzeug individuell erfaßt und seiner Größe nach unterschiedlich taxiert werden können. Das Fahrzeug muß im Kontrollbereich der Autobahn identifizierbar sein, die bei der Vorbeifahrt erfaßten Autodaten müssen zur Gebührenberechnung geeignet sein, die Gebühren müssen in einer Online-Verbindung zwischen ortsfestem Erfassungsgerät und Fahrzeug sofort abbuchbar sein, und eine zusätzliche Kontrolle muß der Beweissicherung im Streitfall dienen können. Niemand, der ein Bewegungsprofil der AutobahnbenützerInnen zeichnen wollte, würde bessere Voraussetzungen für sein Vorhaben finden. Ein gefundenes Fressen für Rasterfahnder.

Aber auch für die BenutzerInnen von Öffis hält High-Tech Branche etwas bereit: In Deutschland läuft ein Versuch, Fahrscheine durch Chipkarten zu ersetzen. Beim Ein- und Aussteigen checkt sich mensch ein bzw. aus. Am Monatsende wird dann der günstigste Tarif, höchstens aber die Kosten einer Monatskarte verrechnet. Dies erscheint einerseits durchaus kundinnenfreundlich, aber auch hier entstehen wieder präzise Bewegungsprofile.

Wer beispielsweise in Internet surft, dies gilt natürlich auch für andere Datennetzwerke, erhält nicht nur Informationen, sondern gibt auch selbst einiges preis, meist ohne sich dessen bewußt zu sein. So können Anbieter z.B. feststellen, wer sich auf welcher Seite wie lange aufgehalten und ob er oder sie diese kopiert hat. Unternehmen haben damit begonnen, Datensammlungen über Personen anzulegen, die sich ins Internet einklinken. 30 bis 40 Millionen Datensätze sollen weltweit bereits gespeichert sein, ohne daß die NutzerInnen davon wissen. Zahlreiche Server lassen die InternetnutzerInnen auf einem elektronischen Formular die Personalien eingeben – Name, Alter, Geschlecht, Beruf. Von da an wird, was der Kunde oder die Kundin kaum je weiß, jeder weitere Schritt im Internet minutiös aufgezeichnet. In kurzer Zeit entstehen so Persönlichkeitsprofile, die kaum umfassender sein könnten.

Überwachung am Arbeitsplatz

In der Arbeitswelt wird so ziemlich alles angewendet, was die High-Tech-Branche an Kontrollmöglichkeiten zu bieten hat: Von den allseits bekannten Videokameras über allerlei Online-Überwachung bis zu Chipkarten.

Wer an einem vernetzten Computer arbeitet, muß jederzeit damit rechnen, daß der Chef nicht nur in seinen Dateien stöbert, sondern auch genau kontrollieren kann wie lange er oder sie für eine bestimmte Arbeit benötigt hat. Dies kann vom Chefsessel aus, von zu Hause oder auch über einige Tausend Kilometer hinweg geschehen. Österreichische Gewerkschafter berichten, daß Angestellte mit einer smart card, einer Art Speicherkarte, nicht nur die Wechsel von einem Arbeitsplatz innerhalb der Gebäude zum nächsten registrieren lassen müssen, sondern auch den Gang zu den Waschräumen und den WCs. Der Arbeitgeber läßt hinterher die Zahl der persönlichen Gänge durch den Bürotrakt auswerten.

Ein neuer Typ von Überwachungsstaat entsteht

Was den Einsatz von Hightech-Anwendungen und online-Systemen betrifft, sind die westlichen Behörden den privaten Anwendern um Nasenlängen voraus. Schon ein Jahrzehnt vor Internet begannen sie, online verbundene Datennetzwerke aufzubauen. Die Multis der Informatik- und Kommunikationsbranche haben in den Staatsschutzbehörden sowie Justiz-, Innen- und Sozialministerien inzwischen schon die dritte Generation intelligenter Großcomputer installiert. Siemens-Nixdorf und Bull haben den europäischen Polizeiverbund Schengen zum 26. März 1995 eingerichtet, was getrost als das größte Überwachungssystem Europas bezeichnet werden kann, der Multi DEC baute der Schweizer Bundespolizei den modernsten Staatsschutzcomputer, und dank Toshiba sollen deutsche Polizeidienste von jedem Einsatzort aus Fahndungen abrufen und Papiere zur Zentrale übermitteln können.

Deutschland exportiert erfolgreich

Treibende Kraft dessen, was in ganz Europa an neuer Technik im polizeilichen Sicherheitsbereich forciert wird, sind seit Jahren das deutsche Innen- und Außenministerium. Von dort wurden Konzepte in andere westliche Staaten vermittelt, während »allgemeine Ausstattungshilfe« für Polizeien gezielt an Staaten Mittelost- und Osteuropas geliefert wurden. Während zum Beispiel Großbritannien sein Informationssystem PNC (Police National Computer, Nationaler Polizeicomputer) bei Siemens-Nixdorf selber kaufen mußte, konnte Ungarn etwa für ähnliche Systeme auf Bonner Finanzhilfe zählen. Die Schweiz und Österreich orientierten sich im Polizeibereich ohnehin schon sehr stark an ihrem »großen Bruder« und machten ohne Druck aus Bonn frühzeitig Anstalten, bei den Technologiesprüngen mitzuhalten.

Schon Ende der 80er richteten die Schweiz und Österreich ihre Fahndungssysteme, obwohl beide nicht Mitglied der damaligen EG waren, gezielt auf das von Bonn gepuschte Schengen Informationssystem und andere neue Systeme aus. Dies erlaubte es regierungsnahen österreichischen Kreisen, noch vor der entscheidenden Abstimmung über den Beitritt zur EU eilfertig zu betonen, daß man für die Prestige-»Gruppe Schengen« der Innen- und Justizminister, die polizeiliche »Pressure-group« innerhalb der EU, gerüstet sei.

Unter ständigem Verdacht

Nicht nur an den EU-Außengrenzen wird zunehmend hemmungsloser kontrolliert. Bei den neuen europäischen Sicherheitssystemen – wie auch im jeweiligen nationalen Bereich – ist offenkundig, daß der Charakter der Kontrolle über den eines reinen Fahndungscomputers hinausgeht. Exemplarisch gilt dafür das Schengener Informationssystem. Das SIS soll den Wegfall der Grenzkontrollen für Personen kompensieren. Doch gerade hier besteht die Gefahr einer kollektiven Verdauung und ihrer Folgen, die dank Online-Verbindung und Großrechnern über das eigentliche Ziel der Kriminalitätsbekämpfung hinausgeht.

Verglichen mit den bisherigen nationalen Polizeiinformationssystemen werden im SIS viel größere Datenmengen innerhalb Europas gesammelt und unter erleichterten Vorgaben in andere Staaten transferiert. Die Gefahr, daß Persönlichkeitsbilder von Unschuldigen und Unverdächtigen gezeichnet werden, ist wohl bei keinem anderen der derzeit in Betrieb befindlichen Systeme größer.

Anfang Mai 1995 waren 2,5 Millionen Datensätze im SIS-Computer eingelesen, sieben bis acht Millionen soll die (vorläufige) Gesamtkapazität des SIS ausmachen. Diese Millionen von Datenpaketen dürften – genaue Zahlen sind nicht zugänglich – ein Vielfaches der Zahl aller wegen schwerer Delikte dringend Tatverdächtigen in ganz Europa ausmachen. Dies überrascht nicht, denn der Fahndungsraster des SIS wird engmaschiger geknüpft als bestehende INTERPOL-Dateien und auch engmaschiger als die bekannten nationalen Kriminalcomputer. Eingespeist werden im Schengen-Informationssystem nur in den wenigsten Fällen Personendaten von dringend Tatverdächtigen. Viele Daten sollen »Personen mit Vorgängen« betreffen, also Verdachtsdaten. Es genügen also persönliche Merkmale, die aus Polizeisicht »auffällig« sind, ohne direkt auf strafwürdiges Verhalten schließen zu lassen. Rechtsstaatliche Kontrollmechanismen, die bei INTERPOL-Ausschreibungen enthalten sind, werden hier ausgeschaltet. Ermittlungen im Zusammenhang mit politischen Delikten genügen ebenfalls als Merkmal zur Datenspeicherung im SIS. Und hierbei handelt es sich in den seltensten Fällen um Schwerkriminalität. Wie Heiner Busch in seinem Buch »Grenzenlose Polizei?« anschaulich darstellt, geht es in den allermeisten Fällen um Meinungsdelikte wie das Sprühen von Parolen, Verteilen von Flugblättern, etc...

Daß es bei einem solchen Datenwust, bei den eben doch nicht perfekten Computersystemen, zu Fehlern und Verwechslungen mit weitreichenden Folgen kommen wird, liegt auf der Hand. Wenn wir uns dieser Gefahren nicht bewußt werden, laufen wir Gefahr, auf der Datenautobahn überrollt zu werden. ●

T. Baum

Aus: akin – aktuelle Informationen

Beat Leuthardt: Leben online, Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht. rororo Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1996, ISBN 3-499-13765-8, 223 Seiten, öS 110,00

Kombilohn - Was ist das?

Kombi-Lohn - Mittel zur Absenkung aller Löhne
Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) will, daß die unteren Tariflöhne um 20 bis 30% gekürzt werden (bis auf 1.300 DM brutto = 1.000 DM netto). Damit kommen auch alle anderen Löhne ins Rutschen.
Klar, daß man von 1.000 DM nicht leben kann.
"*Wenn die Gesellschaft solche Jobs für unsozial halt, weil diese Einkommen angeblich (!) nicht für den Lebensstandard reichen, dann muß der Staat die Differenz durch Transfers* (d.h. Sozialhilfe) *ausgleichen*" (Arbeitgeber-Funktionär Stihl, Wirtschaftswoche 2.10.1997). Stihl kommt natürlich locker mit 1.000 DM aus.
Niedrigere Löhne sollen mit Sozialhilfe aufgestockt oder "kombiniert" werden - deswegen "Kombilohn".

Erhöhung der Sozialhilfe für Erwerbstätige
Um einen Anreiz zu schaffen, Niedriglöhne zu akzeptieren, soll die Sozialhilfe für Erwerbstätige deutlich erhöht werden. Damit noch mehr Menschen in den Genuß von Sozialhilfe kommen, soll die Arbeitslosenhilfe abgeschafft werden.
Bisher werden z.B. bei einem Alleinstehenden von 2.000 DM Nettolohn 270 DM nicht angerechnet (Freibetrag für Erwerbstätige). Die BDA schlägt vor, auf diesen Lohn 506 DM nicht anzurechnen, die Bundesregierung 362 DM. Bei Familien mit Kindern sollen sich die Freibeträge noch mehr erhöhen. Je weniger vom Nettolohn auf die Sozialhilfe angerechnet wird, desto mehr hat man in der Tasche.
Auch wir sind deswegen **grundsätzlich** für eine Erhöhung der Freibeträge.

Verordnung im Schnellverfahren
Die Bundesregierung bereitet gerade eine Verordnung vor, mit der die Freibeträge erheblich angehoben werden sollen. Der Verordnung muß vom SPD-dominierten Bundesrat zugestimmt werden. Der Parteivorstand der SPD ist klar für eine deutliche Erhöhung der Freibeträge. Der DGB - Bundesvorstand hat mit Beschluß vom 7.10.1997 im Prinzip zugestimmt.

Wunderbar: endlich mal eine Verbesserung??
***Denkste:* es gibt da nämlich das Lohnabstandsgebot !**

Herr Stihl zumindest hat es nicht vergessen:
"*Das Kombimodell kann nur funktionieren, wenn man ... die Sozialhilfe so absenkt, daß das Abstandsgebot zu den unteren Lohngruppen wieder existiert*".
Je niedriger die Löhne sind, desto mehr muß bei vorgeschriebenem Lohnabstand die Sozialhilfe gekürzt werden.
Noch wesentlicher aber ist, daß der Freibetrag für Erwerbstätige genau der Abstand zwischen Sozialhilfe für Nicht-Erwerbstätige und Lohn ist, der eingehalten werden muß (§ 22, Abs. 4 Bundessozialhilfegesetz). Je höher der Freibetrag ist, desto mehr müssen die Regelsätze gekürzt werden. Und zwar ab 1.7.1999. Denn dann tritt das Lohnabstandsgebot, das von CDU, CSU, FDP und SPD im Bundessozialhilfegesetz gesetzlich vorgeschrieben wurde, zum ersten Mal in Kraft.

Erhöhung der Freibeträge - trojanisches Pferd zur Senkung von Regelsätzen und Löhnen
Der Kombilohn mit erhöhten Sozialhilfe - Freibeträgen ist
"keine marktwirtschaftliche Losung, sondern *eine Krücke, um die Probleme **schrittweise** anzupacken, für uns **eine Art** trojanisches **Pferd,** das wir bei den **Gewerkschaften und Sozialpolitikern** aufstellen*". Das sagte Herr Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, in dankenswerter Offenheit in der Wirtschaftswoche vom 2.10.1997. Und "*Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken* (und das gesamte Lohnniveau, muß man hinzufügen!), *ohne daß die Sozialpolitiker* (und Gewerkschaftler!) ... *aufschreien. Deshalb halte ich den Weg für sinnvoll, über den Kombilohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen*".
Um im Bild zu bleiben:
Bisher konnten die Arbeitgeber die Festung Troja (die bisherige Höhe der Sozialhilferegelsätze und der Tariflöhne) nicht einnehmen (d.h. absenken).

Mehrere Versuche in den letzten Jahren sind gescheitert. Jetzt greifen sie zu einer List und **schieben** das trojanische Pferd (Kombilohn) als "Geschenk" vor die Mauern **der** Festung. Im Bauch des riesigen hölzernen Pferdes verstecken sich Bewaffnete (das Lohnabstandsgebot). Arbeitgeber und Bundesregierung hoffen, daß wir so gutgläubig sind, das Pferd in unsere Mauern ziehen und uns - wie damals die Trojaner - im Schlaf niedermetzeln d.h. von massiven Sozialhilfe- und Lohnkürzungen überraschen lassen.
Wir wollen nicht das traurige Schicksal der Trojaner erleiden!
Deshalb nehmen wir das "Geschenk" (Erhöhung des Freibetrages) nicht an. Vom Geschenk bleibt nichts übrig, nur die massive Absenkung von Sozialhilfe und Löhnen.
Wir erwarten von unseren Gewerkschaften, daß sie das trojanische Pferd nicht noch mit anschieben, sondern ihm die Stirn bieten!

Erhöhung der Freibeträge ja, aber nur,
wenn vorher das geltende Lohnabstandsgebot aufgehoben wird!

Das Lohnabstandsgebot ist ein Formel, die wie eine Zange wirkt.
Der durchschnittliche Sozialhilfebedarf einer fünfköpfigen Familie muß in Höhe des Freibetrags unter dem Haushaltsnettoeinkommen der fünfköpfigen Familie eines Verdieners mit einem durchschnittlichen Nettoentgelt unterer Lohn- und Gehaltsgruppen bleiben, einschließlich auf den Monat umgerechneter einmaliger Zahlungen.
Im Juli 1997 betrug der durchschnittliche Sozialhilfebedarf einer fünfköpfigen Familie in Westdeutschland 3.438 DM*.

Gehen wir für 1997 z.B. von **einem** Durchschnitt unterer Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft **(einschließlich anteiliger einmaliger Zahlungen)** von 2.700 DM aus. **740 DM Kindergeld für drei Kinder und etwa 180 DM Wohngeld kommen hinzu.**
Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist dann also 3.620 DM.*

Nach den Plänen der Bundesregierung soll der Freibetrag bei einem Lohn von 2.700 DM und drei Kindern 496 DM betragen. Diese 496 DM wären der vorgeschriebene Abstand zwischen Lohn und Sozialhilfe. Der Sozialhilfebedarf einer fünfköpfigen Familie dürfte also 3.124 DM nicht übersteigen (3.620 DM minus 496 DM)

Deren Sozialhilfebedarf müßte von also um insgesamt 314 DM von 3.438 DM auf 3.124 DM sinken. Der Regelsatz des Haushaltsvorstandes müßte um 85 DM gesenkt werden, alle anderen Regelsätze ebenfalls um rd. 16%.
(3.438 DM minus 3.124 DM = 314 DM; 314 DM geteilt durch 3,7 // Haushaltsvorstand = 1, erwachsener Haushaltsangehöriger 0,8 und jedes Kind 0,64)

Mit dem trojanischen Pferd des Arbeitsanreizes für Erwerbstätige will die Bundesregierung bei allen kürzen: Alleinerziehenden, Kindern, Rentnern, Behinderten, Arbeitslosen usw.

Erwerbstätige und Erwerbslose: Gemeinsam gegen Kürzungen!

Der Bundesrat darf der Verordnung nicht zustimmen!

BAG Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Cora Molloy, Tel. 069/ 26 00 30, Fax: 23 60 71
BAG der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut, c/o FALZ, Solmsstr. 1a, 60486 Frankfurt, Anna Velt, Harald Rein, Tel. 069/ 70 04 26, Fax: 70 48 12
Forum für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik, Herresbachstr. 33, 40223 Düsseldorf, Thomas Isenberg Tel. 0211/ 9053028, Fax: 9053029
Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld, Angelika Beier Tel. 0521/179922, Fax: 179930
V.i.S.d.P.: Cora Molloy

Die Hängematten im Zielona Gora unterstützen diese Forderungen!

Verbreiten Sie diese Informationen auf jede nur mögliche Art!
Bevor es zu spät ist!

„...ist doch alles so zivil hier“
Oder: Mein Zapatismus und Ich

„So steer a course
A course of nowhere
And drop the anchor
My little Empire
I'm going nowhere“
CHUMBAWAMBA,
(The Good Ship Lifestyle)

*** Zivilgesellschaft: bekämpfen, ansprechen, aufbauen?**
...es ist schließlich Deutschland im Postherbst. Mit der Gründung der FZLN im September '97 in Mexico-Stadt ist der mehrmalige Aufruf der Zapatistas an die „Zivilgesellschaft“ (abermals) gehört worden. Der Marsch der Gueriller@s wurde begeistert und massenhaft in der Hauptstadt empfangen. Konkretes Ziel der Unterstützung war diesmal die Einhaltung der mit der Regierung geschlossenen Verträge über indigene Rechte und Kultur und die Entmilitarisierung von Chiapas[1]. Hier wurde politische Teilnahme eingeklagt und zugleich praktiziert, und die angerufene Zivilgesellschaft konnte sich und anderen ihre schon dahinsiechend geglaubte Existenz versichern: *Hier bin ich, hier besetze ich Räume und fülle sie aus.* Unterdessen sitzt auch auf dem Kontinent der Eroberer die „Zivilgesellschaft“[2] in allen möglichen, auch politischen Räumen, nur ist sie eine andere. Mehr auf Werten, denn auf Interessen begründet, vertritt sich die „Zivilgesellschaft“ in Deutschland auf herrschendem Terrain die Füße. Sie ist letztlich ein ausgewachsenes Kind des kulturellen und politischen Status Quo, das seit '68 einen gar nicht so unbeholfenen Marsch durch etwaige Institutionen hinter sich hat, die sich eine gesittete Aufmüpfigkeit zulegte und Ziele wie Selbstbestimmung/ Selbstverwaltung angeblich integrierbar machte (taz, Ökobank, Die Grünen). (Nicht zuletzt auch, um sich vom schwarzen bzw. roten Schaf der Familie besser abzuheben (RAF u.a.)[3]). Und das alles, um dann ('89/90) das Spiel der Eltern vollends (d.h., auch nach deren Regeln) mitzuspielen. Die „Zivilgesellschaft“ in Deutschland sorgt sich in punkto Minderheiten z.B. eher um die kulturellen Werte des Abendlandes oder den Wirtschaftsstandort, und gerade nicht um Teilnahme und politische Macht[4]. Fällt der Marsch auf Berlin also schon mal flach.

*** Derbe Krise - coole Krise**
...totale Krise angesagt, eigentlich seit ich „Politik mache“, ist *die Linke* und erst recht *die radikale Linke* hier keine solche Wurzel-Gemeinschaft, sondern in der Krise. Sie ist eine Krise. Die „Nie wieder Deutschland“-Demo im Frankfurter Mai '90 war vielleicht noch „ermutigend“[7], weil 20.000 Deutschland noch das Maul stopfen wollten (darunter auch nicht wenige Grüne und allerdings die MLPD, die nicht gegen Großdeutschland, sondern -wie immer werktätigengerecht- für die „sozialistische Wiedervereinigung“ war). Drei Jahre später aber, ihr kennt die Geschichten, hatte die häßliche Fratze das Asylrecht verschlungen, und 20.000 in Bonn konnten nur noch wütend feststellen, daß der neue Normalzustand mit clever-rassistischem Antlitz auf allgemeine Zustimmung gestoßen war. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt die Parole „Kohl muß weg!“ auszurufen ist diese Art von „Widerstand“, die ihre Anführungszeichen verdient hat, weil sie wie Stauffenberg letztlich das Vaterland retten oder vor Schlimmerem bewahren will. Also Vorsicht mir der „Gemeinschaft“[8]. Wenn der Zapatismus sich die Verteidigung des Nationalstaates und seiner angeblichen Errungenschaften auf die Fahnen schreibt[9], ist das der Punkt, an dem wir angesichts konkret historischer Ausgangslagen (Deutschland) viel Tip-Ex[10] für unsere Winkelemente brauchen. Ein Netz scheint da schon eher eine adäquate Form der Zusammenschlüsse und die entscheidende Alternative gegen den nationalen Konsens. Doch ist die Lage, eingeklemmt zwischen „Markt“ und „Staat“, nicht gerade Ausgangspunkt für heitere Offensiven. Aber von Chiapas lernen, heißt auch, die Illusionslosigkeit[11] zu nutzen wissen und mit dem Normalzustand hantieren zu lernen. Auch „Abwehrkämpfe“ können lustig sein[12].

*** Die Münsterland/ Chiapas-Connection**
...hier ist eben alles anders. Es fragt sich in Anwesenheit einer suspekten „Zivilgesellschaft“ ja nicht nur, wen wir ansprechen wollen, sondern auch womit - und zudem nicht zuletzt: who the **** is WIR? Der zapatistische Kampf begann mit dem Blick der Kolonisierten, aus den Augen der heute noch sozial und ökonomisch ausgeschlossenen Indigénas auf ihre Geschichte und ihre gegenwärtige Armut. Daß die Ursachen dafür u.a. in den globalen Verhältnissen des Neoliberalismus gesehen werden, ist sicher nicht nur der strategischen Weitsicht der Urwald-TheoretikerInnen zu verdanken. Sie verleiht jedenfalls dem Zapatismus eine notwendige Anschlußfähigkeit -die sich weniger technokratisch gestaltet, als sie klingt- an hiesige Diskurse. Diskurse, die weit mehr betreffen und insofern auch fordern, als die Solidarität mit ethnisch Unterdrückten in einem fernen Dschungel. Als von einem Laptop in Lakandonien die Frage „Wo seid ihr?“ vom Subcommandante Marcos an alle Welt gemailt wurde, war das kein Hilferuf (zumindest nicht in erster Linie). Ein Ort ist gefragt, und zwar der, an dem und von dem aus WIR kämpfen. Bekanntlich veranstalten die Zapatistas ja auch weltweite *encuentros*[5] und nicht Waffensammlungen, womit gesagt sein soll, daß es um den Austausch über die *verschiedenen* Lebensbedingungen an *vielen* Orten geht.
Wir, das sind dann vielleicht ein paar Menschen auf Sonntagsspaziergängen gegen AKWs, einige auf Linoleumfußböden gegen die Hochschule, die sie umgibt oder auf anderen eher schmalen und kühlen Pfaden des Widerstands. Jeden- oder bestenfalls sind wir sie wieder, die „dreißig, vierzig Spinner, die einen Traum von einer ach so fernen Welt haben“[6]. Wir könn(t)en die Zapatistas um die Möglichkeit der Identitätspolitik beneiden, weil sich aus wie auch immer zugeschriebenen Wurzeln ja durchaus Lebenskraft saugen läßt. Wir Privilegierten können uns aber statt nach Identität/ Eingrenzung auch fragen, wo findet Ausgrenzung statt (was aller Wahrscheinlichkeit nach ergiebiger ist): in der Institution, in der ich arbeite, in der Gruppe, in der ich rumlabere, in dem Staat, in den es mich verschlagen hat.

*** Mit aller Macht gegen alle Macht?**
Handgriffe zum Anpacken, Fußnoten zum Wegtreten
Die '68er-Strategie des Nicht-Mitmachens und der Subversion[13] scheint heute insofern als Strategie nicht mehr angesagt, als sie (wie jede Strategie) auf das Ziel verweist, das in diesem Fall in morgengeröteter Zukunft liegt. Bei Subversion als wertezersetzender Möglichkeit geht es vielleicht mehr ums konkrete Leben im Sinne der libertär-feministischen Forderung, daß das Private politisch sei: Aber weder der Gandhi'sche Radikalmoralismus (my life is my message) bringt oder schafft Verhältnisse zum Aushalten, noch der Umkehrschluß, nicht mehr auf öffentlicher Bühne sein Spielchen treiben zu müssen, weil jedes intensive WG-Gespräch zum Politikum erklärt wird und dank seiner ungeheuren Sprengkraft die Verhältnisse zum Tanzen bringen könnte,...potentiell.
Die Zapatistas lehnen ja den Kampf um das Ergreifen jeder staatlichen Macht ab. „Wir wollen nicht, daß andere (...) für uns entscheiden. Wir wollen direkt an den Entscheidungen teilnehmen, die uns angehen, unsere Regierenden kontrollieren (...), und sie dazu zwingen, 'gehorchend zu befehlen'“[14]. Aber Macht hat eben nicht nur was mit Herrschenden zu tun, sondern auch mit *machen*. Macht ist überall, wie Inspektor Foucault herausgefunden hat, „nicht weil sie alles umfaßt, sondern weil sie von überall kommt. (...) Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt“[15]. Der aufmerksame Alltag, schauen und erleben, wie und wo Macht funktioniert, wäre vielleicht dementsprechend eine prima Beschäftigung. Nicht die Aufgabe des politischen Kampfes (in der Doppeldeutigkeit von „Aufgabe“ wird deutlich, wo das Problem dabei liegt), aber eine Möglichkeit von politischem Handeln. Ansatzpunkte wären Fragen, zum Beispiel: Wie konstituiere ich mich als Mann (oder Frau)? Wo liegen

Privilegien und patriarchale Dividende rum und wie bediene oder nutze ich das Zeug (oder werde von ihm plattgemacht)? Zapatismus: Eine Methode im Umgang mit Vergangenheit (Conquista & die Folgen), Zukunft (Leben oder Sterben angesichts von NAFTA & Neoliberalismus), Gegenwart (Ausgrenzung & Armut).
Dann drängen sich natürlich wieder Fragen der Wissensvermittlung auf & in den Vordergrund, die nach neuen Formen verlangen. Wissen gibt es unendlich viel, es fragt sich halt, wer was davon abbekommt.

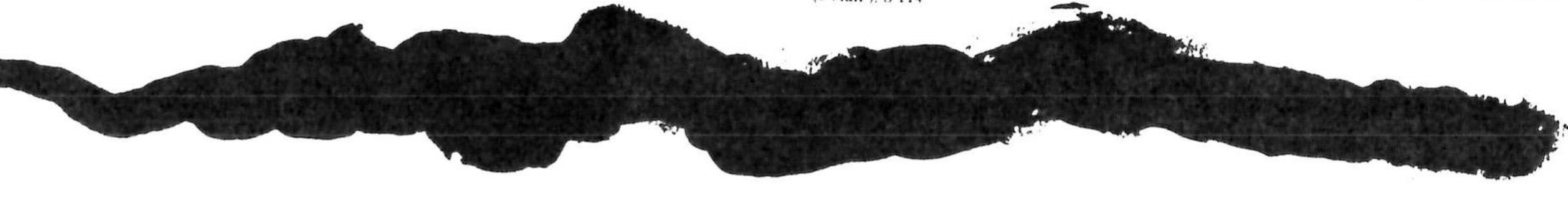
Ausfuhrlich nachzulesen in Interim Nr. 437, S.29ff. „Die EZLN ubernimmt die Hauptstadt"
Uber die verschiedenen Bedeutungen der „Zivilgesellschaft" in diesem Zusammenhang klart ein Artikel Ulrich Brand auf: „Die Organisationsfrage auf Zapatistisch. Warum unter Zivilgesellschaft derart verschiedenes verstanden wird", in: REDaktion (Hg.): Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Neuer ISP-Verlag, Koln 1997, S.154-164. Erstmals taucht der Begriff bei dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci im Unterschied zur „burgerlichen Gesellschaft" (civil society) auf. Bei Gramsci entspricht „Zivilgesellschaft" einem umfassenden Kulturbegriff. Im Gegensatz zur burgerlichen Gesellschaft bei Marx ist sie nicht nur deskriptive Kategorie, sondern deutet auf bestimmte Funktionalitaten hin. D.h. „Zivilgesellschaft" entspricht in etwa den Funktionen der burgerlichen Gesellschaft, die Habermas als nichtstaatliche Öffentlichkeit bezeichnet hat. Hier ist wiederum zu unterscheiden zwischen „privaten" und „politischen" Organisationen, wobei erstere fur die Hegemonie, zweitere fur direkte Herrschaft zustandig sind. Alles klar? Auch nachzulesen bei: Kebir, Sabine: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag - Ökonomie - Kultur - Politik, VSA-Verlag, Hamburg 1991
Oliver Tolmein setzt die Geburt der Deutschen „Zivilgesellschaft" in der Folge des Deutschen Herbstes an, in Konkret 9/97, S.12ff.
Die Fragen um Einwanderung und die bereits „Zugewanderten" sind von Cohn-Bendit uber Geißler bis Henkel Fragen deutschen Wohlbefindens, nicht Fragen der Not anderer

Aus den Tiefen & Untiefen einer westfälischen Halbmetropole
ein subcompanero

… fand nicht nur Rainer Trampert „Die heutige Demonstration ist ermutigend", in: Radaktion diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Edition ID-Archiv, Berlin 1992, S.133-138
[8] Ein weites Feld fur Diskussionen. Hingewiesen sei an dieser Stelle auf die Verbindung von Gemeinschaftsverständnis und Freiheitstheorie im Anarchismus (herauszulesen z.B. bei Gustav Landauer). Wahrscheinlich mußte noch viel mehr untersucht werden, wie und inwieweit es nicht-ausschließende Gemeinschaften auf der Basis freier Entscheidung einzelner gibt oder geben kann …
[9] „Paradoxerweise hat man der EZLN vorgeworfen, sie habe es auf die Fragmentierung des Landes abgesehen. Tatsächlich verfechten die Zapatistas die Verteidigung des Nationalstaates angesichts der Globalisierung". Subcomandante Marcos in Le Monde Diplomatique, August 1997, S.15
[10] … oder besser noch schwarze Farbe zum Uberpinseln. Das Bekenntnis zum orthodoxen Anarchismus allein ist allerdings als Lebensperspektive innerhalb postmoderner Globalisierungsprozesse nicht sonderlich, … wie sagt man, „tragfähig". Wer oder was sich wie selber tragt oder an welchen Stellen auf Christophorus gewartet wird, sind allerdings dann auch sogenannte Schlusselfragen (bis zum Umklimpern …). Im zeitgenössischen Anarchismus streiten sich exemplarisch Noam Chomsky („Sozialstaat verteidigen") und Murray Bookchin („Grundsätze bewahren"), nachzulesen im Schwarezn Faden Nr.60 (1/97), S.34 bzw. Nr.61 (2/97), S.21
[11] Vor allem auch das Eingeständnis, völlig ohne Einfluß zu sein, war der Boden, der dem Aufstand in Chiapas außerst fruchtbar zukam. „Unser Leben war weniger wert als die Maschinen und Tiere. Wir waren wie Stein, wie Gräser auf den Wegen. Wir hatten kein Wort". Generalkommandantur der EZLN in der Eroffnungsrede zum Ersten Interkontinentalen Treffen im Juli '96 in Chiapas
[12] Nachdem er der Akademie verwiesen wurde, polizeilich abgefuhrt, weil er alle Interessierten in seine Klasse aufnehmen wollte, kommentierte Prof. Joseph Beuys die staatliche Repression: „Demokratie ist lustig"

Treffen gegen den Neoliberalismus und fur die Menschlichkeit. Uber das erste gibt's ein ganzes, sehr lebendiges Buch, REDaktion (Hg.): Chiapas und die Internationale der Hoffnung, Neuer ISP-Verlag, Koln 1997 und ubers das zweite bis jetzt einige Artikel, z.B. „Verstrickungen und der große Fang. Knupfen am zapatistischen Netz", in graswurzelrevolution Nr.221 (Sept. '97), S.14 oder „Wir haben uns getroffen", in „links im asta"(Munster) Nr.13 (Okt. '97), S.4
Rudi Dutschke sah das um '68 anders (und weil's so schon ist, das Zitat im Kontext): „Wir sind nicht hoffnungslose Idioten der Geschichte! Ich denke, daß sich heute derjenige als Revolutionär begreifen muß, der durch intellektuelle Arbeit und sinnvolle Erfahrung zu der Erkenntnis kommt: Diese Gesellschaft kann und soll verändert werden. Wir sind nicht mehr die dreißig, vierzig Spinner, die einen Traum von einer ach so fernen Welt haben. Es gibt keine Notwendigkeit des Sieges der Revolution in der Geschichte. Es ist eine Chance, eine Möglichkeit", steht auf dem Klappentext von Gretchen Dutschke-Klotz u.a. (Hg.): Rudi Dutschke. Die Revolte. Wurzeln und Spuren eines Aufbruchs, Rowohlt Verlag, Reinbek 1983. Da fällt mir doch spontan noch Gilles Deleuze zu ein: „Möglichkeiten - oder ichersticke!"

[13] Gerade schreibt Michael Rutschky in der TAZ seinen Abgesang auf „Das Wirken eines kritischen Schlagworts" und meint damit Subversion, taz-mag. 22./23. Nov. '97, S.VIII. Ich möchte den ganz netten Essay als Beispiel fur die Leute werten, die sich von ihrer '68er-Geschichte losschreiben wollen, statt nach neuen Moglichkeiten zu suchen. Die Argumentationsfigur ist immer die gleiche: Der Gegenstand des Textes (hier Subversion), so wird behauptet, stehe in gesellschaftlich einflußreichen Diskursen immer noch hoch im Kurs (hier als politische Strategie), um dann zu zeigen, weil alles ganz anders geworden ist, ist, wer noch dran glaubt, von gestern
[14] Kommuniqué des Geheimen Revolutionaren Indigenen Kommitees - (CCRI-CG) Generaikommandantur des EZLN vom 30. Aug. '96, in: Land und Freiheit Nr.28, Hamburg, 30. Sept. '96, S.4
[15] Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I, Frankfurt/M. (Suhrkamp TB) 1997 (9.Aufl.), S.114



Liebe und Wut in Chiapas

Es ist fürchterlich, wenn du so einen schlecht informierten, schlecht durchgedachten und rücksichtslosen Artikel wie "Solidarity Work With Blinders" ("Solidaritätsarbeit mit Blenden" ?? d. Ubersetzer) in den respektierten und normalerweise vertrauenswerten Seiten der *Interim*. Jeroens eigene persönliche Enttäuschung mit den Prozessen, die er im *Amor y Rabia* Lager in Santa Rosa gefunden hat, wird von ihm als schädliche politische Kritik dargestellt, wo es eigentlich wenig mehr als eine Kritik der persönlichen Stile einer ist, die er dort kennengelernt hat. Seine persönliche Abneigung gegen einige erscheint viel schärfer als irgendwelche politische Kritik, die er haben mag. Im letzten Absatz gibt er das zu, von seiner nutzlosen Argument gegen einen solchen Schluß mal abgesehen.

Wir haben kein Interesse daran, Amor y Rabia und sein Projekt hier zu verteidigen. Das können sie selber machen. Trotzdem nteressiert's uns ials Solidaritätsaktivisten in den Bergen des Sudostens, die politischen Ideen in Frage zu stellen, auf denen der Artikel sich basiert, und die Schaden, die er vielleicht in europäischen Kreisen verursachen könnte, zu begrenzen.

Chiapas braucht keine Hereinführung typischer europäischen Besessenheit von Prozessen. In Europa haben wir politische und radikaldemokratische Prozesse entwickelt in besetzten Hausern, in Kollektiven und in verschiedenen Kampagnen. Wir haben diese Prozesse in den Seiten zahlreichen Zeitschriften theoretisiert, in den Schulen und Kämpfen eines Kontinents. Wir haben einen langen Weg hinter uns. Aber wir haben diese Ideen nicht im revolutionären Kontext entwickelt, sondern nur in seiner Abstraktion.

Chiapas ist ein Kriegsgebiet mit 60 000 Soldaten des Staates in diesen Bergen. Menschen werden jeden Tag umgebracht. Deswegen entwickelt sich anders der Prozess der Realisierung eines kühnen Projektes wie jenes in Santa Rosa. Jeroens Ideen sind ohne Zweifel gültig und sogar richtig im engen Sinne, aber hier entwickeln sich die Dinge organischerweise oder eigenartig, weil der Raum neu ist. Manche Sachen scheinen fortgeschrittener, andere weniger so, aber der Schein ist nicht alles.

Jeroen verbringt einige Wochen billigen Urlaubs in der Armut andrer Menschen und zieht sich dann zurück mit einer giftigen Attacke auf die Arbeit andrer Leute.

Er sagt, "Kontakt mit den Einheimischen war ganz wundervoll" (aus dem Englischen (rück?)übersetzt. d. Übersetzer) (in Santa Rosa), gibt jedoch keinen Hinweis darauf, daß er ihre Gedanken über das Projekt erforscht hat. Seine Enttäuschung mit dem Projekt teilt die Gemeinschaft nicht, sie haben um ihre Fortsetzung geboten. Wie bei den meisen Projekten hier, gibt es was zu kritisieren, aber die Totalität Jeroens Ablehnung ist absurd. Im Post Scriptum geht er noch weiter, bis auf Tratsch basierten Anklage herabsinkend. Er behauptet, Ana habe Kontakt zu Gustave erneuet aufgenommen, eine falsche und versteckte Andeutung und bösen Rufmord, was nur den Autor und die Interim in schlechter Licht erscheinen laßt.

Das Ernste ist aber das beim Namen Nennen von Individuen die (möglicherweise) geheim arbeiten im Konfliktgebiet. Manche von uns können uns zum Luxus des Hinschauens zurückziehen, wenn die Scheiße fliegt. Die, die im Artikel genannt wurden, können an diesen Luxus nicht teilnehmen, da sie aus der Region kommen.

Stell Dir mal vor, einer von uns geht nach Belfast und findet die Sache nicht nach unserem Geschmack, wir antworten, in dem wir die Namen deren veröffentlichen, die uns enttäuscht haben, mitsamt Kritik, in einer Zeitschrift, die zumindest von der Geheimpolizei gelesen wird. Es würde keinen Grund geben, weder den Autor noch die Zeitschrift für Freunde der Bewegung zu halten. Naivität ist keine Rechtfertigung. Wie Marcos sagt ... wir haben solche Dummköpfe schon gekannt.

Freunde von Mark Connolly.

Das KOMM wird geschlossen

Vom 19. - 21. Dezember findet in den Räumen das letzte große Konzert gegen rechts statt. Mit der weltberühmten berliner Band Tod und Mordschlag und vielen anderen.

Aus der politischen Chronologie des KOMM

1973: Einrichtung des KOMM als Antwort von „fortschrittlichen" Sozialdemokraten auf eine auch in Nürnberg wachsende Jugendzentrumsbewegung. Nach dem ersten Probelauf wird zum 1.Mal die Selbstverwaltung gefordert

1974 - 1976: Von Anfang an stehen sich eine unabhängige linke politische Fraktion (damals der *politische Arbeitskreis PAK*) und eine der Stadt nahestehende *Kulturfraktion* in den Konflikten gegenüber. Die Auseinandersetzung ist geprägt von nächtlichen Wandmalereien, Feindbildern, Pöbeleien und die Kulturfraktion schreckt schon damals nicht davor zurück, KOMM-AktivistInnen bei der Polizei zu denunzieren oder sich von dort Beistand zu holen. In den Vollversammlungen (VVs) des KOMM geht es nicht nur um hausinterne Konflikte sondern auch um die damals überall auf der Welt laufenden Befreiungskämpfe (z.B. Chile) und die Organisierung revolutionärer Politik auch in der BRD. Der PAK fordert schon damals :*"Kein Kommerz, politische Transparenz der Entscheidungen, Unabhängigkeit von kommunaler Aufsichtsfunktion, freie politische Betätigung, keine Reglementierung es Freizeitbereiches."* Auch andere entdecken das KOMM. Als eine der ersten AusländerInnengruppen feiern SpanierInnen des „Centro Espanol" dort ein rauschendes Fest. In der Folge gehören auch portugiesische, italienische, türkische, griechische, indische und eritreische Feste zum festen Angebot des KOMM.

1977: Der „deutsche Herbst" macht auch vor dem KOMM nicht halt: Unter Druck des Innenministeriums wird der Kommunisitsche Bund Westdeutschland (KBW) aus der VV des KOMM ausgeschlossen. Als Vorwand dient u.a. ein „militantes" Sommerlager, für das der KBW geworben hatte. Ähnlichen Wirbel verursacht eine Veranstaltung *„Stammheim - die Wunder wollen nicht enden"*. Sie wird verboten, und eine Ersatzveranstaltung kann erst nach längerem Hin und Her und unter streng über wachten Auflagen zensiert im KOMM stattfinden. Erstmals wurde damals von den städtischen Behörden die Kündigung des KOMM angedroht, wenn sich nicht an die städtischen Richtlinien gehalten wird. Dieses Bedrohungsszenario wird von da an von der Kulturfraktion bei Bedarf regelmäßig benutzt, wenn sie sich mehrheitlich nicht mit ihren Befriedungsvorschlägen durchsetzen können.

1978 - 1979: Der „Tunix-Kongreß in Berlin markiert den Anfang der „Alternativbewegung", die schnell in allen Städten wächst und auch im KOMM Fuß faßt. Längst ist es der wichtigste Stützpunkt des außerparlamentarischen Widerstands z.B. gegen AKWs.

1980: Der Aufbruch einer neuen Generation der Linken überall in Westeuropa schlägt bald große Wellen. In vielen Städten werden Häuser besetzt, entstehen autonome Zentren gibt es militante Straßenschlachten mit der Polizei. Zentrum dieser Bewegung in Nürnberg ist das KOMM.

1981: Am 5.März kommt es nach einer Veranstaltung über die Häuserkämpfe in Holland zu einer spontanen Demonstration durch die Nürnberger Innenstadt, die am KOMM endet. Unter dem Vorwand von ein paar entglasten Schaufenstern umstellt die Polizei das KOMM, verhaftet alle 141 sich im Haus aufhaltenden BesucherInnen (auch Kinder) und hält sie bis zu 14 Tagen fest. Diese - bis dahin einmaligen - Massenverhaftungen führen zu großen Protesten, auch bundesweit und in anderen westeuropäischen Ländern.

Durch die Verhaftungen werden auch die Eltern und Angehörigen der Verhafteten aufgerüttelt und gründen die „Bürgerinitiative 5.März". Über die Verfahrensdauer (alle Verfahren enden mit Freisprüchen) und damit über die eigene Betroffenheit hinaus, verfolgen sie bis weit in die 80-er Jahre aufmerksam den Umgang der Polizei mit den BürgerInnen. Noch während die letzten Inhaftierten auf ihre Freilassung warten, erhält das KOMM den Kulturpreis der Kulturpolitischen Gesellschaft.

1982 - 1986: Die NutzerInnengruppen des KOMM verändern sich Anfang der 80-er Jahre. Die Punks als Kontrapunkt gegen die „Müsli-Fraktion" entdecken das KOMM, aus der Häuserkampfbewegung organisieren sich autonome Gruppen, die bald den linken Flügel der Selbstverwaltung stellen. Aber auch rechte Skins versuchen sich breit zu machen. Zahlreiche Nürnberger Linke und AntifaschistInnen reagieren empört, die Hauptamtlichen des KOMM setzen dagegen auf „Integration" und „Auseinandersetzung". Die autonomen Gruppen fordern ein „Autonomes KOMM ohne Stadtaufsicht." Ein Kommando „Durruti" mauert das Sekretariat (SEK) zu. 1983 gründet sich der KOMM-Verein. Das KOMM ist von nun an offiziell „halbstädtisch" verwaltet.

1987: Nach dem die Bundeskonferenz (Buko) der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg verboten und potentielle TeilnehmerInnen durch die ganze Oberpfalz gejagt wurden, findet sie daraufhin militant abgesichert über drei Tage im KOMM statt, belagert von bis zu 4'000 behelmten Bullen.

1988: Das Projekt „Kulturmeile" ist ein 1.Versuch der Sozialdemokraten unter OB Schönlein, sich von „ihrem" unliebsamen „Schmuddelkind KOMM" zu trennen, zumal Integration mehr und mehr duch Repression ersetzt wird.

1989: Die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand machen ihren 10.Hungerstreik für die Zusammenlegung in große Gruppen. In vielen Städten werden v.a. die Büros der GRÜNEN besetzt und Hungerstreik-Büros eingerichtet. Nach dem die GRÜNEN in Nürnberg die dortigen BesetzerInnen unter Polizeiandrohung rausschmissen, werden die JUSO-Räume im KOMM besetzt. Danach beschließt die VV die feste Einrichtung eines Büros, das sich nach dem Ende des Hungerstreiks in Infobüro umbenennt, und seitdem Ausgangspunkt unterschiedlöichster politischer Mobilisierungen ist.

1990-1991: Der Zusammenbruch des sozialisitschen Machtblocks geht auch am KOMM nicht spurlos vorüber. Viele langjährige AktivistInnen ziehen sich in's Private zurück, andere neue Gruppen entstehen, spalten sich oder lösen sich auf, versuchen - oft auch erfolgreich - Mobilisierungen auf die Beine zu stellen, sei es gegen die stärker werdenden Faschisten, zum Schutz von Flüchtlingswohnheimen, Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes o.a.

1992: Im Zuge der Mobilisierung gegen den in München stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel (WWG) stürmt die Polizei -i erstmals nach den Massenverhaftungen 1981 - wieder das KOMM. Es gelingt ihnen dennoch nicht, Veranstaltungen und Treffen von WWG-GegnerInnen zu verhindern.

1993-1995: Die städtische Fraktion im KOMM - formal noch an die Beschlüsse der Selbstverwaltung gebunden - kann die politischen Gruppen u.a. aufgrund von deren fehlender Geschlossenheit immer weiter zurückdrängen: der Eingangsbereich wird „beruhigt", die Wände werden geweißt, Transparente aus dem KOMM müssen vorher von der VV abgesegnet werden. Immer wieder wird mit dem Damoklesschwert „Kündigung durch die Stadt" gedroht.

1996: Nach dem Wahlsieg der CSU sind die Weichen für den Todesstoß gegen die Selbstverwaltung im KOMM gestellt. Eine Veranstaltung des Infobüros zum 20.Todestag von Ulrike Meinhof wird von der Stadt zum Anlaß genommen, das KOMM abzumahnen und die Veranstaltung in den Räumen des KOMM zu „verbieten". Im Gegensatz zu früheren Jahren übt die Mehrheit der VV vorauseilenden Gehorsam und kündigt den VeranstalterInnen die Räume. Die Veranstaltung findet unbehelligt öffentlich in einem anderen Raum statt.

Eine Kampagne für einen Bürgerentscheid „Für den Erhalt der Selbstverwaltung" wird von den städtischen SekretärInnen durch Geheimverhandlungen mit der Stadt untergraben. Selbstverwaltung in der alten Form darf und soll es nicht mehr geben. An dem Punkt sind sie sich mit der CSU und allen anderen Parteien im Stadtrat einig. Nach dem die Selbstverwaltung und die politischen Gruppen mehrheitlich einen „Knebelmietvertrag" der Stadt ablehnen, kündigt die Stadt bis zum Ende des Jahres 1997 dem KOMM e.V. und damit der Selbstverwaltung die Räume. Die Kampagne „KOMM bleibt KOMM" der Selbstverwaltung mobilisiert noch einmal über Tausend Menschen zu einer Demonstration und einer Konferenz mit anschließendem Fest.

1997: Die Abwicklung des KOMM nimmt ihren Lauf.



Erklärung der antifaschistischen Aktion Lingen

Am 13.9.97 fand in Lingen eine antifaschistische Demonstration mit ca. 300 TeilnehmerInnen statt. Diese richtete sich vorwiegend gegen den Neonazi Jens Hessler, der in der Schwedenschanze in Lingen einen Versand mit Nazi-Musik und anderem faschistischen Propagandamaterial betreibt. Gegen ihn laufen z.Zt. zwei Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Hessler hatte gegen diese Demonstration eine Gegendemo angemeldet, die zunächst verboten worden war, später aber durch eine einstweilige Verfügung vom Landgericht Osnabrück doch noch genehmigt wurde. Auch verdichteten sich im Vorfeld die Hinweise, daß anläßlich der Demo Neonazis nach Lingen anreisen würden.

Aufgrund eines „Notrufes", den wir daraufhin an verschiedene Stellen gefaxt hatten, entschieden sich viele Leute, die vorhatten, an der Gegendemo zur NPD-Kundgebung in Hamburg teilzunehmen, spontan, doch noch nach Lingen zu fahren und uns zu unterstützen. Kurz vor der Demo war durchgesickert, daß die Nazis von Hamburg nach Lingen mobilisierten.

Es gelang Hessler, ca. 60 Neonazis nach Lingen zu holen, ca. 45 von ihnen konnten ungestört einen Aufmarsch durchführen. Es wurden Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Auslander raus" skandiert. Redner war der bekannte Anti-Antifaschist Thomas „Steiner" Wulff, Jens Hessler marschierte an der Spitze des Aufmarsches. Andere Neonazis waren in Hesslers Haus geblieben, oder fuhren in Autos herum, um DemoteilnehmerInnen zu fotografieren.

Die antifaschistische Demo unter dem Motto „Die Strukturen der FaschistInnen aufdecken und angreifen" war nicht angemeldet. Im Vorfeld hatte die Polizei die Zufahrtsstraßen abgesperrt und Vorkontrollen durchgeführt. Die Demo wurde aber geduldet, wenn auch mit Polizeibegleitung und unter der Auflage, die Vermummung zumindest teilweise abzunehmen. Kapuzen und Sonnenbrillen wurden toleriert. Vorausgegangen war eine Absprache mit der Polizei, die zugesagt hatte, die Demo zu „schützen", Vermummung aber nicht tolerieren wollte. Diese Absprache wurde später von einigen heftig kritisiert. Im Prinzip stimmen wir dem zu, daß Absprachen mit den Bullen scheiße sind und Vermummung - nicht nur in Anbetracht der fotografierenden Nazis und Bullen - sinnvoll gewesen wäre. Die meisten Leute konnten aber mit der „Kapuzen-Sonnenbrillen-Lösung" leben, da ansonsten auch die Durchführung der Demo selbst gefährdet worden wäre. Außerdem waren zur Zeit der Absprache vielleicht 50 Leute auf dem Marktplatz. Wären zu dem Zeitpunkt schon alle 300 TeilnehmerInnen anwesend gewesen, hätte Vermummung möglicherweise durchgesetzt werden können.

Die Demo startete vom Marktplatz aus und verlief dann an der Bullenwache vorbei, wo ein Redebeitrag gehalten wurde, in dem es um die Verbindungen von Polizei, Staats-und Verfassungsschutz zu Neonazis und speziell um deren Umgang mit Jens Hessler, sowie um die Kriminalisierung von Antifa ging. An diesem Tag beschränkte sich die Polizei darauf, die beiden Demos nicht aneinandergeraten zu lassen. Im Verlauf der Demo wurde eine Person kurzzeitig festgenommen, da sie eine Zigarettenschachtel und eine leere Bierdose in Richtung der Bullen geworfen, und in eine Einfahrt uriniert haben soll. Die Person konnte aber, nachdem der Demozug gestoppt war und die Freilassung gefordert wurde, weiter mitlaufen.

Nächste Station war dann das Haus und Verkaufs/Versandraum von Jens Hessler, das durch massive Polizeikräfte abgeschirmt war. Dort waren nun auch die 45 Neonazis anwesend, die kurz zuvor von ihrem Aufmarsch zurückgekehrt waren. Diese fotografierten die DemoteilnehmerInnen aus dem Dachfenster und vom Dach der Garage. Aufgrund der massiven Polizeipräsenz war ein direkter Angriff auf das Haus nicht möglich. Dennoch konnte vor dem Haus durch entschlossenes Auftreten und lautstarke Sprechchöre Stärke demonstriert werden. Der Fehler, den wir vor dem Haus machten, war der, daß die ersten Reihen ein Stück am Haus vorbeiliefen, und die Demo zum Stehen kam, als nur noch gänzlich unvermummte Leute davorstanden. Diese konnten die Nazis problemlos abfotografieren.

Nach einiger Zeit bewegte sich der Demozug dann wieder in Richtung Marktplatz, wo sich die Demo dann auflöste. Auch nach der Demo hielten sich auswärtige Neonazis teilweise noch mehrere Tage in Lingen auf, am Samstag feierten sie in einem angemieteten Saal. Einige Informationen besagen, daß sie an diesem Abend einen Angriff auf die Lingener Wagenburg geplant hatten, die schon mehrfach das Ziel von Neonazi-Angriffen war. An diesem Abend blieb ein Angriff jedoch aus. Eine Frau wurde am Sonntag abend von einem Neonazi verprügelt, weil dieser sie angeblich auf der Demo gesehen hatte. In den Tagen nach der Demo observierten Neonazis zudem ihnen bekannte Wohnungen von Antifas.

Im Nachinein gab es von einigen Seiten Kritik an Vorbereitung und Durchführung der Demo. (...) Zentraler Kritikpunkt war, daß nicht versucht wurde, die Nazis am marschieren, und auch am fotografieren zu hindern, sondern das Zuendeführen der Demo in den Vordergrund gestellt wurde. Diese Kritik sehen wir prinzipiell als berechtigt an. Wir waren an jenem Tag erstmal froh, die Demo überhaupt machen zu können, da wir nach diversen Absagen einiger Gruppen (die zum Glück doch noch erschienen sind) davon ausgehen mußten, mit extrem wenig Leuten dazustehen. Wir haben überhaupt erst am Vortag die Information erhalten, daß die Nazis eine Gegendemo angemeldet hatten, diese aber verboten worden sei. Daß die Demo nun doch erlaubt worden war, erfuhren wir erst kurz bevor der Demozug startete. Zudem gab es innerhalb unserer Gruppe ein Problem mit dem Informationsfluß, so daß einige erst nach Ende der Demo erfuhren, daß die Nazis tatsächlich einen regelrechten Aufmarsch mit Fahnen und Redebeitrag durchgeführt hatten. Überhaupt gestaltete sich die Organisierung recht chaotisch, da wir gerade in den letzten Tagen vor der Demo mit unzähligen neuen Infos Situationen bombardiert wurden, was uns doch etwas überforderte. Dies aber nur zur Erklärung, nicht zur Entschuldigung.

Trotz des gelungenen Aufmarsches der Nazis und der Fehler, die gemacht wurden, werten wir die Demo prinzipiell als Erfolg. Es ist gelungen, Hessler in einer breiten Öffentlichkeit zu outen, was ein erklärtes Ziel der Demo war. Die örtliche Presse berichtete ausführlich. Der Einfluß Hesslers in der bundesweiten Neonazi-Szene wurde durch die Tatsache noch verstärkt deutlich, daß er Nazis u.a. von der NPD-Kundgebung in Hamburg nach Lingen mobilisieren konnte, und einer der Begründer der Anti-Antifa, Thomas Wulff, als Redner auftrat. Andererseits wird der gelungene Aufmarsch Hessler in der Neonazi-Szene Auftrieb und Anerkennung verschaffen. Aber hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. „Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage" (Demo-Parole vor Hesslers Haus).

Dennoch werden wir uns fragen müssen, wie wir in Zukunft mit derartigen Situationen umgehen, ob das Ziel, eigene Aktionen durchziehen zu wollen, Vorrang vor der Verhinderung von Nazi-Aktivitäten hat, und ob Absprachen mit den Bullen so gerechtfertigt werden können. Auch bei der Planung der nächsten Demo werden wir einiges anders machen müssen. (...)



ACHTUNG, ACHTUNG: Zum Stempeln von Geldscheinen

Seit einiger Zeit sind Geldscheine im Umlauf, die mit einem Spendenaufruf bedruckt wurden. Dies finden wir an sich sehr gut. Dennoch haben wir sehr große Bedenken, wenn auf den Geldscheinen die Kontonummer und somit auch die Kontoinhaberin (eine Privatperson) benannt wird, da sie namentlich als Einzige für diese Aktion belangt werden kann. Diese Aktion wurde nicht mit der Kontoinhaberin abgesprochen. Sorgt also dafür, keine weiteren Geldscheine mehr in Umlauf zu bringen, und diejenigen, die solche Geldscheine besitzen, entweder ein paarmal in der Waschmaschine zu waschen oder den Aufdruck zu schwärzen. Gute und kreative Aktionen sind wichtig. Das Konto braucht weiterhin viel Kohle!!

Und Tschüß



Zum "Krawall" bei der Wiglaf Droste-Lesung in Münster

Am 3. 11. bekam Wiglaf Droste vor seiner Lesung im Jugendzentrum-Café "Gleis 22" in Münster eine Ladung CS-Gas ins Gesicht. Wieso? Weshalb? Warum?

Vorweg: Wiglaf Droste ist dafür bekannt, daß er sexualisierte Gewalt gegen Kinder verharmlost und feministische Organisationen wie Zartbitter und Wildwasser diffamierend angreift.

In **Münster** begann der Konflikt um Droste im Mai ´96 durch eine Vorankündigung im Stadtmagazin "GIG", das sich einerseits z.T. durch Telefonsexanzeigen finanziert, andererseits sich mangels LeserInnenbriefseite unkritisierbar macht. Das Stadtmagazin "GIG" gehört auch zu den Organen, die ein Klima schaffen, in dem kein ernsthafter Umgang mit Sexismus möglich ist, sondern versucht wird Feminismus lächerlich zu machen. So schrieben sie letztes Jahr in der Ankündigung einer Droste-Lesung, daß von Protestaktionen lokaler Frauengruppen abzusehen sei, da es auch ohne sie voll genug werden würde.U.A. auch durch diese Ankündigung fühlten sich eine Frauengruppe und eine Männergruppe zum Protest aufgefordert und verteilten vor der Lesung Flugblätter, um Drostes´ sexistischen Äußerungen und Angriffe gegen Wildwasser bekannt zu machen. Diese Aktion war ein Teilerfolg, da es zu Gesprächen kam und viele Menschen Lust auf eine intensive Auseinandersetzung hatten und einige auch die Lesung dann doch nicht mehr besuchten.
Im November ´96 wurde die Aktion wiederholt.
So weit so gut?

Ende Oktober ´97 war es dann wieder so weit: diesmal war die Stimmungsmache im Vorfeld massiver. Während die "na dann" darum "bat", von Ausschreitungen abzusehen (in Münster hatte es noch keine gegeben), wurde die Ankündigung im "Gleis"-Programm noch ekelhafter. Angekündigt wurde weniger Droste als einige "Sonntagsmänner". Hierbei wurde die Frauengruppe als Mitherausgeberin des Flugis vom letzten Jahr unterschlagen und der Inhalt als "witzig" bezeichnet, ohne dargestellt zu werden. Diese Vorankündigung hat die Stimmung auf beiden Seiten beeinflußt.
Dies machte einige KritikerInnen Drostes´ sehr wütend.
Vor dem "Gleis 22" standen ca. 100 Menschen in der Schlange.Viele haben das "witzige" Flugblatt erwartet und sich lustig gemacht. Auch Wiglaf Droste schien sich für das neue Flugblatt zu interessieren, kam auf einen Flugblattverteiler zu und verlangte es. Durch die laute verbale Auseinandersetzung wurden auch die anderen FlugblattverteilerInnen alarmiert, so daß sich um Droste und seinen Begleiter ein Halbkreis bildete. Beim Weggehen beschimpfte er seine KritikerInnen als "Faschisten" und wurde daraufhin angespuckt. Es kam zu einem gegenseitigen "Spuck-Gefecht", worauf Droste sich in die Schlange seiner Fans zurückzog - so konnte keinerlei Bedrohung von Seiten der FlugblattverteilerInnen ausgehen. Dann jedoch stürmte Droste noch einmal hervor und schlug dem erstbesten Flugblattverteiler mit der Faust ins Gesicht.Glücklicherweise hatte ein anderer Flugblattverteiler Tränengas dabei, mit dem weitere körperliche Angriffe durch Droste verhindert wurden. Wiglaf Droste zog sich mit seinem Begleiter endgültig zurück und es gab bis zum Eintreffen der Polizei ernsthaftere Diskussionen als vorher.

Wiglaf Droste konnte die Lesung nur mit erheblicher Verspätung beginnen, hat Anzeige wegen "gefährlicher Körperverletzung" gestellt und zeigte dem Publikum seine blutende Faust.

Während die Münstersche Zeitung einfach nur den Polizeibericht abdruckte, der auf AugenzeugInnenaussagen basierte, die "Hiebe" gegen Droste gesehen haben wollen, leistete sich die Taz vom 6.11. eine emotionalere Verdrehung: es ist die Rede von "autonomem Wachschutz", "Provinzblockwarten", ""Droste aufs Maul"-Helden" und "Hilfspolizisten"; statt daß die Taz sich mit ihrem Autor inhaltlich kritisch auseinandersetzt, läßt sie ihn selbst hetzen. Er behauptet, sich gegen das Tränengas mit einem Fausthieb selbstverteidigt zu haben - dabei ist offensichtlich, daß niemand (nicht einmal Wiglaf Droste) zu gezielten Fausthieben in der Lage ist, wenn ihm *vorher* K.O.-Gas ins Gesicht gesprüht wird.
Es war anders herum: Tränengas war die Antwort auf den Fausthieb.

Es macht uns wütend, daß sowohl in der lokalen Presse als auch in der Taz keine kritische inhaltliche Auseinandersetzung zu Drostes´ Positionen zum Umgang mit sexualisierter **Gewalt gegen Kinder stattfindet. Statt dessen wird versucht diejenigen lächerlich zu machen, die sich um einen ernsthafteren Umgang bemühen.**

Während alle Welt nach Belgien (Dutraux) schaut, geht es uns darum zu zeigen, daß es keine "Monster", "Triebtäter", "Kinderschänder" gibt, sondern daß sexualisierte Gewalt gegen Kinder alltäglich ist- sie findet nicht nur in der "Tagesschau" statt.
Uns geht es darum, daß die Überlebenden sexualisierter Gewalt Unterstützung bekommen, was einen sensiblen Umgang mit dem Thema sowohl im Privaten als auch in der Öffentlichkeit voraussetzt. Genau dies verhindert z.B. Wiglaf Droste, indem er sich mit "Schokoladenonkel" und einem Gedicht, das er in der Taz mit "Täterlyrik" überschrieben hat über die schwierige Situation von Überlebenden lustig macht.

Wir wünschen uns, daß die Verantwortlichen des "Gleis-Programmheftes" sich von dem Text zur Droste-Lesung öffentlich distanzieren.

einige Männer&Frauen

Die Mütze tief in die Stirn gezogen, nur nicht erkannt werden. Peinlich, der jährliche Besuch bei den Alten, und dann auch noch immer ausgerechnet zu Wheinachten. Zurück in der Provinz aus der die Flucht vor Jahren stattfand. So oder ähnlich erleben wir Jahr für Jahr all diejenigen, die in den (vermeintlichen) Metropolen glücklich werden wollten. Obwohl wir böse sein könnten auf die, die uns in hoffnugsloser Situation hier allein weiterkämpfen ließen, wir sind es nicht (oder nur ein bißchen?!). In diesem Jahr haben wir uns gedacht, Euch eine Alternative zu Kaffee und Kuchen bei Muttern und Vatern (bzw. bei Tochter oder Sohn) zu bieten. Wir möchten alle Exis des Infoladen Paderborn zu einer Überraschungsalternative am 26.12.1997 um 15.00 einladen.

Borchenerstraße 12
33098 Paderbon

Beschleunigte Verfahren

Praktische Tips für den Umgang mit den neuen gerichtlichen Schnellverfahren

Da immer mehr Linke in den letzten Monaten von den neuen sogenannten Schnellverfahren betroffen waren und absehbar ist, daß die Zahl der Schnellverfahren in der nächsten Zeit noch zunehmen wird, hat sich das **AIB** mit dem Berliner Ermittlungsausschuß und einigen RechtsanwältInnen zusammengesetzt, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man/frau sich vor dem Schnellgericht verhalten kann. Wenn Ihr das alles zu kompliziert findet, um Euch die einzelnen Schritte zu merken: Schneidet den Artikel einfach aus, kopiert ihn und nehmt ihn auf Demos, Aktionen etc. mit, diskutiert ihn gemeinsam mit Eurer Gruppe.

Schnell, einfach, billig und gut - so oder ähnlich werben derzeit Justiz und Staatsanwaltschaften quer durch alle Bundesländer für das sogenannte „beschleunigte Verfahren", das im Folgenden als „Schnellverfahren" bezeichnet wird. Jahrelang hatten die Schnellverfahren eigentlich ein Schattendasein geführt. 1994 wurde dann mit dem sog. „Verbrechensbekämpfungsgesetz" den Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten wesentlich weitgreifendere Möglichkeiten eingeräumt bei einfachen Tatvorwürfen wie „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz", „Widerstand", „Landfriedensbruch" und „Sachbeschädigung" Schnellverfahren durchzuführen. In Berlin, aber auch in den neuen Bundesländern wie Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wird seit Mitte diesen Jahres verstärkt versucht, nach Demonstrationen, Haus- und Baumbesetzungen und kleineren Aktionen, Festgenommene durch das Schnellverfahren abzuurteilen. Betroffen sind - wie bei den Baumbesetzungen in Suhl, den Häuserräumungen in Potsdam, bei der verbotenen Antifademo in Saalfeld etc. vor allem Punks, Autonome und Antifas. Daß die Schnellverfahren vereinzelt auch gegen Nazis angewendet worden sind, sollte für uns wirklich kein Grund sein, sich über die Existenz dieser merkwürdigen Form der Rechtsprechung zu freuen oder sich nicht damit auseinanderzusetzen.

Erklärtes Ziel der „Schnellgerichtsverfahren" ist die schnelle Abschreckung von „TäterInnen", da Kriminologen und Justiz davon ausgehen, daß Strafen nur dann „erzieherisch wirksam" und „abschreckend" seien, wenn die Strafe unmittelbar der Tat folgt. Darüber hinaus wird die Möglichkeit, mit AnwältInnen gegen eventuelle Strafverfahren nach Demos etc. vorzugehen (und dabei oft eine Einstellung der Verfahren zu erreichen) erheblich eingeschränkt. De facto werden durch die Schnellverfahren massenhaft Leute kriminalisiert und ihnen wird oft jegliche Möglichkeit genommen, sich dagegen zu wehren. Schnellverfahren sind ein wichtiger Baustein im Projekt «Innere Sicherheit». Angesichts der massenhaften Anwendung der Schnellverfahren sollten sich Gruppen und Leute, die Demos, Aktionen etc. planen, noch verschärfter schon vor einer Aktion Gedanken über die zeitweilige Einrichtung eines Ermittlungsausschusses, die Bekanntgabe der Telefonnummer und eine gute Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen machen. Darüber hinaus können auch Infoveranstaltungen zu Schnellgerichtsverfahren sowie zu den Grundsätzen wie man/frau sich nach einer Festnahme verhält, keinesfalls schaden. Am besten ist es, Ihr hinterlaßt unterschriebene Vollmachten und habt die Telefonnummer des Ermittlungsausschusses bzw. einer Anwältin/eines Anwalts dabei, bevor Ihr zur nächsten Demo aufbrecht. Daß der Grundsatz bei einer Festnahme, «Anna und Artur halten das Maul», nach wie vor gilt, sollte eigentlich jeder und jedem klar sein, doch es gibt eben immer wieder Situationen, in denen auch erfahrene AktivistInnen überrumpelt sind und Mühe haben, sich an Verhaltensstandards zu erinnern. Eine dieser Situationen ergibt sich, wenn man/frau sich völlig unvorbereitet vor dem Schnellgericht wiederfindet.

Wie kommt es überhaupt zu Schnellverfahren?

Die Staatsanwaltschaft beantragt bei den zuständigen Richtern am Amtsgericht die Durchführung des «beschleunigten Verfahrens«, das im § 419 II der Strafprozeßordnung geregelt wird. Wenn der Richter zustimmt, droht den Betroffenen die schnelle Aburteilung. Im beschleunigten Verfahren dürfen nur Straftaten behandelt werden, die höchstens eine Haftstrafe bis zu sechs Monaten nach sich ziehen können. Ist die angedrohte Strafe für eine angeblich begangene Straftat höher, darf das Schnellgerichtsverfahren nicht angewandt werden. Auch bei Personen, die noch nicht 21 Jahre alt sind, darf das Schnellverfahren wegen der besonderen Bestimmungen des Jugendstrafrechts nicht angewandt werden (daran müssen einige übereifrige Staatsanwälte manchmal erinnert werden).

Also, was tun, wenn man/frau älter als 21 ist und nach einer Festnahme plötzlich damit konfrontiert ist, daß er oder sie vor ein Schnellgericht kommt?

Prinzipiell gilt: Auf jeden Fall darauf bestehen, daß Ihr das Euch zustehende Telefonat nach draußen bekommt: Entweder Ihr ruft beim Ermittlungsausschuß an oder bei einem Anwalt/einer Anwältin oder zur Not bei einem/einer FreundIn. Dabei müßt Ihr darauf achten, Euren Vor- und Nachnamen zu nennen, was Euch vorgeworfen wird, wann das Schnellgerichtsverfahren stattfinden soll und ob noch andere Personen betroffen sind (die eventuell keine Möglichkeit haben, selber zu telefonieren). Eure Chancen, dem Schnellgerichtsverfahren zu entkommen, steigen erheblich, wenn ein Anwalt/eine Anwältin von draußen versucht, dagegen vorzugehen. In den meisten Fällen, in denen Betroffene eine Anwältin/einen Anwalt hatten, konnten Schnellgerichtsverfahren bisher abgewandt werden. Sobald Ihr davon erfahrt, daß Ihr vor ein Schnellgericht kommen sollt, solltet Ihr außerdem schriftlich klarstellen, daß Ihr den Tatvorwurf bestreitet und daß der Sachverhalt nicht den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht, die für ein beschleunigtes Verfahren gelten. Ihr müßt dann einen schriftlichen Antrag mit folgendem Wortlaut schreiben:

„Das beschleunigte Verfahren ist jedenfalls nur zulässig, wenn dem Beschuldigten ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung gegeben wird (Artikel 6 Absatz 3b Menschenrechtskonvention). Es kommt nicht in Betracht, wenn dies den Beschuldigten in

seiner Verteidigung beeinträchtigen würde. Durch das beschleunigte Verfahren werde ich in meiner Verteidigung beeinträchtigt und lehne es deshalb ab". Zusätzlich zu dem schriftlichen Antrag sollte dann noch einmal schriftlich nach einer Anwältin/einem Anwalt verlangt werden, die/der am besten mit Namen, Telefonnummer und Anschrift angegeben werde sollte. Wenn das nichts hilft und Euch die Polizei nach wie vor einen Anruf verweigert, habt Ihr spätestens, wenn Ihr vor der Staatsanwaltschaft oder dem Richter steht, die Möglichkeit, nach draußen zu telefonieren. Darauf solltet Ihr unbedingt bestehen!

Die nachfolgenden Tips sind für den zugegeben schlechten Fall gedacht, daß Ihr keinen Anwalt/keine Anwältin habt oder erreichen konntet und Euch alleine vor dem Schnellgericht wiederfindet. Denn jetzt kommt Ihr in die Situation, daß Ihr natürlich an dem Grundsatz «Keine Aussagen« festhalten wollt, aber andererseits Anträge stellen müßt, um das Verfahren doch noch abzuwenden. Das Recht, Anträge zu stellen, hat jede/r Angeklagte!

Wenn Ihr vor dem Schnellrichter steht, müßt Ihr als allererstes darauf bestehen, daß alles, was Ihr sagt, protokolliert wird, damit Eure Anwältin/Euer Anwalt danach darauf zurückgreifen kann. Dann solltet Ihr zunächst noch einmal Eure grundsätzliche Ablehnung gegen eine Verhandlung im «beschleunigten Verfahren« sowie den Wunsch nach einem Verteidiger entweder mündlich oder schriftlich zu Protokoll geben. Es ist sehr wichtig, dem Gericht von Anfang an klarzumachen, daß man/frau alle Möglichkeiten der Verteidigung ausschöpfen will, um genau den Effekt zu vermeiden, den sich Staatsanwalt und das Gericht von den beschleunigten Verfahren erhoffen - nämlich Zeit-, Kosten- und Aufwandsersparnis. Der Phantasie bei der Stellung von schriftlichen Anträgen sind dann keine Grenzen mehr gesetzt. Zur Verteidigung sind alle denkbaren Anträge erlaubt:

Erst einmal könnt Ihr damit anfangen, zu beantragen und zu Protokoll bringen lassen:

«Ich beantrage die Unterbrechung des Verfahrens bis zu 10 Tagen, um die Gelegenheit zur Einschaltung einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts meines Vertrauens zu haben.«

Dann könnt Ihr einen Befangenheitsantrag gegen den Richter stellen. Der stützt sich darauf, daß man/frau schon aufgrund der Äußerungen, die das Gericht einem gegenüber gemacht hat, davon ausgehen muß, daß das Gericht nicht mehr neutral und unvoreingenommen über den Tatvorwurf verhandeln wird, sondern voreingenommen ist. Der Antrag sieht dann so aus: „In der Strafsache ./. (Name, Aktenzeichen), lehne ich den/die Richterin (Name) wegen Besorgnis der Befangenheit ab."

Begründung: Hier sollte dann eine kurze Schilderung der Äußerungen kommen, aufgrund derer man/frau annimmt, daß das Gericht voreingenommen ist.

Glaubhaftmachung: Dienstliche Äußerung des abgelehnten Richters (Name) und der Staatsanwaltschaft.

Ein Befangenheitsantrag kann immer wieder im Laufe der Verhandlung neu gestellt werden, vor allem, wenn sich entsprechend einseitige Äußerungen des Richters während der Verhandlung wiederholen.

Sollten diese Anträge abgelehnt werden, könnt Ihr einen Antrag auf Unterbrechung der Hauptverhandlung stellen:

«Ich beantrage die Unterbrechung des Verfahrens bis zu 10 Tage, um die Gelegenheit zur Benennung von Zeugen, deren Nachnamen mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sind, zu haben, verbunden mit dem Antrag, die Entscheidung im beschleunigten Verfahren nach § 419 II StPo abzulehnen. Die von mir zu bennenenden Zeugen werden die Aussage der Belastungszeugen (das sind meistens Polizeibeamte) widerlegen und meine Unschuld bezeugen können.«

Und jetzt noch ein paar Beispiele, was solche Beweisanträge beinhalten könnten und wie sie aussehen sollten:

Es könnte Bildmaterial in Form von Fotos, Videos oder Fernsehaufnahmen geben, das zu eurer Entlastung dienen könnte. Von Euch zu benennende ZeugInnen könnten aussagen, daß Ihr entweder gar nicht am sog. Tatort gewesen seid oder ohne ersichtliche Gründe von den Polizeibeamten - ob in Zivil oder in Uniform - zu Boden gerissen wurdet und weggeschleppt worden seid. Der Antrag lautet dann:

«In der Strafsache ./. (Name, Aktenzeichen) beantrage ich, die Ladung und Vernehmung des/der Zeugen/Zeugin (Name, Anschrift), und/oder die Hinzuziehung des Bildmaterials des Fernsehsenders XY.«

Begründung: Der Zeuge/die Zeugin war bei dem Vorfall am X Y Tag zugegen und wird bestätigen, daß der Sachverhalt sich nicht so abgespielt hat, wie in der Anklageschrift angegeben wird (z.B. daß ich den Polizeibeamten nicht geschlagen habe, daß ich keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet habe usw.).

Im «beschleunigten Verfahren« ist es nach §420 der Strafprozeßordnung (StPO) möglich, daß die Vernehmung von ZeugInnen (z.B. Polizisten) verlesen werden kann. Das heißt, daß die Polizeizeugen nicht persönlich vor Gericht aussagen müssen, sondern einfach ihre Aussagen vorgelesen werden. Das darf nur mit Zustimmung des/der Angeklagten geschehen. Die Zustimmung dazu müßt Ihr natürlich verweigern. Denn, wenn die Polizeibeamten z.B. aus einem anderen Bundesland als Zeugen geladen werden müssen und so schnell nicht greifbar sind, steht die Staatsanwaltschaft unter Umständen auf einmal ohne Zeugen da - das ist dann ein eindeutiger Pluspunkt für Euch.

Wenn alle Stricke reißen, eine Verhandlung trotzdem durchgeführt wird und ein Urteil gefällt wurde, hat man/frau immer noch eine Woche Zeit, um Berufung einzulegen und in aller Ruhe eine Verhandlung vor dem Berufungsgericht - dann aber wirklich mit einer Anwältin/einem Anwalt - vorzubereiten. **(aus AIB, Nr. 41)**



an die fleischfresser !!!

eigentlich haben solche texte wie der der "autonomen aktion bockwurst" aus der interim nr.437 es garnicht verdient mit reaktionen aufgewertet zu werden,aber die tatsache, dass diese texte platz finden in zeitungen wie der interim und die wut, die sie in mir erzeugen, schreit geradezu danach, hier mal ein paar worte anzumerken, sofern sie in der interim abgedruckt werden, da ja auch in dieser zeitung das thema veganismus eher ab(-fällig) und zu(-fällig), und dann meistens in negativem zusammenhang auftaucht. trotzdem wundert es mich, dass ein solcher text in eurer sonst doch eher (obwohl in letzter zeit wohl eher weniger, siehe nr.431 :"killing wolf on the rusty bridge") auf inhaltlichkeit bedachten zeitung abgedruckt wird, da doch wohl selbst ihr vollmilch-schokoladeessenden zeitungsmacherInnen gemerkt haben müsstet, dass es sich bei dem text der "autonomen aktion bockwurst" weniger um eine kritik an einer militanten aktion aus dem umfeld einer "szene" handelt, welche sich den anarchistisch-autonomen anspruch eines HERRschaftsfreien lebens (und kopfes !!!) und des auflösens von widersprüchen einer rassistischen, patriarchalen und nationalistischen gesellschaft hier und heute in dieser gesellschaft auferlegt, als wohl viel eher um eine polemik aus den reihen einiger sich "autonom" nennender menschen (welche wohl das 30. lebensjahr schon überschritten haben dürften, hä, hä), deren kampf für eine HERRschaftsfreie gesellschaft an der nächsten würstchenbude ab-(auf?)gegeben wird (mahlzeit !!!).
so mussten auch in dem hier kritisierten text wieder einmal ein paar arschlöcher aus dem umfeld der "veganszene" herhalten, um eben diese ganze "szene" in den dreck zu ziehen.

wieder einmal wurde jede/r , die/der gerne mohrrüben isst, in einen topf geworfen.
wurden sich die schreiberlinge der "autonomen aktion bockwurst" mal etwas genauer umgucken, so müssten sie feststellen, dass die "autonome vegan-szene" (und nur die können sie meinen, wenn sie die interim zur übermittlung ihres primitiven drohbriefes nutzen) nicht weniger klar abtreibungsgegnerInnen, biologistInnen und euthanasiebefürworterInnen ablehnt und bekampft als der rest der "autonomen szene" auch.

allerdings distanzieren wir uns (... auch ich zähle mich zu diesem umfeld) auch von "...", wie denen der "autonomen aktion bockwurst" , welche immer noch versuchen, eben mit solchen polemiken sich der weiterentwicklung der utopie von einer HERRschaftsfreien gesellschaft in den weg zu stellen.
wenn ihr euch mal umgucken würdet, so müsstet ihr feststellen, dass unter den meissten jungen "autonomen" vegetarische ernährung schon selbstverständlich ist, und auch die sich vegan ernährenden werden nicht gerade weniger (so ist das jedenfalls in der region, in der ich lebe!!!) .
also, niemand hat etwas gegen kritik an aktionen wie dem zerstören von schlachterläden, aber bitte nicht so, denn solche verdrehungen der tatsachen helfen niemandem.
vielleicht hat ja irgendeine/r veganerIn lust, mal einen artikel speziell für die interim und die hier genannte leserInnengruppe und speziell zu diesem thema zu schreiben.
mir jedenfalls fehlt dazu die geduld (und wahrscheinlich auch das diplom in autonomer hochschulrhetorik).

Solidarität
ist mehr als
international !

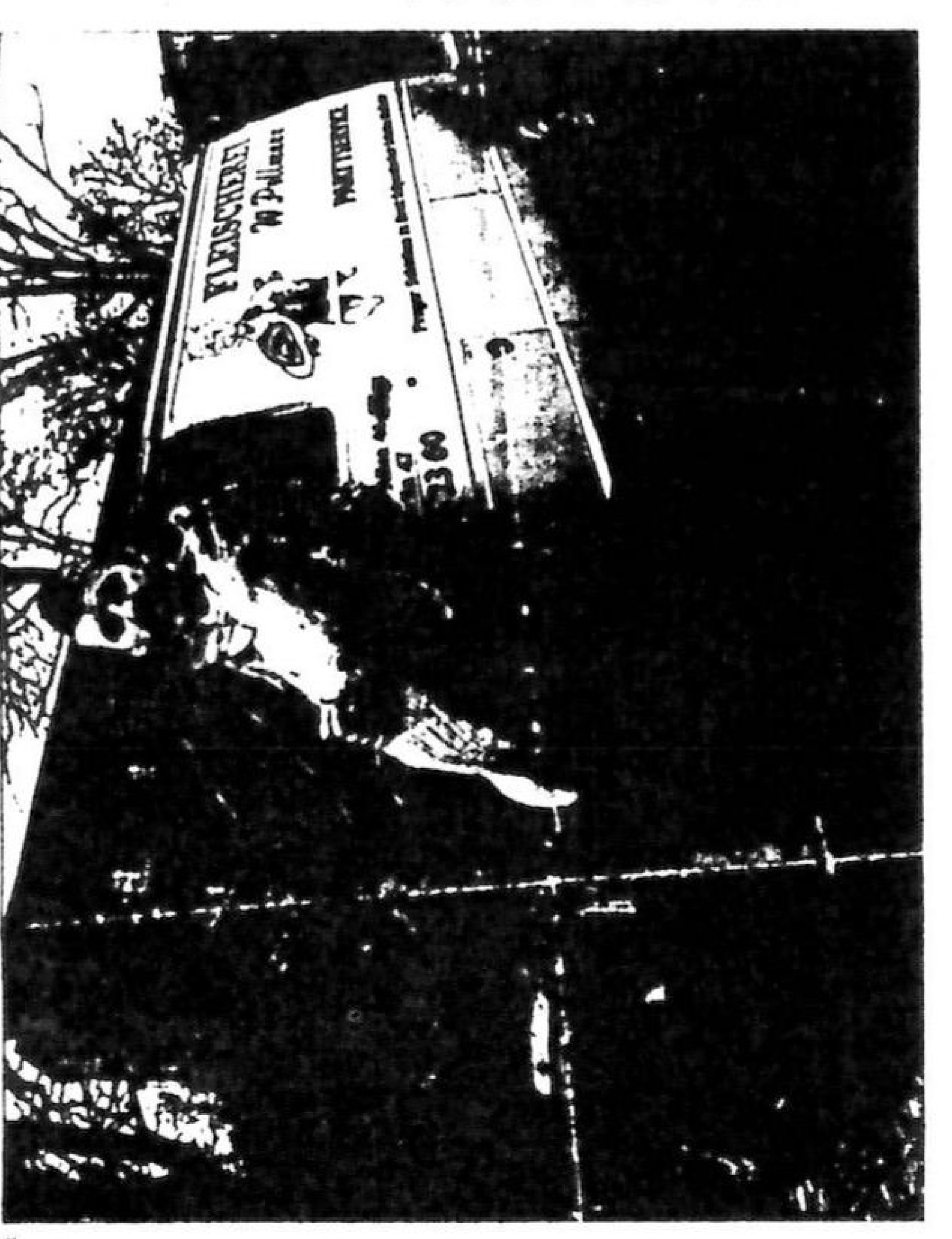
ein junger (aber schon ganz schön frustrierter),
mohrrübenknabbernder „autonomer".

PS: auch nicht nur uns veganerInnen ... ins
essen geschmuggelte "gen-soja"-produkte können
wahnsinnig (stark ?) machen !!!

DEUTSCHLAND

HASSOBJEKTE: Veganer lehnen jeglichen Fleischgenuß ab. Verpönt sind auch Honig, Eier, Lederbekleidung, Schurwolle

Angriffe gegen Berliner Fleischer: Mindestens **acht Fahrzeuge** wurden in Brand gesteckt, Schaufenster eingeschlagen. Geschätzter Schaden: **200 000 Mark**



TERROR VON TIERSCHÜTZERN: Metzger Pollmann vor abgefackeltem Wagen. Jetzt drohen Linksautonome den Tätern Rache an

BERLIN

Kampf um die Wurst

Nach einer Anschlagserie gegen Metzger kommt unerwartete Hilfe aus der linken Szene

Fassungslos steht Metzgermeister Willy Pollmann vor einem verkohlten Haufen Schrott. „Noch so ein Ding, und ich kann meinen Laden zumachen", klagt der 53jährige aus Berlin-Neukölln. Unbekannte hatten in einer Novembernacht seinen Lieferwagen angezündet. Binnen Minuten gingen 40 000 Mark in Flammen auf. Für Pollmann steht fest: „Das trägt die gleiche Handschrift wie bei meinen Kollegen."

Eine unheimliche Anschlagserie hält den Berufsstand in Atem. Seit Ende Juli wurden mindestens neun Berliner Metzgereien zur Zielscheibe marodierender Chaoten: Schaufenster wurden eingeschlagen, acht Fahrzeuge in Brand gesteckt. Markus Feix, Geschäftsführer der Fleischer-Innung, schätzt den Gesamtschaden auf mehr als 200 000 Mark. Resigniert meint er „Es gibt keinen Bekennerbrief, nichts."

„Fleischer sind Mörder"-Aufkleber an mehreren Tatorten sprechen aber eine eindeutige Sprache. In Friedrichshain besprühten die Täter einen Lieferwagen mit ähnlichen Haßparolen. Polizei und Staatsschutz verdächtigen militante Veganer. Diese Ernährungsfundamentalisten lehnen nicht nur jeglichen Fleischgenuß, sondern auch Honig, Eier, Lederbekleidung und Schurwolle ab. Schon Milchzucker in einer Tütensuppe gilt ihnen als Sünde.

Fleischer Joachim Dufft, dem vermutlich vegetarische Guerilleros den Wagen abfackelten, versteht die Welt nicht mehr: „Warum ausgerechnet wir? Wir schlachten doch nicht selber." Er verzweifelt schier: „Die angeblichen Tierschützer machen uns Kleine kaputt. Weniger Fleisch essen die Leute deswegen nicht."

Der Hilferuf ist offensichtlich bis in linksautonome Kreise gedrungen. Eine „Autonome Aktion Rettet die Bockwurst" sagte den Veganern in der jüngsten Ausgabe der Untergrundpostille „Interim" den Kampf an: „Sollten eure menschenfeindlichen Angriffe nicht sofort aufhören, liebe Erdbefreier und Tierrechtsterroristen, dann wissen wir auch, wo wir euch und euresgleichen treffen können." Die attackierten Kiez-Fleischer schufteten sich kaputt, „um auf jeden Fall weniger Kohle zu verdienen als irgendwelche linksautonomen Sozialarbeiter, Heilpraktiker, Lehrer". In Berlin sehen sich die wurstverliebten Autonomen schon als Sieger: „Ihr könnt vielleicht die Existenz von Öko-Fleischern in Bremen ruinieren."

Der Hinweis hinkt. Ein Bremer Alternativ-Metzger, der vor zwei Jahren wegen Vegetaner-Terrors in die Schlagzeilen geraten war, schlachtete seine Opferrolle weidlich aus: Er soll seinen Fleischerladen schließlich selbst angezündet haben ■

ULI BENTELE/DIRK HORSTKÖTTER

„Die **angeblichen Tierschützer** machen uns kaputt. Weniger Fleisch essen die Leute deswegen nicht"

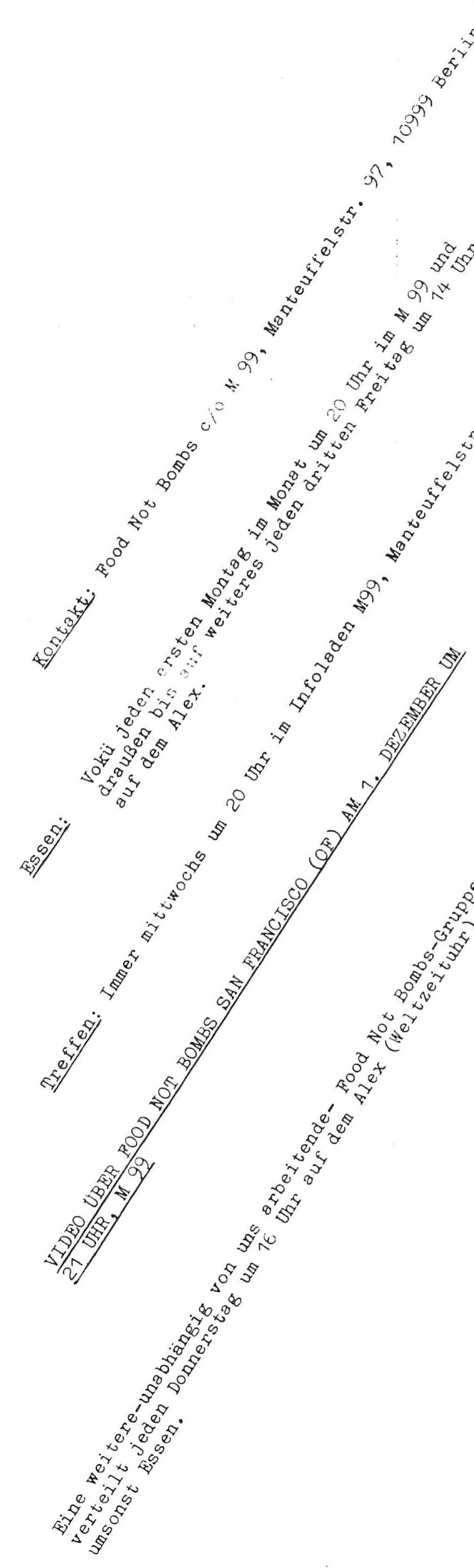
JOACHIM DUFFT, METZGER

NACH DEM ANSCHLAG: Auch der Wagen von Fleischer Joachim Dufft ging in Flammen auf

126 FOCUS 49/19



Food not Bombs



Food Not Bombs ist eine Gruppe von politisch engagierten Kochnarren, die sich im Rahmen der Innenstadtaktionswoche im Juni zusammenfanden, um in Anlehnung an die USamerikanischen Food Not Bombs eine mobile Volxküche auf die Beine zu stellen.

Entstanden ist die Idee zu Food Not Bombs aus der USamerikanischen Anti AKW-Bewegung. 1980 traf sich während der Proteste um ein AKW-Projekt in Seabrook eine Gruppe Gleichgesinnter, die den Slogan "Money for Food not Bombs" prägten. Aus der Bereitstellung von Essen bei Demos entwickelte sich eine mobile Volxküche, zunächst in San Francisco, später auch in anderen Städten der USA. Heute gibt es über hundert eigenständig arbeitende Food Not Bombs-Gruppen weltweit.

Food Not Bombs drückt die Forderung aus nach Grundversorgung für jede und jeden anstatt Verschwenden der verfügbaren Ressourcen. Das betrifft zum einen die normale Überproduktion an Lebensmitteln, die in kapitalistischer Logik vernichtet werden, um Preise stabil zu halten. Zum anderen werden finanzielle Mittel aufgewendet für sinnlose Dinge wie Rüstung und Prestigeprojekte-etwa den Transrapid, Tiergartentunnel, Aufpolieren der Innenstädte.

Wem gehört die Innenstadt? Nach Meinung der Deutschen Bahn AG (zitiert nach zweite Hilfe, München) einer"qualifizierten Öffentlichkeit", die definiert wird von Geschäftsleuten und möglichst homogen gehalten mit Hilfe von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. Homogen -das heißt: gesäubert von BerberInnen, Junkies, Punx, MigrantInnen, denen es an Kaufkraft und am gelackten Erscheinungsbild saturierter WohlstandsbürgerInnen Fehlt. In 'SauberCity' soll die Problematik von Armut und Obdachlosigkeit in unserer Gesellschaft aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt werden; eine Problematik, die erst durch die Eigendynamik dieses Systems entsteht: mittels struktureller Unterdrückungsverhältnisse reichern sich immer weniger Menschen immer mehr allgemein benötigte Ressourcen an.
Logisch, daß mehr und mehr Leute dabei leer ausgehen. Gegenwärtig wird mit dieser Erkenntnis nach dem Motto "Schnell untern Teppich" verfahren: Hauptsache, die Innenstadt -als das repräsentative Herzstück der modernen, konsumbewußten Großstadt- ist porentief rein und zeigt sich als Wunschbild dieser Gesellschaft: konfliktfrei, aalglatt harmonisch, spiegelglatt.

Konkret kommt es in Berlin öfters vor, daß PolizistInnen in Zusammenarbeit mit den allseits präsenten privaten Sicherheitsdiensten "unerwünschte Personen" aufgreifen und aus der Innenstadt an weit außerhalb gelegene "ungefährliche Orte verbringen". MigrantInnen, rassistischen Kontrollen ausgesetzt, werden auf Polizeiwachen mitgenommen und sind dort nicht selten Opfer von Mißhandlungen durch Polizeibeamte. MigrantInnen ohne gültige Papiere werden in Abschiebeknästen festgesetzt und abgeschoben.

Die Ordnungspraktiken der Sicherheitsallianzen können aber aufgebrochen werden,indem wir diese schleichende Vertreibung nicht hinnehmen, sondern im Gegenteil immer wieder offensiv an den Orten zusammenkommen, an denen wir nach 'Saubermanns' Ansicht die Augen der 'geschniegelten Öffentlichkeit' stören.

Hier setzt Food Not Bombs an. Wir wollen nicht einfach nur eine weitere karitative Armenküche sein, sondern haben den Anspruch, mit unserem Essensangebot öffentliche Plätze öffentlich zu halten. Essen und Bewegungsfreiheit für alle unterliegen keiner Kaufkraft, sondern sind selbstverständlich!

Über die Zusammensetzung unseres Essens: Wir sammeln Restbestände des ökologischen Großhandels, der Bioläden und der ErzeugerInnen, zaubern diese ökologisch angebauten Lebensmittel zu warmen Mahlzeiten und verteilen sie kostenlos.Dabei erscheint es uns sinnvoll, veganes Essen anzubieten.

Sachspenden in Form von Tellern, Tassen, Besteck und sonstigen Küchenutensilien nehmen wir gerne entgegen!

Food Not Bombs organisiert:

- kostenloses Essen für alle
- Infotisch mit Literatur zu Themen, die über das Essen hinausgehen
- heißes, manchmal scharfes Essen bei Demos und libertären Veranstaltungen

Mit der Verköstigung starten wir ab Dezember.

Wenn Du Lust hast mitzumachen, melde dich bei uns....

Größenwahn

Dezember 1997

Soli-Woche fürs EX

Donnerstag, 11.12.97
20 Uhr: Filmabend
The Battle of Tuntenhaus

25 starke Minuten zum legendären Haus in der Mainzer Straße (1991)

Karneval der Ratten oder wie queer darf queer sein

(Barbara Klingner, 1997, 50 Min.)

Wo der Müll ist, da sind Ratten. „Darum Ratten aller Länder vereinigt euch!" - Der diesjährige CSD im Juni mit dem ersten Polizei-Einsatz in der Geschichte des Berliner CSD.

Freitag, 12.12.97
20.00 Uhr: Filme
Raumpatrouille-Orion-Abend (I)

Extraterrestrische Videos aus der Zeit des Kalten Krieges mit Commander McLane, der unvergleichlichen Tamara Jagelowsk, Bügeleisen und Weltraumtanz bis zum Abwinken. Dazu terrestrischer Glühwein und Zwiebelkuchen.

Samstag, 13.12.97
15.30 - 20 Uhr: **Kaffee und Kuchen**
17.00 Uhr: **Film:**
Sacco und Vanzetti

Die Verurteilung und Hinrichtung dieser beiden Anarchisten war einer der größten Skandale der amerikanischen Justizgeschichte. (124 Min., ab 12 J.)

ab 20.00 Uhr:
Kneipenabend

das geräumte **SEK im Exil** macht Soli-Schicht fürs EX

Sonntag, 14.12.97
12.00 - 17.00 Uhr:

Hai-nuun-Frühstücks-Buffet

vegetarisch & vegan

Donnerstag, 18.12.97
20 Uhr: Film und Diskussion

Ob friedlich oder militant - wichtig ist der Widerstand

Film über den letzten Castortransport im **Wendland.** FilmemacherInnen von der Gruppe **La Strada** in Oldenburg sind anwesend.
eine Veranstaltung des Anti-Atom-Plenums

Ausstellung im Dezember:
Juden in Friedrichshain
geöffnet vor, während und nach allen Veranstaltungen im Größenwahn

...tag im ...
AM 7.12.97 um 15.00 Eröffnung
Diesmal mit Transgender-Diskussion
& zwei Frauenbands

Jeden 1.Sonntag im Monat lesbisch-schwuler Tag im EX

- Kaffee und Tortenbuffett ab 15 Uhr
- passende Livemusik
- von 18-21 Uhr köstliche Speisen aus veganer und vegetarischer Küche für 5,- Mark
- Kultur & Diskussion aus lesbisch-schwulen und verqueeren Zusammenhängen (auch mal über den Tellerrand blicken...)
- ab 23 Uhr Party-Lounge opend end

Unser Rhythmus gegen das System
Rock gegen Rechts und für die Freiheit der politischen Gefangenen international
Benefizkonzert im KOMM
vom 19. bis 21.Dezember 1997

Tagsüber: ... Abends: Eintritt pro Abend 15 DM
BANDS: ... Messer Banzai ... JEM

FEIERT MIT UNS DIE LETZTEN TAGE DES NOCH SELBSTVERWALTETEN KOMM

Anti-Atom-Filmwoche 15.-19.Dezember '97:

Montag, 15.12., KASTANIE:

Atomic Café
US-Imperialismus mit der Bombe - USA 1984, 80 min.

Atomkraft? Nein danke!
Die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung - NDR 1993, 40 min.

Dienstag, 16.12., KRÄHENFUSS:
Humboldt-Uni, Unter den Linden

Widerstand ist machbar - überall!
Ein Portrait über den Widerstand gegen die Castortransporte - 1997, 50 min.

Ahaus & Gronau
Ausblick - 1997, 20 min.

Mittwoch, 17.12., CAFE SHILA:

SIEMENS
Ein Film über Zwangsarbeit im Faschismus

Widerstand ist machbar - überall!
Ein Portrait über den Widerstand gegen die Castortransporte - 1997

Donnerstag, 18.12., GROSSENWAHN

Ob friedlich oder militant, wichtig ist der Widerstand!
Dokumentation des Widerstandes mit anschließender Diskussion in Anwesenheit der FilmemacherInnen - La Strada 1997, 50 min.

Freitag, 19.12., M99:
N-Berg

Atomkraft? Nein danke!
Die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung - NDR 1993, 40 min.

NIX' - der Film
Der dritte Transport - 1997

Beginn jeweils **20.00 Uhr** Eintritt frei

ANTI-ATOM-PLENUM Berlin
Kurfürstenstr 14 10785 Berlin Tel 030/2616252 Fax 030/2616982

Do. 11.12. Video	**Noam Chomsky und die Medien**, Teil I Für Chomsky gibt es „fünf Filter" im demokratischen Meinungskonsens. 1. Die großen Konzerne. 2. Werbung und Anzeigen. 3. Der Zugang zu den Medien. 4 und 5. Schmutzkampagnen gegen AbweichlerInnen - Antiterrorismus.	20.00 Uhr
Fr. 12.12 Film	**Oblomow - FILMFEST, 3.Teil: Auferstehung**, von Harald Budde	20.00 Uhr
So. 14.12 Film	**„Mein Kind immer krank"**, BRD 1985, Ein Film über die Ängste ausländischer Kinder Auf beklemmend eindruckliche Weise dokumentiert dieser Film, daß man noch heute Menschen mit einer Wohnung erschlagen kann. Die, die sich am wenigsten gegen gesundheitsgefährdende Lebensumstände wehren können und die ihnen dadurch am ehesten schutzlos preisgegeben sind, zeigt dieser Film: kranke Kinder ausländischer Eltern. Der Film zeigt nicht nur die Krankheiten von Kindern auf, er deckt auch eine Krankheit an uns selber auf, ein gesellschaftliches Übel, das eines Tages den gesamten Organismus infizieren wird, wenn wir es weiter ignorieren. **Anschließendes Gespräch mit der iranischen Filmemacherin**	18.00 Uhr
	Männerrecht - Frauenleid, BRD 1981, 45 min. Türkinnen in Deutschland, von Mehrangis Montazami Dabui Ein Dokumentarfilm über Kontakt-, Ehe- und Sexualnöte türkischer Frauen und Mädchen in Deutschland, über das Leben von Frauen unter den Bedingungen extremer gesellschaftlicher Isolation infolge patriarchalischer Wertvorstellungen und der Dauerbelastung durch Familie und Arbeit. **Anschließendes Gespräch mit der iranischen Filmemacherin**	20.00 Uhr
Di. 16.12. Video	**Wem gehört die Stadt**, Berlin 1997, 70 min Dokumentation von Häuserräumungen in Friedrichshain + Aktionen gegen Hauptstadtwahn.	20.00 Uhr
Do. 18.12. Video	**Noam Chomsky und die Medien**, Teil II	20.00 Uhr
Fr. 19.12. Video	**AK KRAAK**, Videomagazin neuste Ausgabe Nr. 16	20.00 Uhr

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, tel. **785 99 73**

Fr. 12.12.

Krach macht Dach, alle Macht dem Krach, Jam Session! Instrumente mitbringen, ab 17 h, Cafe Hauptstadtwahn Potsdamerstr 180

Party im Ex, **17 Jahre Ermittlungsausschuß**, 22 Uhr.

Sa. 13.12.

in München Solidaritätsveranstaltung mit Filmzusammenschnitten über den Liverpooler Streik, Fotoausstellung, Reisebericht, Vorträge, Diskussion, Party, 19 h im DGB-Haus Schwanthalerstr.64

Musa Anter "Friedenszug", Info- und Dia-Abend mit ReisebegleiterInnen, Konzert mit BRADER, 20 h im EX

Prozeßkostenparty, die gefangenen Antifas müssen raus ausm Knast um 21 h im Subversiv, Brunnenstr.7

Friedrichshainer Solikiezdisko ab 22 h in der Rigaerstr. 83

Party im Syndikat, Weisestr. 56, Neukölln. The next Generation

Mi. 17.12.

Irlandinfoveranstaltung über den irisch-republikanischen Befreiungskampf und Britischen Kolonialismus, Video, Redebeitrag, Diskussion, um 19 h Krähenfuß Humbolduni Hauptgebäude/Ostflügel

Treffen wegen der Vergewaltigung im Wendland um 20 h im "advena", Wiener Str., Nähe U-Bahn Görlitzer Bahnhof.

Fr. 19.12.

Veranstaltung zu Repession, Hintergründe und Auswirkungen, ab 17 h, Cafe Hauptstadtwahn Potsdamerstr 180

Sa. 20.12.

Frankfurt/Main: Es rettet uns kein höh'res Wesen. Veranstaltung zu Menschenrechte, politische Gefangene und internationale Solidarität. 19 Uhr, Theatersaal, Uni Frankfurt

AUTONOMER WEIHNACHTSBUMMEL

gegen Schönblöde Innenpolitik!!!

Seit nunmehr fast zwei Jahren wird die berliner Innenpolitik von General Schönbohm geführt. Nicht zufällig wurde diese Stelle mit einem Militär besetzt.
Die neue, alte Reichshauptstadt wird gesäubert. Besonders die Geschäftsstraßen - die auch immer mehr werden - sollen nur noch zahlungskräftigen KonsumentInnen zugänglich sein. Immer mehr Bullen und private Sicherheitsdienste verjagen deshalb *"geschäftsschädigende Personen"* um streßfreies Einkaufen für die, die es sich leisten können, zu garantieren.
Kollektive Lebensräume werden systematisch zerstört, mittlerweile sind die meisten Wagenburgen und besetzten Häuser geräumt worden.
Gegen SprayerInnen werden Hetzkampagnen betrieben *("optische Terroristen")* und die Repression weiter verschärft.
Die Mehrheit der Leute soll durch Arbeit und Konsum ruhiggestellt werden, während die, die keine Arbeit haben, zu *"Sozialschmarotzern"* erklärt werden.
MigrantInnen und sozial Benachteiligte werden an den Rand gedrängt und braven Bürgern als Feindbilder verkauft.
Abschiebungen und das Einsperren von Menschen in (Abschiebe-)knäste sind an der Tagesordnung, was bei dem rassistischen Weltbild von Schönbohm und Konsorten auch kein Wunder ist. Zitat: *"Es geht um ... das Selbstverständnis der Bundesrepublik als Staat der Deutschen."*
Dieses Selbstverständnis bedeutet, aus Nichtdeutschen Menschen zweiter Klasse zu machen. Damit wird direkt an *"gute deutsche Traditionen"* angeknüpft. Was das bedeutet, dürfte klar sein.

Die Tauentzienstraße ist ein guter Ort um zu zeigen, daß wir darauf keinen Bock haben:
Die westliche Innenstadt ist Operationsbereich der AG-City, einem Zusammenschluß vieler teurer Geschäfte, die am liebsten die ganze Gegend in ein einziges teures Geschäft umwandeln würde (customers only - versteht sich). Auch die Firma SORAT, die sich an der rassistischen MigrantInnenpolitik bereichert, ist vertreten. Im rund um den Kudamm ansässigen Dienstleistungsgewerbe werden - wie überall - insbesondere MigrantInnen und Frauen auf fieseste Art und Weise ausgebeutet.

Sonnabend, 20. Dezember ´97

15 Uhr Auftakt am Wittenbergplatz

Ende ... mit Vokü am Breitscheidplatz

zieht Euch weihnachtlich an

AG Freie Weihnachten
V.i.S.d.P.: Milli Teer und Andi Feder, Rigaer Str. 80